Verantwortung in der Demokratie

75 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna



Verantwortung in der Demokratie

75 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna

Impressum

Diese Veröffentlichung dient nur und ausschließlich privaten Zwecken.

Verantwortung in der Demokratie -

75 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna

Herausgeber: SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna,

Friedrich-Ebert-Straße 17, 59425 Unna

Vorsitzender: Hartmut Ganzke

Redaktion und Texte: Dr. Peter Kracht, Thomas Horschler Verlag und Realisierung: Horschler Verlagsgesellschaft mbH,

Friedrich-Ebert-Straße 19, 59425 Unna Druck: DruckVerlag Kettler, Bönen | 2021 @ Alle Rechte liegen bem Herausgeber.

Fotos: Kreis Unna (Kreisarchiv, Kreisbildstelle), Horschler Kommunikation, privat

(soweit nicht anders gekennzeichnet).

Inhalt

VORWORT: Viel, sehr viel geht auf die Initiativen der SPD zurück	3
GRUSSWORTE	8
KURZPORTRÄT: Der Kreis Unna im Überblick	11
SCHLAGLICHTER aus der wechselvollen Geschichte der SPD-Fraktion	17
KÖPFE: Fraktionsvorsitzende seit 1946	68
KÖPFE: Landräte und Oberkreisdirektoren seit 1946	69
KÖPFE: Ausgewählte Persönlichkeiten	70
Hubert Biernat: Den Aufbau vorangetrieben	70
Alfred Gleisner: Die Grundlagen gelegt	72
Heinrich Renninghoff: Flotte Musik zum Amtsantritt	74
Karl Greune: Wohnungswesen vorangebracht	75
Jürgen Girgensohn: Von Unna aus ins Ministeramt	76
Fritz Böckmann: Mann von altem Schrot und Korn	78
Karl-Heinrich Landwehr: Er formte den modernen Kreis	80
Heinz-Georg Weber: Für das Menschliche in der Politik	82
Heinz Steffen: Idealtypus des Fraktionschefs	84
Rolf Tewes: Den Übergang moderiert	86
Gerd Achenbach: Den breiten Sachkonsens gesucht	88
Michael Makiolla: In schwierigen Zeiten gesteuert	90
Brigitte Cziehso: Erste Frau an der Fraktionsspitze	92
KÖPFE: Kreistagsmitglieder der SPD	94
Menschen, die sich tatkräftig für die Bevölkerung engagiert haben	94
Die aktuelle SPD-Kreistagsfraktion	100
Kreistagswahlen im Kreis Unna 1946 bis 2020	104
Literaturverzeichnis	106

Viel, sehr viel geht auf die Initiativen der SPD zurück

75 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna: Da denke ich zuerst an ein Zitat des großen Soziologen Max Weber, der da einst formulierte, dass Politik "ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich" ist. Denn gerade an diesem Beispiel lässt sich sehr gut belegen, wie genau diese Definition auf das Engagement der Politikerinnen und Politiker über die Jahrzehnte hinweg zutrifft. Immer wieder standen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor dieser Herausforderung: weil sich im Laufe der Jahrzehnte nicht nur die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen permanent veränderten, sondern in mindestens ebenso starkem Maße die Bedürfnisse der Bevölkerung.

Enorme Herausforderungen über die Jahrzehnte gemeistert

Die großen Wegmarken hießen: Bewältigung der Kriegsfolgen und Wiederaufbau, sodann Schaffung einer leistungsstarken Infrastruktur, gleich zwei Kreisreformen, Formung einer modernen Verwaltungsstruktur, Rollenteilung zwischen den Städten und Gemeinden einerseits und dem Kreis andererseits, permanente Umstrukturierungen und Fortentwicklungen in der Aufgabenwahrnehmung. An vielen Stellen hat der Kreis Unna dabei wegweisende Arbeit geleistet, die beispielhaft für andere Gebietskörperschaften war und von ihnen übernommen worden ist. Und viel davon geht auf die Initiative der Sozialdemokratie zurück. Ich will einige Beispiele nennen:

- a) Als erster Landkreis in Deutschland baute der Kreis Unna in der Folge der Montankrise eine eigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf und baute (neben München) den ersten Industriepark in der Bundesrepublik aus. Der fortgesetzte Strukturwandel zwang die Region, auch in der Folge gerade auf diesem Gebiet weiter aktiv zu bleiben und mit immer neuen Anstrengungen Arbeitsplätze abzusichern oder die Bedingungen für ihre Neuansiedlung zu schaffen.
- b) Ebenfalls als erster formulierte der Kreis Unna eine zukunftsweisende Umweltpolitik und schuf ein eigenes Umweltamt, das bis heute nicht verwaltet, sondern Themen des Umwelt- und Naturschutzes offensiv angeht. In der Folge sind unter anderem Landschaftsräume abgesichert, Naturschutzgebiete aufgebaut, die Naturförderungsgesellschaft für

- die Zusammenarbeit mit Verbänden und ehrenamtlichem Naturschutz gegründet und die Abfallentsorgung zukunftssicher organisiert worden.
- c) Ebenfalls als erster Kreis hat sich der Kreis Unna auf dem Gebiet der vorsorgenden Gesundheitsfürsorge im breiten Stil engagiert. Die erfolgreiche Arbeit im Selbsthilfebereich zeigt bis heute, wie wichtig diese Aufgabe war und bleibt.
- d) Ungezählt sind die Initiativen, die der Kreis Unna auf dem Gebiet der Sozialpolitik ergriffen hat, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten naturgemäß besonders am Herzen liegt. Die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsorganisationen sowie das umfangreiche Leistungsangebot sprechen für sich.
- e) Darüber hinaus hat der Kreis Unna auf Gebieten wie der Kulturpflege und der Bildungspolitik über die Jahrzehnte hinweg Einrichtungen geschaffen und Projekte abgesichert, die ihresgleichen suchen. Damit sind viele Schritte hin zu mehr Chancengleichheit für alle gesellschaftlichen Gruppen getan worden.

Möglichst viele Interessen und Menschen in die Arbeit einbeziehen

Kann sich die SPD-Fraktion angesichts dieser Leistungsbilanz, die sie über die Jahrzehnte hinweg mit (absoluten) politischen Mehrheiten vorangetrieben hat, zufrieden zurücklehnen? Ich



bin überzeugt, das wird nie gehen. Denn Tag für Tag entwickelt sich die Welt nun einmal auch künftig weiter. Damit werden wir weiter vor der Aufgabe stehen, Antworten darauf zu finden und an der Stärkung einer lebens- und liebenswerten Region am östlichen Rand des Ruhrgebiets im Übergang vom größten Ballungsraum Europas hin zum Münsterland, zur Soester Börde und zum Sauerland zu arbeiten. Das fordert immer stärker.

Die SPD-Fraktion hat sich vor langer Zeit dem Ziel verschrieben, dies stets nicht nur klar an der Sache orientiert zu leisten, sondern auch unter Einbeziehung möglichst breiter Interessen. Sie fühlt sich deshalb auch zur Transparenz und zur Teilhabe verpflichtet. Das zeichnet eine moderne Gesellschaft aus.

In der Zukunft wird es vor allem darum gehen, unsere Lebensgrundlagen abzusichern. Stichworte wie der Klimawandel lassen daran gar keinen Zweifel: Wir sind gefordert, Natur und Umwelt stärker noch als bisher zu schützen, Emissionen zu reduzieren, kurzum: die Gesellschaft über weite Teile neu zu organisieren. Dieser Verpflichtung stellen wir uns nicht nur, aber auch in der Verantwortung für die nachwachsenden Generationen. Dazu gehört dann auch, dass die Menschen ihr Leben in bestmöglicher Gesundheit verbringen sollen und ein menschenwürdiges und aktives Alter leben können.

Das Engagement ganzer Politikergenerationen war enorm

Wenn wir dabei Erfolg haben wollen, müssen sich konkrete Menschen für die Organisation von Politik und Verwaltung ins sprichwörtliche Zeug legen. Viele Politikerinnen und Politiker haben sich in den vergangenen 75 Jahren intensiv in der SPD-Fraktion für die Bevölkerung im Kreis Unna engagiert. Sie waren insbesondere Scharniere zwischen den Bedürfnissen vor Ort und der Verwaltung, sie waren Ideenschmiede und Mehrheitensucher, sie waren Vermittler und Zukunftsforscher. Keiner von ihnen hat den üblichen Klischees über die Politik entsprochen, sie haben sich wirklich mit bestem Wissen und Gewissen für ihre

Mitmenschen eingesetzt. Und das ging bisweilen auch über die eigenen Kraftreserven hinaus. Dafür gilt allen ein tiefempfundener Dank: Ohne ihr Engagement wäre dieser Kreis Unna ein anderer. Ihr Engagement setzt zugleich die Maßstäbe für die heutige Politik sowie für die Zukunft. Denn Max Webers Bretter werden weder weicher noch dünner – im Gegenteil: Die politischen Herausforderungen wachsen in bedenklichem Maße und die Rahmenbedingungen für politische Prozesse werden immer ruppiger, während das Instrumentarium für ihre Lösung begrenzt bleibt.

Mit diesem kleinen Buch beleuchtet die SPD-Fraktion ihre Arbeit schlaglichtartig und launig. Nicht Zahlen, Daten und Fakten sollen hier im Sinne eines Geschäftsberichtes zur Verfügung gestellt, sondern einige große Linien beleuchtet werden. Zugleich sollen die Leserinnen und Leser einen Eindruck vom unermüdlichen Engagement der SPD-Fraktion am Beispiel ausgesuchter Persönlichkeiten erhalten. Wenn das gelingt, trägt auch das zur Transparenz in der Politik bei.

Bei der Lektüre wünschen wir viel Freude!

Hartmut Ganzke

- Fraktionsvorsitzender -

Selbstverwaltung zum Herzstück unserer Demokratie gemacht

Liebe Genossinnen und Genossen,
seit 75 Jahren
übernehmt Ihr
Verantwortung für
und in unserer parlamentarischen
Demokratie. Ihr
habt damit einen



großen Teil dazu beigetragen, was der Kreis Unna für seine fast 400.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis heute ist: eine lebenswerte Heimat.

Eure Geschichte beginnt 1946 mit der ersten demokratischen Wahl des Kreistags Unna. Was verantwortungsvolle Politik vor Ort auszeichnet: Probleme bekämpft man am besten dadurch, dass sie gar nicht erst entstehen. Ihr habt Euch das seit Jahrzehnten zu eigen gemacht. So habt Ihr schon früh erkannt, welche Themen auch zukünftig eine große Rolle spielen würden: Eines der ersten Umweltämter in ganz Nordrhein-Westfalen entstand in Eurem Kreis.

Voranzugehen ist nicht immer einfach. Ich kenne Hartmut Ganzke ja aus der langen gemeinsamen Arbeit aus dem Landtag sehr gut. Wenn Eurer Fraktionsvorsitzender Max Webers "Politik ist das Bohren von harten Brettern" zitiert, dann weiß ich sehr wohl, wie viel Engagement

Ihr vor Ort in der Kommunalpolitik leistet. Und da ist ein Jubiläum immer der richtige Zeitpunkt, eins zu sagen: Danke, liebe Genossinnen und Genossen, dass Ihr Euch so für Unna einsetzt und dass Ihr die kommunale Selbstverwaltung mit zum Herzstück unserer Demokratie macht.

Mit dieser Haltung wollen wir gemeinsam jetzt auch wieder das Land nach vorne bringen. Die letzten Jahre waren verschenkte Jahre. Während in NRW Mieten in die Höhe schnellen, Krankenhäuser geschlossen werden, Pflegerinnen und Pfleger bis zur Erschöpfung arbeiten, die Bekämpfung des Klimawandels mit Schwarz-Weiß-Debatten abgehandelt wird, die Postleitzahl immer mehr über den Bildungserfolg entscheidet, lobt die alte Landesregierung sich dafür, dass sie NRW lautlos regiert. Genau das ist doch das Problem.

Für uns geht es nun darum, dass Hoffnungen wieder stärker Realität werden können. Im Bund haben wir die Weichen gestellt, Ihr macht dies seit Jahren vor Ort – nun ist das Land dran. Lasst uns auch hier gemeinsam das Morgen gewinnen.

Alles Gute für die kommenden Monate und nächsten 75 Jahre!

Euer

Thomas Kutschaty
Vorsitzender NRWSPD

Gestaltende Kraft mit Gespür für die Menschen

Bei Gründung der ersten SPD-Kreistagsfraktion vor 75 Jahren musste die zurückgewonnene Demokratie gefestigt und mit Leben gefüllt wer-



den. Das ist auch heute noch und wieder ein wichtiger Teil der politischen Arbeit in der kommunalen Selbstverwaltung. Dazu müssen die, die sich für ihre Wahlkreise und Listenplätze haben aufstellen und wählen lassen, ein sicheres Gespür für die Themen der Zeit und die Herausforderungen an die Gesellschaft beweisen.

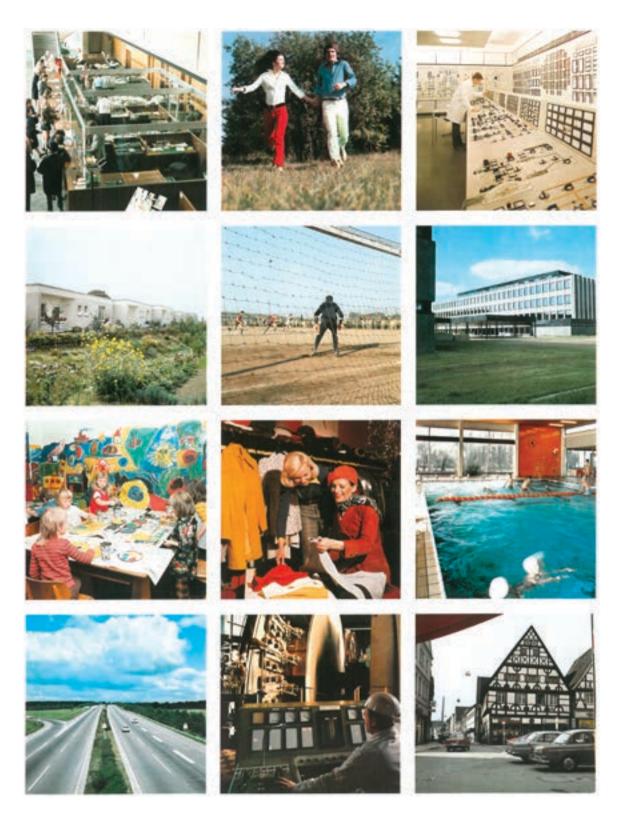
Das funktioniert nur, wenn man tut, was die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der zurückliegenden siebeneinhalb Jahrzehnte immer getan haben – sie waren da! Da, wo gesprochen, debattiert und gestritten wird, auch da "wo's weh tut", immer da, wo Politik in Kreis und Kommunen etwas bewegen und helfen kann.

Kommunale Selbstverwaltung ist ganz vorne in Sachen Demokratie, hier fallen die Entscheidungen direkt vor der Haustür der Bürgerinnen und Bürger. Das wird sehr genau beobachtet und gewertet. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf dieser Ebene der Politik tragen damit hohe Verantwortung: konkret im Einzelfall und speziell für unsere Demokratie.

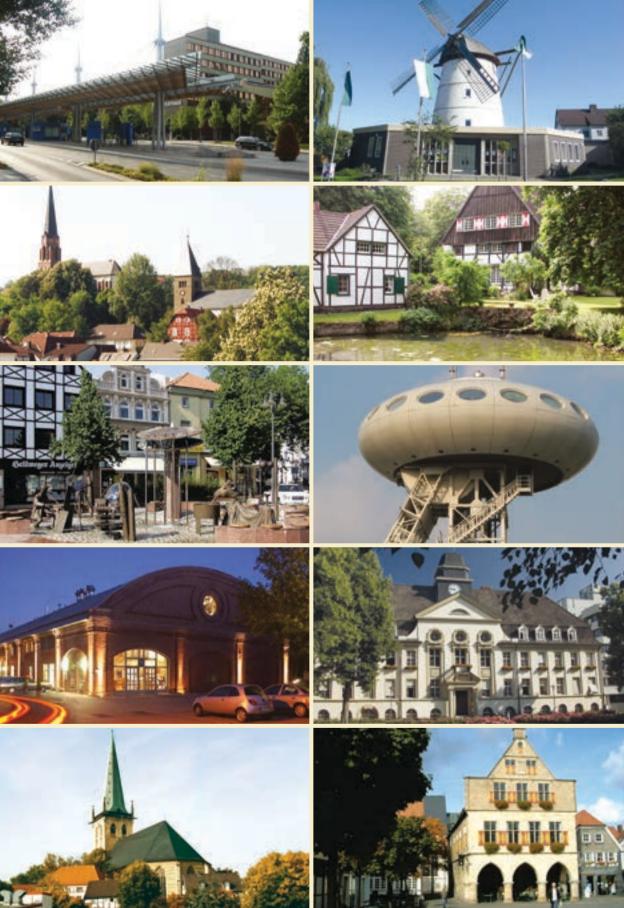
Die SPD-Kreistagsfraktion hat diese Verantwortung von Beginn an und über all die Jahre herausragend gemeistert und dabei immer auch den Anspruch gehabt selbst zu gestalten – im Sinne der Menschen. Das war und ist gerade in den letzten Jahrzehnten des Strukturwandels und der rasanten Entwicklungen in Ökonomie und Ökologie nicht einfach – aber es ist gelungen!

Ich erlaube mir deshalb – ein einziges Mal in der politischen Debatte – ein "Weiter so!". Macht weiter mit eurem Gestaltungsanspruch und haltet Ohren und Augen offen – bleibt bei den Menschen und verteidigt die Demokratie! Glückauf!

Mario Löhr Landrat des Kreises Unna



Blick in eine Broschüre aus den 1960er-Jahren zur Gebietsreform



Überblick: Der Kreis Unna im Wandel der Zeit

1753 - Der Kreis Hamm entsteht: 1753 geht die Grafschaft Mark im preußischen Gesamtstaat auf und wird in neue Verwaltungsbezirke eingeteilt. Es werden vier landrätliche Kreise gebildet. Einer davon ist der Kreis Hamm, der zu Zeiten Napoleons zum Großherzogtum Berg gehört.

1816 - Neuordnung der Kreise: Nach Ende der napoleonischen Zeit wird der Kreis Hamm der neuen preußischen Provinz Westfalen (Regierungsbezirk Arnsberg) zugeordnet. Das erste eigene Verwaltungsgebäude wird Jahrzehnte später gebaut (1887 – 1889/90 | Landratsamt in Hamm).

1901 - Hamm verlässt den Kreis: Hamm hat mehr als 30.000 Einwohner. Die Stadt bildet deshalb zum 1. April 1901 einen eigenen Stadtkreis. Das Landratsamt bleibt jedoch weiter in Hamm. Auch der Name des Kreises verändert sich in den nächsten fast 30 Jahren nicht.

1929 - Neue Gemeinden für den Kreis: Mit der Neugliederung des Ruhrgebietes kommen die drei zum Amt Aplerbeck (Kreis Hörde) gehörenden Gemeinden Hengsen, Holzwickede und Opherdicke zum Kreis. 1930 wird der Kreis umbenannt und das Landratsamt in Unna bezogen.

1975 - Der Kreis erhält die heutige Form: Bei der kommunalen Neugliederung kommen die kreisfreie Stadt Lünen sowie Schwerte (Kreis Iserlohn), Selm und Werne (Kreis Lüdinghausen) zum Kreis Unna. Gleichzeitig werden Pelkum, Rhynern und Uentrop der Stadt Hamm zugeschlagen.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Entwicklung des Kreises Unna seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit geprägt – zunächst noch in einem bescheidenen Rahmen, wie ihn das damalige Kasierreich nur bot, dann hoch aktiv bereits zu Zeiten der Weimarer Republik, verfolgt und aus allen öffentlichen Ämtern verdrängt während der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft sowie ab 1945 engagiert und verantwortungsvoll als langjährig dominierende politische Kraft in der sich zunehmend festigenden Bundesrepublik Deutschland.





543,21 km²

Einwohner:	393.618 (31. Dez. 2020)	
Bevölkerungsdicht	te: 725 Einwohner	
	je km²	
Kfz-Kennzeichen:	UN, LÜN	
Kreisgliederung:	10 Gemeinden	
Kreispartnerschaften: Kirklees Metrop-		
olitan Council in	England, Landkreis	
Templin in Deutschland, Powiat Nowo-		
sadecki in Polen		

Fläche:

Städte und Gemeinden:	
Bergkamen	(48.919 EW)
Bönen	(18.126 EW)
Fröndenberg/Ruhr	(20.566 EW)
Holzwickede	(16.964 EW)
Kamen	(42.875 EW)
Lünen	(85.838 EW)
Schwerte	(46.124 EW)
Selm	(25.802 EW)
Unna	(58.816 EW)
Werne	(29.588 EW)

Schlaglichter aus der wechselvollen Geschichte der SPD-Fraktion

"Nachdem mehr denn ein volles Jahrzehnt tiefdunkle Nacht über Deutschlands öffentlich-rechtlichem gewesen ist und jede Regung zur Eigenverantwortlichkeit mit brachialsten Mitteln unterbunden war, tritt zum ersten Mal durch Mithilfe der Allijerten wieder ein Kreisparlament zusammen, das auf einer differenzierten Volksmeinung basiert und für jedes Tun und Unterlassen dem Volke unmittelbar verantwortlich ist." So beginnt die Ansprache von Landrat Hubert Biernat in der ersten Sitzung des Kreistages nach dem Zweiten Weltkrieg.

Kreistag konstituiert sich in der ehemaligen Mädchenoberschule

Am 3. April 1946 fand diese Sitzung statt – in der Aula der damaligen Mädchenoberschule in Unna, Bornekamp. Das Parlament war (noch) nicht von den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Unna gewählt, sondern von der Militärregierung eingesetzt worden. An der Sitzung des Kreistages nahm auch der britische Kreiskommandant, Major Cullen, teil, der in der Versammlung seinen Nachfolger, Oberstleutnant Haig, vorstellte.

In der Niederschrift heißt es: "Der Landrat dankte (Major Cullen) für die wegweisenden Ausführungen und gelobte, allezeit werden wir uns befleissigen durch gewissenhafte und jederzeitige Einsatzbereitschaft, unserem Volke und allen anderen Völkern zu dienen. Sodann gab Oberkreisdirektor Moenikes einen umfassenden Überblick über die bisherige Verwaltungstätigkeit im Kreise seit der Besatzung." Oberamtsrichter Julius Moenikes war am 12. April 1945 (also noch vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs) von der britischen Militärbehörde als Leiter des Landratsamtes eingesetzt worden.

Man muss sich die damalige Situation vor Augen führen. Der spätere Oberkreisdirektor. Karl-Heinrich Landwehr. hat die seinerzeitige Lage im Kreis in einem Beitrag im "Jahrbuch des Kreises Unna 1997" treffend zusammengefasst: "Auch wenn der Kreis Unna weitestgehend von Kampfhandlungen verschont geblieben war, so hatten 130 Bombenangriffe schwere und schwerste Kriegsschäden hinterlassen. Eine Vielzahl von öffentlichen und privaten Gebäuden, Versorgungseinrichtungen und Verkehrswegen waren stark beschädigt oder sogar total zerstört. Ströme von Vertriebenen aus den Ostgebieten, Evakuierte aus dem Ruhrgebiet und fast 100.000 Menschen, die ihr Obdach



1946: Amtliche Bekanntmachung der Wahlergebnisse: Die SPD liegt deutlich vorn und bildet die größte Fraktion im Kreistag.

verloren hatten, beschreiben die Bedingungen des Neubeginns nach der Zeit des Schreckens."

Um Deutschland demokratisch wieder aufzubauen, war es zwingend nötig, das tief verwurzelte "Führer-Prinzip" in der Bevölkerung, aber insbesondere auch vor Ort, in der Kommunalpolitik, zu überwinden. Will heißen: Dazu trug die

revidierte deutsche Gemeindeordnung bei, die zum 1. April 1946 in Kraft trat. Sie war nach englischem Vorbild ausgerichtet, verschmolz gleichsam deutsches und britisches Rechtsdenken. So kam es zu einer Art "Gewaltenteilung": Politischer Repräsentant des Kreises Unna wurde der (ehrenamtliche) Landrat, der (anders als heute) nicht unmit-



Schauplatz der ersten Kreistagssitzung 1946: Mädchenlyzeum (heutige Katharinenschule) am Eingang des Bornekamptales in

telbar vom Volk gewählt wurde, sondern mit seinen beiden Stellvertretern von den Abgeordneten des Kreistages – und das jeweils nur für ein Jahr, wohingegen die Legislaturperiode der Kreistagsmitglieder fünf Jahre betrug.

Landrat Biernat, der später noch Regierungspräsident in Arnsberg und schließlich NRW-Innenminister werden sollte, führte den Vorsitz im Kreistag, vertrat den Kreis Unna bei besonderen Anlässen; ihm oblag zugleich die Überwachung der Durchführung gefasster Beschlüsse des Kreistages. Fortan hatte also der Oberkreisdirektor die Ausführung der parlamentarischen Beschlüsse sicherzustellen.

Hubert Biernat, seit 1926 Mitglied der SPD, wurde am 20. Februar 1946 von der britischen Militärregierung zum Landrat ernannt, gleichzeitig wurde Julius Moenikes zum Oberkreisdirektor bestimmt. Am 3. April 1946 tagte der von der Militärregierung eingesetzte Kreistag zum

ersten Mal. Er bestand aus insgesamt 55 Abgeordneten: Je 20 gehörten der SPD und der CDU an, die KPD stellte 15 Kreistagsmitglieder.

Die SPD gewinnt schnell eine führende Rolle im Kreistag

Dieser Kreistag bestand de facto und de jure bis zum 9. November 1946, als der bei der Kommunalwahl vom 13. Oktober 1946 neu gewählte Kreistag zu seiner ersten Sitzung im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Rathauses in Unna zusammentrat. Landrat Biernat hatte dazu eingeladen, die Einladung wurde an eben diesem 9. November 1946 in den vom Verlag F. W. Rubens herausgegebenen "Amtlichen Bekanntmachungen" veröffentlicht - mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass die Sitzung öffentlich sei. Die SPD hatte bei der Wahl 47,1 Prozent der Stimmen erhalten, die CDU 34,6 Prozent, die KPD 9,7 Prozent und die FDP 0,7 Prozent. Die Tagesordnung der konstituierenden Kreistagssitzung am 9. November 1946

Tagesordnung.

- 1. Verpflichtung der Kreistagsabgeordneten.
- 2. Wahl des Landrats.
- '. Wahl won 2 Kreisdeputierten.
- 4. Wahl der Ausschünges
 - a) Kreisausschuss
 - Finanzausschuss
 - o) Personalausschuss
 - d) Wohnungsausschuss
 - a) Bauausschuss
 - Preisüberwachungsausschuss f
 - Verkehrsausschuss g.
 - G werbeausschuss h
 - Kultur- und Erziehungsausschuss
 - k) Flüchtlingsausschuss
 - Sonderhilfsausschuss
 - Ernährungsausschuss A m)
 - Ernährungs- uni Wirtschaftsamtsausschuss
 - o) Wohlfahrtsausschuss
 - p) Jugendausschuss
- 5. Bericht des Oberkreisdirektors.

Anwesenheitsliste der Kreistagssitzung am 9. November 1946

Anwesenheitsliste aus der Kreistagssitzung am 9.November 1946.

SPD: Adamek, Karl Altena, Karl Biernat, Subert Delmann, Adolf Diedrich, Josef Flessen Emper, Karl Gleismer, Alfred Greune, Karl Gaebel, Heinrich Göbel, Fritz Heuser, Johann Heller, Fritz durgens, Karl Lepks, Oswald Lienkamp, Albert Schreiner, Meinrich Schürhoff, Theodor Simon, Gustav Stein, Emil Street, Smil Fritz Holzwickede, Poststr Ströthoff, Josef Unna, Eletter oth Sa Massen, Woltkestr.80 Serner, Josef Altenbügge, Gustavstr Stittler, Heinz Heeren, Kosonstr.6

CDU: Degelmann, Karl Dr.Heller, Theodor Höltermann, Franz Koepe, Friedrich Kook, Theodor Wassmann, Karl Niggemeyer, Maria Catermann, August Schäfer, Josef Schwenke, Hermann

APD: Immenkamp, Hans Sprenger, Anton .

Runthe, Wirlingstr.30 Osterflierich Nr. 65 Unna, Hertingerstr.60 Unna, Bulowetr.2a Wiesoherhöfen, Otto-Huestr.25 Bönen, Kletterpoth 60 Unna, Kampstr. Massen, Bismarckstr.12 Unna, Hammerstr.64 Dollwig Mr. 80 Bergkanen, Lentotr.18 Opherdicke, Catendorf Fründenterg, Ardeyetr.30 mns, Kamenerstr. 42 Zamen, Weddinghoferetr.17 Lienkning, Albert
Lipowski, Josef
Linern, Ferleretr. 18
Linern, Ferleretr. 19
Linern, Ferleretr. 18
Linern, Ferleretr. 19
Linern, Fe Lünern, Serleretr. 38 Unna, Sellusgatr.24 Wiescherhöfen, Holtkestr.385 Heeren, Sasserstr.2 Schürhoff, Theodor Herringen, Holsetr. 178 Schüttmann, Heinrich Felkum, Biamarokatr. 179 Methler, Ereisstr. 105 o Westick, Springorunstr.9 Holzwickede, Poststr.13 Massen, Moltkestr.80 Altenbagge, Gustavatr.151

Westtünnen I, Diergegen 99 Ventrop Er. 48 Vana, Iserlohneretr.24 Bergkamen, Doristr.4 Oberaden, Kreisstr.32 Measeburen Nr. 1 Altenbögge, Biumarckstr.33 Wambeln Sr. 6 Werries, Frommstr.9 Kanan, Unnaerstr.123

Unna, Fr-abertetr.47 Unna, Elesteratr.30

Anwendung des britischen Mehrheitswahlrechts sorgte dafür, das die SPD 35 Abgeordnete im Kreistag hatte und die CDU 11 Mitglieder. Die KPD schickte zwei Vertreter in den Kreistag.

Frühes Ringen um die Rolle von Kreistag und Verwaltung

In der Sitzung am 9. November 1946 wählte der Kreistag Hubert Biernat erneut zum Landrat, wiewohl die CDU geltend machte, sie könne nur für die Wiederwahl Hubert Biernats stimmen, wenn sich der Landrat künftig nicht mehr wie bisher in die Geschäfte der laufenden Verwaltung einmische. Für die SPD erwiderte Alfred Gleisner laut Protokoll, dass die SPD-Fraktion auf dem Standpunkt stehe, "dass der Landrat dem Plenum voll verantwortlich ist und auch für die Geschäftsgebarung im Kreise verantwortlich zeichnet." Der Kreistag wählte anschließend "einstimmig den Abgeordneten Biernat zum Landrat wieder."

In seiner Eröffnungsansprache hatte Hubert Biernat die Mitglieder des Kreistages nachdrücklich gemahnt: "Disziplin, Sparsamkeit, Hilfs- und Aufopferungsbereitschaft müßten das Handeln der nächsten Zeit bestimmen. Das Vorbild jedes Kreistagsvertreters forme die

Haltung der Mitbrüder und Mitschwestern. Richtige Männer am richtigen Platze seien zu fordern, die zur Selbstaufgabe und zur höchsten Tat bereit seien." So liest man in den "Amtlichen Bekanntmachungen" vom 16. November 1946.

Außerhalb der Tagesordnung kam es dann noch zu einer langen, heftigen und erregten Diskussion im Hohen Haus, die in einem Misstrauensantrag der SPD-Fraktion (unterstützt von den beiden KPD-Abgeordneten) gegen Oberkreisdirektor Moenikes endete, den die "Amtlichen Bekanntmachungen" wörtlich zitieren: "Der Oberkreisdirektor Moenikes besitzt nicht das Vertrauen des Kreistages. Aufsichtsbehörde und Militärregierung werden gebeten, Herrn Moenikes mit sofortiger Wirkung von dem Posten als Oberkreisdirektor abzusetzen." Alfred Gleisner stellte klar. dass die SPD-Fraktion samt Landrat ihre Mandate niederlegen würden, falls dem Misstrauensantrag nicht stattgegeben werde. Was die SPD-Fraktion zu diesem Misstrauensantrag veranlasst hat - darüber schweigen die "Amtlichen Bekanntmachungen", doch in einer Anlage zum Protokoll der Sitzung nimmt Landrat Biernat Stellung: "Herr Moenikes ist eine passive Natur und wenig geeignet, in der heutigen allgemeinen schwierigen Situation die verantwortliche Leitung der Geschäfte in den Händen zu halten. Er besitzt ausserordentlich wenig Initiative. ...Herr Moenikes beschränkte sich fast ausschließlich darauf, die Arbeit seiner Beamten zu sanktionieren und Unterschriften zu erteilen. Eine Förderung des parlamentarischen Lebens hat er weder versucht noch erreicht."

Eine "Fahrtkosten-Affäre" (Herr Monikes fuhr mit seiner Familie im Auto an die See!) dürfte das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Fest steht jedenfalls, dass Oberkreisdirektor Moenikes – auf nachdrückliches Drängen der Militärregierung – seinen freiwilligen Rücktritt einreichte. Seine Amtszeit endete offiziell am 28. Februar 1947.

Am Anfang standen elementare Probleme: Wohnen und Ernährung

Der Bericht über die Kreistagssitzung vom 16. November 1946 hält für den heutigen Betrachter interessante Details und Zahlen über die gesellschaftlichen Umstände bereit: Die Ernährungslage sei sehr ernst, es seien im Kreis Unna nur noch Vorräte für einige Tage vorhanden. Die Kartoffelernte sei überdies nur mäßig. Auch habe sich die Lage der heimischen Industrie deutlich verschärft. Bis Anfang November 1946

habe der Kreis Unna 29.728 Flüchtlinge und Ausgewiesene aufgenommen, immerhin rund 21 Prozent der ortsansässigen Bevölkerung. In einzelnen Bezirken des Kreises betrage der Anteil der unfreiwilligen "Neubürger" bis zu 38 Prozent. 3.000 leicht beschädigte Wohnungen konnten wiederhergestellt werden, pro Person gebe es 4,9 Quadratmeter Wohnraum. Rund 17.000 Menschen seien noch ohne ausreichendes Obdach. Insgesamt habe der Kreis Unna nach der letzten Volkszählung 169.365 Einwohnerinnen und Einwohner.

Dass Flüchtlinge, Ausgewiesene und Vertriebene von den Einheimischen nicht mit besonderer Freude aufgenommen wurden, liegt angesichts der genannten Zahlen auf der Hand. Sie waren schlicht und ergreifend für die meisten Menschen im Kreis Unna Konkurrenten um Nahrung und Wohnraum. Direkt nach Kriegsende scheint es trotzdem, so weit man es überblicken kann, nur vergleichsweise geringe Probleme bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen gegeben zu haben.

Doch schon im September 1946 hatte sich die Situation deutlich verschärft, sodass der noch von der Militärregierung eingesetzte Kreistag ein Ende der Flüchtlingszuweisungen in den Kreis

Unna forderte: "Einige Bürgermeister erklärten sich außerstande, diese Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen, da keinerlei Möglichkeit mehr dazu gegeben sei und die Gefahr bestehe, dass die Bevölkerung bei weiteren Zwangseinweisungen aufsässig würde ... Die beste Lösung, um den Flüchtlingen und Vertriebenen wirksam helfen zu können, wäre, dass man die Ostprovinzen, die zum größten Teil entvölkert sind, den Ärmsten zur Ansiedlung wieder zugänglich macht. Mit dieser Regelung wäre nicht nur den Flüchtlingen geholfen, sondern auch der hiesigen Bevölkerung. Weiter würde diese Regelung auch zur Besserung der ganzen Versorgungslage beitragen."

Was aus unserer Sicht der "Spätgeborenen" naiv, blauäugig, ja realitätsfern klingt, macht die ganze Not jener Zeit deutlich. Not macht erfinderisch – und erfinderisch musste man sein in den Nachkriegsjahren wie etwa ein Unternehmer aus Soest, der einfache Fertighäuser bauen ließ, deren "Hauptbestandteile" Trümmer waren!

Zehntausende Flüchtlinge und Vertriebene wollen versorgt sein

Die Flüchtlinge und Vertriebenen wurden nicht vom Kreistag oder der

Kreisverwaltung auf die einzelnen Orte verteilt, sondern von der britischen Militärregierung, nach deren Auffassung das Ziel einer möglichst raschen Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen am ehesten in dünn besiedelten und landwirtschaftlich geprägten Gebieten gewährleistet sei. Doch dieses System hatte mit der Realität kaum etwas zu tun, denn der Nebeneffekt war, dass es viele Arbeitskräfte gerade dort gab, wo keine entsprechenden Arbeitsplätze zur Verfügung standen, wohingegen Arbeitskräfte in anderen Regionen fehlten.

Das "Flüchtlings-Problem" hielt noch einige Jahre an, im August 1949 schickte der Oberkreisdirektor einen Stimmungsbericht an den Regierungspräsidenten in Arnsberg. Dort heißt es: "Die einheimische Bevölkerung steht den Flüchtlingen vielfach ablehnend gegenüber und räumt ihnen nicht mehr Recht ein, als gerade gesetzlich festgelegt ist. Andererseits ist aber auch festzustellen, dass eine große Anzahl von Flüchtlingen, pochend auf ihr Recht, unter den Hauseigentümern und Mitbewohnern Unruhe und Unfrieden stiftet. ... Hier auf Dauer einen Ausgleich zu finden, ist unendlich schwer."

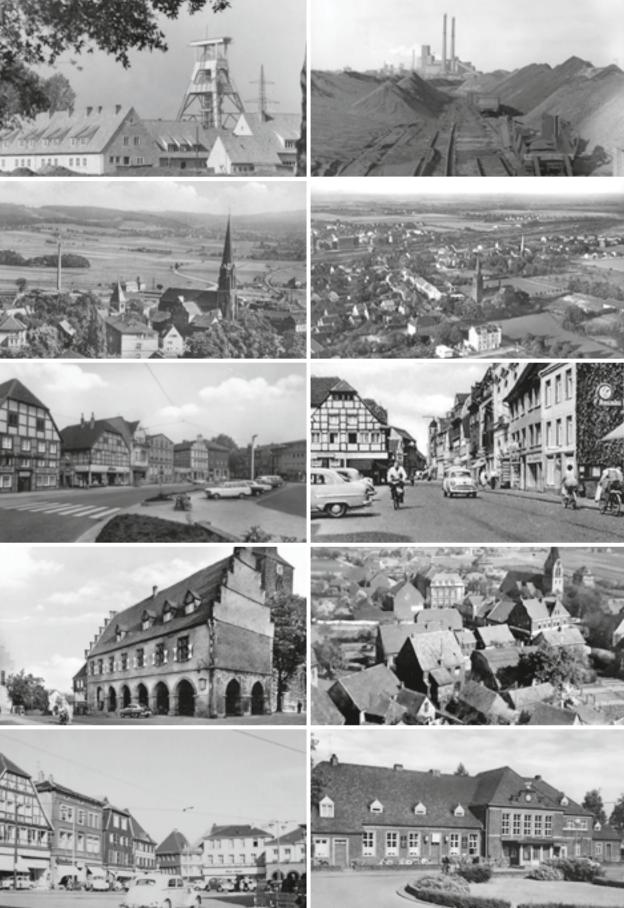
Das Leben ging weiter – auch der Kreistag widmete sich anderen Themen.



Die Westfälische Rundschau berichtete über die Demontage von Industriegütern – und über den Widerstand in der Region.

Doch zunächst galt es, die Demontage der Chemischen Werke in Bergkamen zu verhindern. Zu diesem Zweck traf sich der Kreistag zu einer Dringlichkeitssitzung am 8. Juni 1949 in der Schauburg in Bergkamen. "Ausserordentliche Vorgänge rechtfertigen ausserordentliche Maßnahmen", so begrüßte Landrat Hubert Biernat die Mitglieder des Kreistages. Was war geschehen? Schon im Juli 1945 hatten sich die Siegermächte (ohne Frankreich) auf Schloss Cäcilienhof in Potsdam getroffen, um unter anderem die von Deutschland zu entrichtenden Reparationen, die politische und geografische Neuordnung Deutschlands, seine Entmilitarisierung und den

Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern zu verhandeln. Am 2. August 1945 wurde das "Potsdamer Abkommen" veröffentlicht. Die Reparationen sollten zu einem Teil über die Demontage von Unternehmen geleistet werden. Die Umsetzung des Beschlusses und damit die letztendliche Entscheidung darüber, welche Unternehmen demontiert werden sollten, zogen sich hin. Aber Anfang Juli 1946 hieß es dann (für so manchen im Kreis Unna überraschend): Die Chemischen Werke in Bergkamen sollen demontiert werden! Die Aufregung war aus verständlichen Gründen groß, war das Werk doch gerade erst nach den Kriegsschäden wieder aufgebaut worden.





Altes Landratsamt in Unna

Frühe Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus

bedauern ausserordentlich". sagte Landrat Biernat zu Beginn der Sondersitzung, "dass wir, die wir als aktive Kämpfer gegen den Nationalsozialismus gestanden haben, eine so erhebliche Diskrepanz zwischen Wort und Tat der Allijerten feststellen müssen. Wir haben geglaubt, dass man es ernst mit der Realisierung der während des Krieges über die Auslandssender verbreiteten Parolen meinte. Nun stehe aber zwischen Worten von damals und dem Verhalten von heute eine klaffende Lücke. Nicht nur der moralischen Berechtigung des heutigen Protestes wegen wolle man sich darauf berufen, was während der Kriegsführung gesagt worden ist, es soll auch Bezug genommen

werden auf die Worte verantwortlicher Politiker, die noch in den letzten Stunden gesprochen worden sind. Präsident Truman habe gesagt, die USA seien entschlossen, ihre Zusammenarbeit mit anderen freien Nationen fortzusetzen, um eine Welt zu schaffen, in der Friede und Wohlstand herrschten..."

Wiederaufbau der Wirtschaft hat schnell eine hohe Priorität

Die Wege, die beschritten wurden, das Unheil von den Chemischen Werken und der Gemeinde Bergkamen abzuwenden, würde Kreistagsabgeordneter Schwenke im einzelnen aufzeigen. In den offiziellen Beginn der heutigen Tagung möchte er jedoch nicht eintreten, ohne darauf hingewiesen zu haben, dass wir kein Verständnis für die verfügte Demonta-

ge aufbringen, weder wirtschaftliches noch politisches. Jeder, der die Furien des Krieges am eigenen Körper habe fühlen müssen, könne es nicht verstehen, dass man jahrelang Arbeitskraft und Material aufwandte, die heute als verloren bezeichnet werden müssten. Zu Beginn des Wiederaufbaus des Werkes waren wir entblösst von dem Notwendigsten. Alte Leute. Kinder und Erwachsene sassen mit hungrigen Mägen in kalten und zerstören Heimen. Kein Eisen und Material waren vorhanden. um primitive Kulturgüter herzustellen. Hunderttausenden fehlte die einfachste Behausung. In dieser Zeit haben mutige Männer sich an den Wiederaufbau ihrer zerstörten Arbeitsstätte gemacht. Kohlen, Material und Arbeitskraft sind verwandt worden, während Tausende darbten und entbehrten.

Es muss als wirtschaftlicher und politischer Unfug ersten Ranges angesehen werden, wenn man diese Opfer eines Volkes so schnöde vertun will, wie man es uns zumutet. Wir machen die Militärregierung dafür verantwortlich. Die in den Wiederaufbau gesteckten 12 Millionen wären besser verwandt worden wenn man uns die Dispositionen überlassen hätte. Was hier geschehe, könne man nur einem Volke zumuten, das in

seiner Mehrheit aus Analphabeten besteht "

Der Abgeordnete Heuser meinte als Bürgermeister von Bergkamen, sein Heimatort sei schon schwer getroffen durch die Katastrophe auf Zeche Grimberg im Jahr 1946 mit 404 Toten. Dieses Bergwerkunglück sollte eines der schwersten in der Geschichte des deutschen Bergbaus bleiben.

SPD-Fraktionsführer Gleisner verglich in der Debatte die Deutschen mit Hilfsschülern in der Schule der Demokratie. "Vier verschiedene Lehrer unterrichteten aus verschiedenen Lehrbüchern. In der britischen Zone sei man schon auf das Brettergymnasium gekommen, wo geradezu Dr.-Dissertationen aufgegeben würden, deren eine die Demontage ist. Es wäre erstaunlich, dass heute noch verantwortliche Politiker in der Welt glaubten Dinge tun zu dürfen, die in Nürnberg in den Katalog der Kriegsverbrechen aufgenommen worden sind. ... In der Frage der Demontage könne man mancherlei Auffassungen haben. Bei der SPD bestünde kein Zweifel, dass Maschinen, die Kriegspotential herstellten, demontiert werden müssten. Hätte man Kriegsmaterial zerstören wollen, wäre es 1945 am besten in die Luft gesprengt worden. Dass man aber



Bergkamener Zeche Grimberg 3/4 in den 1960er-Jahren

über 4 Jahre friedvolle Gespräche führte, die heute klar ad absurdum geführt werden durch die Politik, sei entweder eine Dummheit oder Bösartigkeit. Ersteres wäre man bereit zu verzeihen. Die zweite Möglichkeit sollte aber alle Verantwortlichen aufrufen, ihre Stimme zu erheben und zu warnen."

Gleisner weiter: "Der Geist von gestern wäre noch wach, wenn sich in Deutschland Menschen dazu bereit finden, an der Demontage mitzuarbeiten. Die Frage der Demontage sei nur so zu lösen, dass die Militärregierung ihre eigenen Monteure zu dieser Aufgabe abstellten. Die Demontageorder liesse jegliche Vernunft vermissen."

Einmütig nahm der Kreistag schließlich die vom Landrat zur Verlesung gebrachte Entschliessung an, in der es u.a. heißt: "Mit größter Bestürzung hat die Bevölkerung des Kreises Unna von der durch die Militärregierung angeordneten Demontage der Chemischen Werke in Bergkamen Kenntnis genommen. Das Werk hat nur Erzeugnisse hergestellt, welche für die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Rohstoffen für die Waschmittel- und Nahrungsmittelherstellung und mit Treibstoffen, jedoch nicht für den direkten Bedarf der Kriegsführung bestimmt war. Es fällt also nicht unter die nach dem Potsdamer Abkommen verbotenen kriegswichtigen Anlagen. ...

Kein sachlich denkender Mensch versteht, warum die mit großen Opfern und viel Arbeit neu entstandene Anlage jetzt wieder abgebaut werden soll. Jeder erblickt darin einen wirtschaftlichen und politischen Unsinn und eine Massnahme, die nur von Konkurrenzgründen diktiert sein kann. ... Der Abbau der Chemischen Werke, die etwa 800 Menschen, darunter 200 Frauen Arbeit und Brot geben können, trifft die Gemeinde nunmehr vernichtend." Landrat Biernat konstatierte abschließend: "Dass wir ein unterlegenes Volk und nicht Herr im eigenen Haus sind. Wären wir es. brauchten wir solche Massnahmen heute nicht zu kritisieren. Alles menschenmögliche würde getan werden, um zu helfen."

Doch alle Anstrengungen blieben anfangs umsonst, der Demontagebefehl sollte umgesetzt werden. Unter Sicherung von 300 belgischen Soldaten begann eine Dortmunder Firma, auf dem Betriebsgelände Vorbereitungen für die Demontage zu treffen. Derweil gab es etliche Besprechungen und Verhandlungen. Die Firmenleitung und der Kreistag suchten wichtige Unterstützer in ihrem Kampf, auch im Ausland – und fanden sie augenscheinlich. Der Kampf um die Chemischen Werke in Bergkamen wurde von der Presse aufgegriffen

- und zwei Telegramme verdienen besondere Beachtung. So telegrafierte der Studentenausschuss der Universität Heidelberg: "Heidelberger Studentenschaft verfolgt mit innerer Anteilnahme die Bemühungen ihrer Belegschaft zur Erhaltung der Arbeitsstätte. Hoffen mit ihnen, daß noch eine befriedigende und sinnvolle Regelung im gesamteuropäischen Interesse gefunden wird." Aus Bloomfield, Nebraska, meldete sich Claude Canaday: "Werde Angelegenheit morgen vor den Kongreßausschuss bringen. Werde Angelegenheit auch heute besprechen. Brief folgt."

Der Kampf um die Chemischen Werke, aus denen später Schering und schließlich Bayer werden sollten, endete erfolgreich: Am 24. November 1949 wurde offiziell der Demontagestopp verkündet. Gleichwohl musste noch um die notwendige Betriebserlaubnis gerungen werden. SPD-Fraktionschef Alfred Gleisner brachte es in der Sitzung des Kreistages vom 25. November auf den Punkt: "Der Kampf um Bergkamen geht weiter", rief er unter dem Beifall des Hauses aus.

Landrat Hubert Biernat dankte allen, die mitgeholfen hatten, die Chemischen Werke Bergkamen zu retten, besonders wie die Westfälische Rundschau am 3. Dezember 1949 berichtete, "Herrn Claude Canady aus Bloomfield (Nebraska), der sich uneigennützig und aus reiner Menschenliebe für die Erhaltung des Werkes immer wieder bemüht hat, und den Arbeitern des Ruhrgebietes, die durch ihre geschlossene, einmütige Haltung wesentlich zu dem Erfolg beigetragen haben."

Landrat Biernat fasste zusammen: "Besser als mit dieser Maßnahme hätte man die internationale Atmosphäre nicht entgiften können. ... Der Demontagestop bedeutete noch keine Betriebserlaubnis." Am Schluss zeigte der vehemente Protest gegen die vorgesehene Demontage Wirkung: Die Chemischen Werke Bergkamen erhielten die Betriebserlaubnis – und die Belegschaft durfte wieder die Arbeit aufnehmen.

Die Kulturpolitik spielt durchweg eine besondere Rolle

Ein besonderes Kapitel in der Arbeit der SPD-Kreistagsfraktion durch die Jahrzehnte sollte die Kultur werden. Kultur kann auch nicht kostenlos sein – kostet also Geld! Und muss möglichst für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich sein. Diese Erkenntnis war nicht immer bei allen Abgeordneten im Kreistag vorhanden. Jahre später brachte Bundespräsident Richard von Weizsäcker

die Bedeutung von Kultur in wenigen Sätzen auf den Punkt: "Kultur kostet Geld. Sie kostet vor allem deshalb, weil der Zugang zu ihr nicht in erster Linie durch einen privat gefüllten Geldbeutel bestimmt sein darf. ... Substantiell hat die Förderung von Kulturellem nicht weniger eine Pflichtaufgabe des öffentlichen Haushaltes zu sein als zum Beispiel der Straßenbau, die öffentliche Sicherheit oder die Finanzierung der Gehälter im öffentlichen Dienst.... Denn Kultur ist kein Luxus, den wir uns leisten oder nach Belieben streichen können. sondern der geistige Boden, der unsere innere Überlebensfähigkeit sichert."

Konkret ging es seit 1946 schon im ersten Kreistag um die Übernahme und den künftigen Fortbestand des bisher als Verein geführten Kreisorchesters, einer wohl einzigartigen Einrichtung in Westfalen und dann im späteren Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Das Kreisorchester: Bereicherung oder ein finanzieller Streichposten?

In jedem Jahr stand selbstredend auch das Thema "Unterstützung des Kreisorchesters" auf der Tagesordnung des Kreistags. Es war die Vorgängerin des nachmaligen Westfälischen Sinfonieorchesters und der heutigen Philharmonie Westfalen, die heute gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften getragen wird. Die SPD-Fraktion hat sich immer für die Zukunft des Orchesters eingesetzt, wiewohl es in der Tat bei der Aufstellung so manchen Etats des knappen Geldes auch in der SPD Stimmen gab, das Engagement des Kreises beim Orchester einzustellen oder doch zumindest zu reduzieren.

Exemplarisch sei hier auf die Sitzung des Kreisstages vom 9. März 1951 verwiesen, über die der Hellweger Anzeiger am Tage darauf ausgiebig berichtete. Der neue Landrat hieß mittlerweile Heinrich Renninghoff, nachdem der bisherige Landrat Hubert Biernat sein neues Amt als Regierungspräsident in Arnsberg angetreten hatte. Im Hellweger Anzeiger hieß es: "Das leidige Thema der Kreisumlage und ihrer Erhöhung um 5 v. H. gab Anlaß zu ausgiebiger Diskussion, beleuchtete vor allem aber den schon traditionellen Programmpunkt ,Kreisorchester'. ... Im inneren Anschluß an dieses Stichwort begann die Debatte um das Kreisorchester. Das heißt: um seinen Etatposten. Denn alle Beteiligten unterstrichen wiederholt ihre Sympathie für das Orchester, ihre Bewunderung seiner Leistungen, dazu die grundsätzliche Bereitschaft und Aufgeschlossenheit für die Kultur und Kulturpflege. Aber – die schweren 80 000 D-Märker!"

Die CDU-Fraktion zweifelte daran, dass das Kreisorchester die Moral der Jugend heben könne und war sicher, dass die arbeitende Bevölkerung kein Verständnis für diesen Etatposten haben werde. Die Fraktion sei "unter keinen Umständen" bereit" dem Ansatz von 80.000,- DM zuzustimmen. Nun setzte sich der Oberkreisdirektor mit Temperament für das Orchester ein. Schließlich wurde abstimmt: Mit 22 gegen 11 Stimmen wurden die 80.000,- DM bewilligt – das Kreisorchester war wieder einmal geretttet.

Apropos D-Mark: In seiner Sitzung vom 30. März 1949 hatte der Kreistag seinen ersten Etat in der neuen Währung eingebracht. Er schloss in Einnahme und Ausgabe mit 6,056 Millionen DM ab. Die Kreisumlage wurde auf 27 Prozent festgesetzt. Von den Ausgaben entfielen u.a. 42 Prozent auf Kriegsfolgefürsorgekosten, 13 Prozent auf persönliche Kosten, 10,8 Prozent auf sonstige Fürsorgekosten, 6,3 Prozent auf Polizeikosten, 5,8 Prozent auf die Provinzial- und Siedlungsverbandsumlage, 2,7 Prozent auf die Unterhaltung von Straßen und Gebäuden. 0.7 Prozent auf Rücklagen, 0,3 Prozent auf Kriegsschädenbeseitigung, 3,8 Prozent auf den Bereich Schule sowie 1,5 Prozent auf kulturelle Zwecke

Das Kreisorchester überlebte mit Hilfe der SPD-Fraktion sowie der Landräte und Oberkreisdirektoren auch die nächsten Jahre – wobei das Damoklesschwert der Streichung der Förderung immer drohend über dem Klangkörper schwebte. Nach einigen, positiv formuliert, Irrungen und Wirrungen sowie Veränderungen und Zusammenschlüssen ist im Jahr 1996 schließlich aus der Fusion des Westfälischen Sinfonieorchesters Recklinghausen und des Philharmonischen Orchesters der Stadt Gelsenkirchen die Philharmonie Westfalen entstanden, die seither fester Bestandteil der Orchesterlandschaft im Ruhrgebiet ist. Das Orchester zählt mit mehr als 120 Musikerinnen und Musikern zu den größten Klangkörpern in Nordrhein-Westfalen und bewältigt pro Saison nahezu 300 Veranstaltungen und das nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Kernaufgabe der Neuen Philharmonie Westfalen war und ist es heute selbstredend, Sinfoniekonzerte in Gelsenkirchen, in Recklinghausen und im Kreis Unna zu geben. Das renommierte Ensemble ist darüber hinaus Opernorchester des Musiktheaters im Revier Gelsenkirchen. Seit Sommer 2014 ist Rasmus Baumann Generalmusikdirektor der Philharmonie Westfalen.

Fest steht: Ohne die kontinuierliche Unterstützung des Kreisorchesters Unna/der Philharmonie Westfalen durch die SPD-Kreistagsfraktion Unna würde es diesen erstklassigen Klangkörper heute nicht mehr geben!

Tosender Beifall für Else Walter im Kampf gegen Atomraketen in Hengsen

Ende der 1950er-Jahre schlugen die politischen Wellen hoch: Die SPD-Kreistagsfraktion hatte eine Sondersitzung des Kreistages beantragt, die am 28. April 1958 stattfand, mit nur einem Tagesordnungspunkt, nämlich einem Entschließungsantrag des Kreistages zur atomaren Aufrüstung und Erstellung von Raketenbasen. Im Klartext: Der Kreistag solle sich gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung unter Kanzler Konrad Adenauer aussprechen. Konkret ging es um die vorgesehene Aufstellung amerikanischer Raketen in Hengsen.

SPD-Fraktonschef Alfred Gleisner, mittlerweile auch Bundestagsabgeordneter in Bonn, hielt eine Grundsatzrede zum Thema und nahm dabei auch Franz-Josef Strauß aufs Korn. Seine Hoch umstritten: Atomraketen der US-Streitkräfte in Holzwickede-Hengsen



Rede gipfelte, so der Hellweger Anzeiger in seiner Ausgabe vom 29. April, in den Worten, die sich zum Glück nicht bewahrheiten sollten: "Vor unserer Haustür wird eine Basis errichtet, die, wenn sie wirksam, uns alle vernichten wird. Sie werde bei einem feindlichen Angriff der erste Zielpunkt oder Zielraum sein. Die Strahlen eines explodierenden Atomgeschosses würde das gesamte Wasser der Ruhr, die das Ruhrgebiet versorgt, sofort verseuchen."

Tosenden Beifall erntete die SPD-Abgeordnete und das einzige weibliche Mitglied des Kreistages überhaupt, Else Walter aus Bergkamen, die im Namen aller Frauen Einspruch gegen die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln erhob. Sie erklärte eindringlich: "Es ist ein Jammer, dass nicht mehr Frauen im Kreistag sitzen, die zusammen mit mir gegen diese todbringenden Maß-

nahmen protestieren können ... Kann man über die atomare Bewaffnung diskutieren, ohne an die verheerenden Folgen einer eventuellen Anwendung zu denken und die ungeheuren Leiden der Menschheit, das Schreien der Säuglinge, der Frauen und Greise im Ohr zu haben? ... Noch ist es Zeit, zu handeln, damit unsere Kinder uns nicht eines Tages verfluchen werden."

So beschloss der Unnaer Kreistag mit den Stimmen der SPD (die FDP enthielt sich der Stimme, die CDU-Faktion verließ zur Abstimmung ostentativ den Sitzungssaal) jene Entschließung, in der es unter anderem heißt: "Der Kreistag protestiert mit aller Schärfe gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr und gegen die Abschußbasen für atomare Sprengkörper. … Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen, keiner-



Die Zechen (wie die Schachtanlage "Alter Hellweg" in Unna) laufen aus, neue Arbeitsplätze müssen her.

lei Grund und Boden für die Errichtung von Abschußbasen und zur Lagerung von atomaren Sprengkörpern zur Verfügung zu stellen, und keine Versorgungsleistungen (Bereitstellung von Strom, Gas, Wasser, Dienste verwaltungstechnischer Art, Bau von Straßen usw.) für Projekte aufzuwenden, die solchen oder ähnlichen Zwecken direkt oder indirekt dienen."

Wirtschaftswunder und Strukturwandel wollten fortlaufend gestaltet sein

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der Fraktion warf schon früh seine Schatten voraus. Die Jahre des "Wirtschaftswunders" waren kaum vorbei, als die ersten Zechen im Revier geschlossen wurden – und das, obwohl in den folgenden Jahrzehnten die Schächte immer tiefer geteuft wurden

und unter Tage immer neue Steinkohlevorkommen nach Norden hin erschlossen werden konnten Schon Ende der 1950er-Jahre begann die Bergbaukrise im Ruhrgebiet und damit auch im Kreis Unna. Millionen Tonnen Kohle werden in den folgenden Jahren auf Halde gelegt, Öl macht der Kohle zunehmend Konkurrenz. Man stelle sich vor: Rund ein Drittel der Arbeitsplätze im Kreis Unna hingen am "Schwarzen Gold". Angst machte sich in vielen Familien breit, die Sorge vor der Zukunft nahm zu. Was tun? - das fragten sich nicht nur tausende Kumpel, sondern auch die Politikerinnen und Politiker des Kreistages. Und das aus gutem Grund: Der Kreis Unna war ganz wesentlich von den Montanindustrien geprägt, insbesondere von der Steinkohlenförderung. Die Stadt Bergkamen etwa war lange die größte Bergbaustadt in Europa, ihre Nachbarn waren nicht weniger von diesem Erwerbszweig geprägt.

Die SPD-Kreistagsfraktion nahm sich mit Bedacht und Weitsicht der Problematik an, die wir heute mit "Strukturwandel" nur unzureichend beschreiben. Sicherlich ändert sich die Wirtschaftsstruktur, aber ebenso auffällig sind zweifellos die gesellschaftlichen Veränderungen, die gravierend, ja: drama-

tisch zu nennen sind. Alte Regeln gelten quasi über Nacht nicht mehr, was "immer" richtig war, zählte plötzlich nicht mehr. "Opa auf Zeche, Vater auf Zeche, Sohn auf Zeche" – das gab es plötzlich nicht mehr, zumindest nicht mehr in den bisherigen Ausmaßen. Der Sohn musste sich gezwungenermaßen beruflich umorientieren, wenn sein Pütt "den Deckel drauf machte" und er nicht auf einem anderen Bergwerk unterkam. Neue Arbeitsplätze waren also das Thema jener Zeit – und gerade dieses Thema ist bis heute im Kreis Unna aktueller denn je.

Schon 1959 brachte die Fraktion einen Dringlichkeitsantrag in die Kreistagssitzung am 14. Dezember ein. "Der Kreis Unna, im starken wirtschaftlichen Sog der umliegenden Großstädte und Industriegemeinden gelegen, läuft Gefahr, aufgrund seiner einseitigen Wirtschaftsstruktur und angesichts der schnellen Entwicklung und Umstrukturierung der Energiewirtschaft weitere Arbeitsplätze und Arbeitskräfte zu verlieren. Der großzügige Ausbau des Verkehrssystems, insbesondere Bundesfernstraße, wird diese Tendenz verstärken, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig vorsorgliche Maßnahmen zum Ausbau der Wirtschaft des Kreises zu treffen."

So heißt es in dem Antrag, der auch



Die Strukturprobleme werden noch verschärft durch die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen (hier ein Blick in die heutige Landesstelle Unna-Massen).

gleichzeitig Wege aufzeigt, was zu tun ist: "Es gilt mit der Ansiedlung neuer Industrien eine genügende Anzahl von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen und den Kreis, seine Ämter, Städte und Gemeinden so wirksam aufgrund sorgfältiger Planungen auszubauen, daß der bedrohlichen Situation Einhalt geboten wird. Hierzu ist auf Kreisebene Initiative und die nachhaltige Koordinierung aller

erforderlichen Maßnahmen zwingend notwendig.".

Dieser Antrag ist quasi die Geburtsstunde der "Wirtschaftsförderung Kreis Unna", die im August 2021 ihren 60. "Geburtstag" begehen konnte. Der SPD-Antrag schloss seinerzeit mit dem Begehren, die Kreisverwaltung zu beauftragen, bei der Aufstellung des Stellenplanes für 1960 "die Einrichtung



Die zentrale geografische Lage des Kreisse Unna hilft, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür müssen immer neue Verkehrswege entstehen.

eines Amtes für Wirtschaftsförderung vorzusehen." Den anderen Fraktionen schien das vorgesehene Tempo doch zu rasant, und so wurde das besagte "Amt für Wirtschaftsförderung" an den Personalausschuss verwiesen.

Doch am 24. August 1961 war es soweit: Nach entsprechenden Beratungen wurde der SPD-Plan umgesetzt – und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft WFG für den Kreis Unna (WFG Kreis Unna) gegründet als eine der ersten Wirtschaftsförderungsgesellschaften in Deutschland überhaupt. Dass dieser Schritt der richtige war, offenbarte sich noch im Verlauf des Gründungsjahres: Am 30. Juni 1961 schloss das Unnaer Bergwerk "Alter Hellweg" für immer sei-

ne Zechentore. Der Anfang des Zechensterbens markierte aus heutiger Sicht schon das Ende des deutschen Steinkohlenbergbaus. Ende 2018 schloss mit dem Bergwerk "Prosper Haniel" in Bottrop der letzte Pütt im Ruhrgebiet. Die größte Teufe lag bei 1.253 Metern! Die tiefste je erreichte und in Betrieb genommene Teufe liegt übrigens im Kreis Unna: Der Schacht 6 der Zeche "Haus Aden" erreichte eine Teufe von 1.388 Metern!

Der Bergbau im Ruhrgebiet ist Geschichte, auch die Stahlproduktion ist zum großen Teil nun schon ein Teil der Geschichtsschreibung des Reviers – und der dringend notwendige Strukturwandel ist beileibe noch nicht abge-

schlossen. Etliche Brachflächen sind bereits mit höchst unterschiedlichen Nutzungen fit gemacht worden für die Zukunft – und zum Glück sind auch einige Standorte, wie die Zeche Zollern, erhalten worden als Industriemuseum, damit auch spätere Generationen erleben können, unter welchen Bedingungen ihre Großväter und Ur-Großväter Kohle gefördert und für den Transport in die Hochöfen vorbereitet haben.

Wahre Herkulesaufgaben für die Wirtschaftsförderung

Die Aufgaben der WFG waren also schon zu Beginn gigantisch, sie waren eine wahre Herkulesarbeit – die SPD-Kreistagsfraktion stellte sich immer geschlossen hinter die Arbeit der Wirtschaftsförderung und unterstützt sie bis heute. Was erreicht wurde, ist mehr als beachtenswert, ist vielmehr bis in unsere Tage beispielgebend für viele andere betroffene Orte und Kreise. Beispielgebend war seinerzeit die Gründung überhaupt, aber auch der Ausbau der deutschlandweit ersten Industrieund Gewerbegebiete, beginnend im Süden der Kreisstadt Unna selbst.

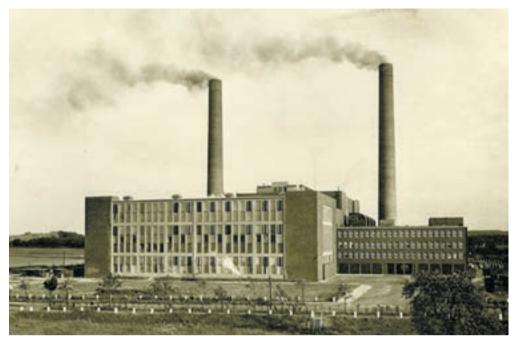
Viele andere Kommunen blickten in den 1960er-Jahren entsprechend auf den Kreis Unna und die erfolgreiche

sozialdemokratische Politik: Die Flächenbevorratung, die Schaffung einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur sowie die tatkräftige Ansiedlung immer neuer Unternehmen galten bald als Vorbilder für viele anderen Regionen in Deutschland und Europa. Und sie trugen zugleich dazu bei, das Leben in der Region zu modernisieren - nicht zuletzt durch eine Entflechtung bislang eng aufeinandersitzender Lebensfunktionen: Emittierendes Gewerbe wanderte Zug um Zug aus den Innenstädten in die neuen Gewerbeparks, damit wuchs die Lebensqualität in den ebenfalls wachsenden Wohngebieten.

Landrat Mario Löhr bemerkt dazu in der Schrift "60 Jahre WFG: "Der Indu-Park im Unnaer Süden war ein Meilenstein und eine Premiere – zusammen mit einem ähnlichen Projekt in München. In vielen Teilen des Kreises Unna sprossen bald neue, voll erschlossene Gewerbeflächen aus dem Boden.

Zehntausende neue Arbeitsplätze entstanden über die Jahre

In sechs Jahrzehnten entstanden damit zehntausende sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Bis heute profitiert die WFG von der hervorragenden Lage des Kreises Unna im Herzen des



Die Industrie keimt auf und braucht Energie: Steag-Kraftwerk in Lünen.

Landes und in der Mitte einer pulsierenden Region zwischen Ruhrgebiet, Münster- und Sauerland und mit privilegierter Anbindung an das Schienen-, Straßen- und Wasserstraßennetz der Republik. Flächen für die Ansiedlungen, Fertigkeiten im Wettbewerb, Fachkräfte für die Zukunft: drei Schwerpunkte der heutigen Wirtschaftsförderung Kreis Unna. Sie ist mit passgenauen Dienstleistungen für die Unternehmen da, von Gründungsberatung über Qualifizierung bis Krisenintervention, wie aktuell während der Corona-Pandemie."

Die WFG Kreis Unna fasst heute ihre Arbeit in sechs großen Themenbereichen zusammen, die in den bisherigen sechs Jahrzehnten ihres Bestehens temporär zu unterschiedlicher Ausprädung und Bedeutung gelangten. Es sind dies: Gewerbeflächen in allen Kommunen des Kreises Unna entwickeln und bereitstellen, Betriebe bei Erweiterung oder Verlagerung unterstützen, Mediation bei behördlichen Genehmigungsverfahren leisten, Beratung bei Gründungs- und Innovationsvorhaben einschließlich möglicher Fördermittel, Fachkräfte für die Region halten und gewinnen, gezielte Aus- und Weiterbildung fördern.

Ansiedlung immer neuer Unternehmen gelingt

Einige Beispiele mögen die Bedeutung und die Wirksamkeit der Arbeit der WFG Kreis Unna verdeutlichen: In den 1960er-Jahren gelingt die Ansiedlung des Multi-Technologiekonzerns 3M in Kamen, in Hamm-Uentrop, das in je-

ner Zeit noch zum Kreis Unna gehörte, entsteht ein DuPont-Werk. Mit dem Indu-Park Unna-Süd setzt die WFG neue Maßstäbe, rasch sind alle Flächen vermarktet. In den 1970er-Jahren werden verstärkt Logistikfirmen angesiedelt, der Kreis Unna entwickelt sich zum Lagerhaus der Nation. "Tausende Arbeitsplätze entstehen", so heißt es im WFG-Bericht zum 60-jährigen Bestehen. Nicht zu vergessen: In den 1970er-Jahren entstehen IKEA in Kamen und das passende neue Zentrallager in Werne.

Die 1980er-Jahre beginnen dramatisch im Kreis Unna: Die Arbeitslosigkeit steigt bis zur Mitte des Dezenniums von fünf auf 13 Prozent. Der WFG gelingt es, ein neues Warenverteilungszentrum des Karstadt-Konzerns in einem neuen Gewerbegebiet im Norden Unnas anzusiedeln, weitere Logistikfirmen folgen.

Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass zu einer erfolgreichen Industrieansiedlung auch weiche Standortfaktoren eine durchaus wichtige Rolle spielen. Oder, wie es in der WFG-Broschüre heißt: "Unternehmen und Beschäftigte erwarten attraktive Angebote für Wohnen, Bildung und Freizeit. In der Stadt Fröndenberg, in der durch die Lage an der Ruhr besondere Auflagen für Gewerbeflächen gelten,

geht die WFG daher einen neuen Weg: Sie realisiert einen Golfplatz in idyllischer Lage in Fröndenberg." Aus heutiger Sicht darf man sicherlich konstatieren: Eine richtige Entscheidung.

Der Erfolgsweg verläuft auch in den 1990er-Jahren weiter: In Kamen und Schwerte (TWS) entstehen zwei Gründerzentren, in Lünen (Lüntec) macht schnell das sogenannte Colani-Ei Furore, ein neues Wahrzeichen, das viele für ein Raumschiff halten. In Bönen wächst überdies das neue Gewerbe- und Industriegebiet "Am Mersch".

Ein Highlight der Strukturförderung ist der Sportboothafen Rünthe

Zum Highlight der WFG-Aktivitäten wurde der "Westfälische Sportboothafen – Marina Rünthe", heute der wohl größte und modernste Freizeithafen in Nordrhein-Westfalen. An der Stelle der heutigen Marina wurde 1939 der Verladehafen der "Zeche Werne" angelegt. Nach der Schließung des Pütts in Werne nutzte die "Klöckner Bergbau Königsborn-Werne AG" den Hafen als Werkshafen für Stückgut und Massengüter, "wobei insbesondere Steinkohle, Baustoffe, Getreide und Mineralöle umgeschlagen wurden. Ältere Bewohner der Stadt Bergkamen bezeichnen den



Alter Klöckner-Hafen in Rünthe ...

Hafen daher heute immer noch als Klöckner-Hafen". So beschreibt Bergkamens Alt-Bürgermeister Roland Schäfer in seinem Artikel "Marina Rünthe – Von Bergkamen in die weite Welt" die Vorgeschichte der heutigen Marina.

Ein erster Versuch, in Bergkamen am Datteln-Hamm-Kanal quasi als Leuchtturm einen Sportboothafen anzulegen, scheiterte im Jahr 1991 an der finanziellen Fehleinschätzung und der völligen Unterschätzung der planerischen Probleme durch das beauftragte Planungsbüro. Doch trotz garstiger Unkenrufe aus der Bergkamener Kommunalpolitik wie auch aus der Bevölkerung verloren die Stadt Bergkamen und die WFG das Projekt "Marina" nicht



... und seine Nachfolgerin, der heutige Sportboothafen

aus den Augen. "Eine Analyse der Zahl der im Ruhrgebiet jährlich abgelegten Motorbootführerscheine bestärkte die Erkenntnis, dass ein Bedarf für einen Sportboothafen mit entsprechender Bootsinfrastruktur gegeben sein musste. Auf der Landseite wurde nicht mehr ein riesiges – eher unrealistisches – Freizeitzentrum vorgesehen, sondern eine gemischte gewerbliche Nutzung, mit Boots- und Freizeitbezug, aber auch

mit anderen gewerblichen Ansiedlungsmöglichkeiten." – So erinnert sich Roland Schäfer, der als Bürgermeister selbstredend intensiv an den Planungen und der Realisierung der Marina beteiligt war.

Die Marina Rünthe ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie die WFG und die Stadt Bergkamen gemeinsam ein Projekt mit weithin anerkannter Strahlkraft auf den Weg brachten, um den Strukturwandel voranzubringen. Ein neues innovatives Projekt dürfte, direkt an die Marina angrenzend, die "Wasserstadt Aden" werden, aber das ist eine andere Geschichte...

Auch im 21. Jahrhundert gibt es genug zu tun für die WFG. So wird der ECO PORT in Holzwickede erschlossen und vermarktet - mit Erfolg: Rund 80 Firmen mit 950 Beschäftigten haben mittlerweile ihr Domizil in unmittelbarer Nähe zum Dortmunder Flughafen gefunden. Den seit Jahren zu beobachtenden gesellschaftlichen Wandel greift die WFG mit der Koordinierungsstelle Frau & Beruf auf: Ihr Ziel ist es. Betriebe für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sensibilisieren und damit auch zur Fachkräftesicherung beizutragen. Diese Aufgabe wird auch in den nächsten Jahren sicherlich eine

besondere Rolle in der Arbeit der WFG einnehmen

Während es zunehmend gelang, die Wirtschaft voranzubringen, musste über die Jahrzehnte zugleich die öffentliche Infrastruktur ausgebaut werden - eine Aufgabe, die die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht nur angingen, sondern auch mit eigenen Akzenten vorantrieben. Und das häufig im engen Schulterschluss zwischen dem Kreis und den ihm angeschlossenen Kommunen einerseits sowie mit dem Land Nordrhein-Westfalen andererseits, das ebenso wie der Bund bei vielen Projekten zumindest als Geldgeber, aber auch als wichtiger planerischer Partner mit im Boot saß.

Das galt insbesondere für die Ertüchtigung der Verkehrsträger. Nach dem Weltkrieg zunächst zerstört und völlig am Boden, mussten Straßen, Schienen und Wasserwege erst instandgesetzt, dann immer wieder ausgebaut und erweitert werden. Unter anderem mussten die Autobahnen als zentrale Verkehrsadern ausgebaut werden, die auf der einen Seite erst den Aufschwung der Region durch eine Verknüpfung mit anderen Siedlungsräumen möglich machten, die zum anderen aber auch eine Belastung für Mensch und Natur mit sich brachten.









An der Wende der 1950er- zu den 1960er-Jahren entsteht das neue Kreishaus in Unna an der Friedrich-Ebert-Straße auf der Brache der ehemaligen Adler-Brauerei und wird später mehrfach erweitert. Der Gebäudekomplex wurde in den frühen 2000er-Jahren modernisiert. Der markante Funktionsbau wurde, nach enormen Personalsteigerungen (1929 startete die Kreisverwaltung mit 40 Bediensteten, heute sind es rund 1.600) mehrfach erweitert und ist bis heute ein nutzerfreundliches Verwaltungsgebäude. Die Bilder zeigen (im Uhrzeigersinn) das Richtfest, eine Außenansicht in frühen Tagen, drangvolle Enge im früheren Straßenverkehrsamt sowie die langjährige Fassadengestaltung.



Neue Siedlungsschwerpunkte entstehen – und mit ihnen alle nötige Infrastruktur – wie hier in Bergkamen.

Öffentliche Infrastruktur immer weiter perfektioniert

Parallel galt es, öffentliche Einrichtungen zu schaffen - allen voran Schulen und andere Bildungsträger zu modernisieren, auszubauen und neu anzusiedeln. Der Kreis Unna selbst widmete sich mit großem Engagement insbesondere dem Ausbau der beruflichen Bildung mit der Schaffung der heutigen Berufskollgs in Unna und Werne, aber auch dem Ausbau von Förderschulen - beides Aufgaben, die nur im regionalen Zusammenhang und nicht von einer einzelnen Gemeinde geleistet werden konnten. Mit besonderem Engagement brachte sich die SPD-Fraktion gerade hier über die Jahrzehnte ein und investierte viel Arbeit: Denn früh erkannte sie, das Chancengleichheit nur über eine (möglichst lebenslange) Qualifizierung der Menschen zu gewährleisten war. Heute reicht das Angebot bis hin zur Elternakademie, zur Kinder-Uni und zur Jugend-Uni.

Der Bildung diente zugleich der Aufbau eines dichten Netzes von öffentlichen Bibliotheken bis hin zum Einsatz eines Bücherbusses, mit dem auch die eher ländlichen Teile des Kreises Unna angesteuert werden konnten. Allerdings engagierte sich der Kreis auf diesem Gebiet nur so lange, bis die Städte und Gemeinden aus eigener Kraft Medienangebote aufzubauen vermochten. Er steht aber bis heute flankierend etwa mit dem Medienzentrum im engen Schulterschluss der kommunalen Familie.

Die erste Kreisreform: Dörfer wachsen zu Gemeinden

Bei der SPD-Mehrheitsfraktion hatte sich schon früh die Erkenntnis durchgesetzt, dass angesichts sich verändernder gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse "neues" kommunales Denken (oder besser: Umdenken) angesagt sei, um die kommunale Selbstverwaltung im Sinne des Freiherrn vom und zum Stein, der ja auf Schloss Cappenberg, und damit im heutigen Kreis Unna, seinen Altersruhesitz genommen hatte, auch künftig erhalten zu können.

Es zeichnete sich zunächst zögerlich, dann aber immer dringlicher ab, dass kommunale Reformen notwendig seien, um der Zukunft erfolgreich begegnen zu können. Will heißen: Im Düsseldorfer Landtag ebenso wie vor Ort im heimischen Kreis Unna setzten erst nur leise. dann aber zunehmend lauter darüber Diskussionen ein, wie Kommunen und Kreise künftig ihre Aufgaben wahrnehmen sollten - nicht zuletzt mit Blick auf die immer höheren Erwartungen an die Leistungsfähigkeit der kommunalen Familie, die im zunehmend krassen Gegensatz zu den vielen kleinen und kleinsten politischen Einheiten stand. Im Klartext ging es um die Frage, ob nicht kleine und kleinste Dörfer und Weiler (die im Kreis Unna überwiegend im Amt Unna-Kamen zusammengefasst waren) mit benachbarten Städten zu neuen größeren, lebens- (und überlebens-) fähigen Gemeinwesen zusammengeschlossen werden sollten

Der Hintergrund: Auch kleinere und kleinste Siedlungen hatten bis in die 1960er-Jahre ihre eigenen Bürgermeister und Rathäuser, zum Teil ihre eigenen Schulen, hatten Straßen und Wege, die unterhalten werden mussten - und zeigten wenig Neigung, "Anhängsel" einer benachbarten Stadt zu werden. Ein markantes Beispiel ist der heutige westliche Unnaer Stadtteil Massen. Bis 1911 bestand Massen aus den beiden selbstständigen Gemeinden Niedermassen und Obermassen. Dann setzte sich die Vernunft durch und die beiden Orte fusionierten zu Massen, 65 Jahre später hatten die Massener aber überhaupt keine Lust, vom "großen Bruder" Unna annektiert zu werden und setzten sich mit etlichen Argumenten vehement zur Wehr, letztendlich aber vergeblich. Massen kam zu Unna - und die Welt ist trotzdem nicht untergegangen...

Es gibt aber auch andere Beispiele: Altenbögge und Bönen schlossen sich 1951 schiedlich-friedlich zusammen und die Altenböggerinnen und Altenbögger hatten auch nichts dagegen, dass der Name ihres Heimatortes bei der Fusion "verlorenging".



Einen
Standpunkt
muß man
haben

Großkreis
UnnaHamm

Planungen für den Großkreis Unna-Hamm: Planungsgruppe unter anderem mit Kreisdirektor Otto Krabs und Oberkreisdirektor Lothar Voit, Werner Jürgens und Eyke Ploetz (oben), Werbung vom Aufkleber bis zur Broschüre für das Projekt (links) sowie die zunächst realisierten Kreisgrenzen (unten) die allerdings nur Teile der heutigen Stadt Hamm umfassten, die ihr bei der nächsten Reform doch wieder zugeschlagen wurden.



Unna-Gesetz sorgt für heftige Diskussionen

Das zum 1. Januar 1968 in Kraft tretende "Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Unna" (auch kurz "Unna-Gesetz" genannt) war selbstverständlich auch im Kreistag ein heftig diskutiertes Thema, wobei die Argumente nicht immer sachlich waren. Am 26. September 1967 trat der Kreistag zusammen – und diskutierte drei Stunden heftig und emotional über den vorgesehenen Gesetzentwurf zur Neugliederung der Gemeinden im Kreis Unna. Im Grundsatz ging es um nicht weniger und nicht mehr als darum, aus den damals bestehenden 75 Kommunen des Kreises Unna künftig neun zu machen. Dass dies kein einfaches Unterfangen sein dürfte, war allen Mitgliedern des Kreistages von vornherein klar.

Klar war aber allen auch, dass Änderungen vonnöten waren. In der Broschüre "Kreis Unna 1930-1980" wird die damalige Situation eindringlich geschildert: Bis 1967 bestand das Kreisgebiet aus einer Vielzahl von kleinen und kleinsten Gemeinden. Allein 45 dieser Ortschaften erreichen nicht einmal 1.000 Einwohner. Weiter heißt es: "Die Gemeinde Derne im Amt Unna-Kamen hat 1967 69 Einwohner. Ihr Jahresetat

von 20.900,00 DM, das sind 300 DM pro Bürger, muß für viele Aufgaben wie die Instandhaltung der Straßen und den Feuerschutz reichen. 1968 kommt die Gemeinde Derne zur Stadt Kamen. Kamen hat heute einen Haushalt von fast 90 Millionen DM im Jahr. Das sind pro Einwohner über 2.000 DM."

Herrschte im Grundsatz also die Einsicht, dass Änderungen notwendig seien, ergaben sich bei einzelnen Ortschaften durchaus handfeste Streitpunkte. Der Hellweger Anzeiger hält in seiner Ausgabe vom 27. September 1967 fest: "Die Meinungen prallten schon beim ersten Punkt der Neuordnung des Amtes Rhynern hart aufeinander. Entgegen dem Antrag der CDU, hier nun eine Großgemeinde zu bilden, ergab sich die Mehrheit für die im Regierungsentwurf vorgesehene Bildung zweier Gemeinden, für die Abgeordneter Heermann als Sprecher der SPD-Fraktion einleitend plädiert hatte."

Politische Fronten gehen quer durch die Fraktionen

Bei der Diskussion war, wie man auch heute noch durchaus nachvollziehen kann, nicht immer die Parteizugehörigkeit entscheidend – wie das Beispiel Methler eindrucksvoll zeigt. Der Hell-

weger Anzeiger schreibt: "Die Leidenschaftlichkeit brandete erneut auf, als der Landrat zur Stellungnahme zum Raum Kamen aufrief. Abgeordneter Sandel (SPD) kritisierte scharf das Verfahren des Anhörens und lehnte die im Regierungsentwurf vorgesehene Zusammenlegung seiner Wohngemeinde Methler mit Kamen ab. denn Methler sei nach Zusammenschluß mit Westick und Wasserkurl ein selbständiger Raum geworden, der auch eine selbständige Verwaltung haben solle. ... Bei der Abstimmung über den Raum Kamen wurden die Stimmen ausgezählt. Es ergaben sich 22 Stimmen für den Regierungsentwurf (= Methler und Kamen werden zusammengelegt) und siebzehn gegen ihn. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme."

Dass gerade der vorgesehene Zusammenschluss von Unna und Massen ein besonderes "Phänomen" jener Zeit des Umbruchs war (und bis heute hier und da nachwirkt!) blieb dem Hellweger Anzeiger natürlich nicht verborgen: "Ohne Aussprache nahm der Kreistag durch Mehrheitsbeschluß positive Stellung zum Regierungsentwurf über die Räume Bergkamen, Holzwickede und überraschenderweise aus Unna ein, wobei hier das "heiße Eisen' Massen nicht an-

gefaßt wurde. Lediglich Dr. Weskamp bezweifelte in diesem Zusammenhang noch einmal die zwingende Notwendigkeit, Massen zum Raum Unna zu schlagen, und verwies auf den sogenannten Biernat-Plan, mit dem bewiesen werde, daß es auch andere Lösungen gebe." Letztendlich wurde der Regierungsentwurf in allen Punkten angenommen – und so trat zum 1. Januar 1968 der Teil 1 der Kreisreform den Kreis Unna betreffend in Kraft.

Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neugliederung des Landkreises Unna vom 19. Dezember 1967 bestand der heimische Kreis ab dem 1. Januar 1968 also bis auf weiteres aus vier Städten und fünf Gemeinden, nämlich:

Uentrop	
10.762 Einwohner	39,11 qkm
Rhynern	
6.174 Einwohner	54,66 qkm
Pelkum	
24.761 Einwohner	41,17 qkm
Bönen	
17.650 Einwohner	37,92 qkm
Stadt Kamen	
40.793 Einwohner	40,93 qkm
Stadt Unna	
49.572 Einwohner	88,44 qkm
Stadt Fröndenberg	
16.686 Einwohner	51,92 qkm

Holzwickede

43.385 Finwohner

12.510 Einwohner 22,41 qkm Stadt Bergkamen

44,18 gkm

Die Gemeinden Berge und Westünnen sowie ein Teil der Gemeinde Wiescherhöfen wurden in die Stadt Hamm, die Gemeinde Niederaden in die Stadt Lünen eingegliedert. Die Gemeinden Uentrop und Rhynern gingen eine Verwaltungsgemeinschaft ein. Die Gemeinden Sönnern und Bentrop wurden von der Neugliederung des Landkreises zunächst ausgenommen – über ihre Zuordnung sollte erst im Rahmen der Neuordnung des Kreises Soest entschieden werden.

Zweite Reform des Kreises Unna: Noch größere kommunale Einheiten

In den frühen 1970er-Jahren machte erneut ein umstrittenes Wort die Runde: "Kreisreform!" So mancher hatte noch den Wirbel um die Zusammenlegung von bis dato selbstständigen Gemeinden zu größeren Kommunen zum 1. Januar 1968 im Kopf. Die aus heutiger Sicht sicherlich schon wieder notwendige "Kreisreform" sollte 1975 das Bundesland Nordrhein-Westfalen insgesamt neu gliedern – mit gravierenden Folgen für so manchen Kreis und so

manche Kreisstadt...

Einige Kreise verschwanden 1975 von der politischen Landkarte, so etwa der Kreis Lüdinghausen oder der Kreis Lippstadt. Auch den "Altkreis Brilon" gibt es heute nicht mehr. Das war in den frühen 1970er-Jahren in dieser Konsequenz noch nicht abzusehen, aber der Kreistag – und insbesondere die SPD-Mehrheitsfraktion – war in Sorge, dass dem Kreis Unna ein ähnliches Schicksal drohen könnte.

Im Kreistag wurden verschiedene Modelle diskutiert, auch die Kreisverwaltung suchte Argumente für ein Fortbestehen des heimischen Kreises. Verschiedene Szenarien wurden durchgespielt, wieder verworfen, für gut oder untauglich befunden. Etliche Seiten Papier wurden bedruckt mit Denkschriften, Analysen, Gutachten und Meinungen.

Wie soll sich das östliche Ruhrgebiet formieren?

Im Kern ging es jetzt um die Frage, wie das östliche Ruhrgebiet künftig kommunalpolitisch zu gestalten sei. Das östliche Ruhrgebiet bedeutet, wie sollte das Gebiet zwischen Dortmund und Hamm künftig gestaltet werden, sollte der Kreis Unna aufgelöst und zwischen den beiden Großen aufgeteilt werden?

Diese Szenerie schwebte jahrelang über dem Kreis Unna und seinem Kreistag. Aus diesem Grunde wurden tastsächlich alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das drohende Unheil abzuwenden, denn die Meinung im Kreistag war eindeutig: Den Kreis Unna sollte es auch in der Zukunft geben!

Die Kreisverwaltung tat ihrerseits alles Mögliche, um den Kreis Unna zwischen den beiden Großstädten Dortmund und Hamm zu erhalten – und gab sogar eine eigene Buchreihe heraus mit dem Titel "Kreis Unna. Kommunale Neugliederung". So fertigte etwa im Jahr 1973 das Bochumer "Institut für Stadt- und Regionalentwicklung" im Auftrag des Kreises Unna ein Gutachten mit dem Titel "Strukturvergleich des Raumes Hamm mit dem Ruhrgebiet".

Das Gutachten zieht u. a. folgende Schlüsse: "Unter Berücksichtigung des o. a. Konfliktansatzes und des Homogenitätsprinzips muß für das politische Entscheidungshandeln und für das Planungshandeln der öffentlichen Verwaltung vorgeschlagen werden, die Stadt Hamm nicht mit den Umlandgemeinden zusammenzuschließen. Der Raum Hamm weist die typischen Strukturen einer nördlichen Ruhrgebietsstadt auf mit allen strukturellen Schwächen. Die-

ser Raum kann daher nicht dem Münsterland, sondern ist dem Ruhrgebiet zuzuordnen. Ein das Ruhrgebiet begleitender Kreis, in den der Raum Hamm einbezogen ist, ist unter sozioökonomischen Gesichtspunkten die geeignetere Organisationsform als eine vom Ruhrgebiet abgesetzte Großstadt Hamm und ein Umlandkreis Dortmund."

Gutachter untermauern unterschiedliche Positionen

Ein weiteres Gutachten, erstellt von Dr. Werner Hoppe, ordentlicher Professor an der Wilhelms-Universität Münster, trägt den Titel "Vorschläge des Innenministeriums NRW zur Neugliederung Ruhrgebiet und Münster/ Hamm: Mängel der Begründung und verfassungsrechtliche Konsequenzen". Auch diese Stellungnahme ist im Jahr 1973 im Auftrag des Kreises Unna erschienen. Prof. Hoppe stellt fest (S.72): "Der Vorschlag (des Innenministeriums) geht bei der Bildung des neuen Kreises Unna von dem zweifelsohne richtigen Grundsatz aus, daß jede Kreisreform auf der Basis der (zum 1.1.1968) neu abgegrenzten Gemeinden und Städte aufbauen muß. Damit geht er gleichzeitig von der unbewiesenen Voraussetzung aus, daß die sowohl in diesem als auch im Vorschlag Münster/Hamm vorgeschlagenen gebietlichen Veränderungen von Städten und Gemeinden richtig und keine Alternative zu diesen Vorschlägen denkbar oder sinnvoll ist. Daß diese Voraussetzung bereits im Ansatz nicht tragfähig ist, wurde bereits bei der kritischen Analyse der vorgeschlagenen Veränderungen im Bereich der Stadt Hamm und ihrer Umlandgemeinden ausführlich dargelegt."

Und Prof. Hoppe hat selbstredend auch einen "Gegenentwurf" in peto: "Eine weitere entscheidende Prämisse des Vorschlages (des Innenministeriums) ist die, den neuen Kreis Unna als Umlandkreis für die Stadt Dortmund zu konzipieren, um damit einen Kreis zu schaffen, der die nördlichen, östlichen und südlichen Gemeinden im Verflechtungsgebiet von Dortmund umfaßt, um so die Stadt-Umland-Probleme in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund zu lösen. Auch an dieser Stelle geht der Vorschlag von der Vorstellung aus, diese Lösung sei die einzig richtige und diskutiert dementsprechend auch nicht alternativ. ob der Kreis Unna nicht etwa in seiner heutigen Form unter Einbeziehung der Stadt Hamm sinnvoller neu zu gliedern wäre."

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Zusammenstellung, erschienen im Oktober 1972, der "Beschlüsse der Parteien und Parlamente zur zweiten Stufe der Kommunalreform". Hier prallen durchaus unterschiedliche Meinungen aufeinander...

Sozialdemokraten wollen den Großkreis mit Hamm schaffen

So beschloss etwa der Hammer Stadtrat am 22. März 1971: "Der Rat der Stadt Hamm steht nach wie vor zu seiner einstimmig gefaßten Resolution vom 3. September 1969, in der er die Erhaltung der Kreisfreiheit fordert." Der außerordentliche Unterbezirksparteitag der SPD sieht am 12. März 1971 die Lage anders: "Die Delegierten des Unterbezirksparteitages der Sozialdemokratischen Partei des Unterbezirks Hamm sehen als Ergebnis der bevorstehenden Kreisreform die Bildung eines Großkreises Hamm - Unna an, Dieser Großkreis soll die neun Gemeinden des Kreises Unna, die kreisfreie Stadt Hamm und die Nordlippegemeinden in den Kreisen Lüdinghausen und Beckum umfassen. ... Die Delegierten sind der Meinung, daß die Stadt Hamm - im besonderen für die nördlichen Gemeinden des Kreises Unna und die südlichen Gemeinden

der Kreise Lüdenscheid und Beckum – als zentraler Ort im neuen Kreisgebiet die optimalen Voraussetzungen für eine Kreisstadt anbietet."

Auch die Kreisverwaltung Unna favorisiert in einer Art "Werbeschrift" einen Großkreis Unna-Hamm - wohl zur Abwehr möglicher Dortmunder "Gebietsansprüche". Die kleine Schrift muss 1972 erschienen sein. Es heißt dort gleich zu Anfang: "Daß er [= der Kreis Unnal so aussieht, verdankt er dem sogenannten Unna-Gesetz, mit dem im Jahre 1968 die Gemeindegrenzen neu festgelegt wurden. Diese erste Phase der Neugliederung war unter den damals gegebenen Umständen die optimale Lösung. Zwar wurde die Einkreisung der Stadt Hamm und der Nord-Lippe-Gemeinden aufgeschoben, doch für die Wiedereinkreisung der Stadt Hamm wurde eine Absichtserklärung abgegeben. Denn nur unter dieser Voraussetzung - keine Erweiterung der Stadt Hamm in den Kreis Unna hinein - hatten die Umlandgemeinden die Sicherheit, die sie als kommunale Initiativen benötigten. Und jetzt brauchen diese Umlandgemeinden selbstverständlich die 2. Stufe der Neuordnung für die Fortsetzung bereits begonnener kommunaler und sozialer Arbeiten. Denn es hat sich deutlich gezeigt, daß die Entscheidung von 1968 richtig war. Und von einer bereits getroffenen und dazu noch richtigen Entscheidung wieder abzugehen, wäre mehr als ein Fehler. Daher: Großkreis Unna-Hamm."

Lösungen sorgen für Freude und Unmut gleichermaßen

Doch es kam schließlich anders als gedacht, als vermutet, als erwartet, als erhofft und als befürchtet: Die Stadt Dortmund blieb auf ihr bisheriges Stadtgebiet beschränkt – und der von vielen favorisierte "Großkreis Hamm-Unna" erwies sich als fromme Hoffnung und unter dem Strich als Utopie. Die Lösung überraschte so manchen, sorgte aber natürlich (wie jede andere Entscheidung sicherlich auch für Unmut bei den Vertretern betroffener Gemeinden oder Städte gesorgt hätte!) mancherorts für heftigen Widerspruch und Protest! Insbesondere in Lünen, bis dahin kreisfreie Stadt, schlugen die Wellen hoch.

Im Band "Der Kreis Unna – Das pulsierende Herz Westfalens" heißt es zu den Zeitumständen und dem ab 1. Januar 1975 geltenden neuen Zuschnitt des Kreises Unna treffend: "Was sich wie ein Federstrich liest, geriet zu einer besonderen Herausforderung. Der da-



Landrat Hubert Biernat, Kreisdirektor Otto Krabs und Unnas Bürgermeister Erich Göpfert (v.l.) mit anderen im neuen Kreishaus

malige Landrat Fritz Böckmann und SPD-Kreisvorsitzender Karl-Heinrich Landwehr, der später zum Oberkreisdirektor gewählt wurde und beinahe ein Vierteljahrhundert amtierte, suchten für diese letzte Neuordnung nach einem Weg. der für die Zukunft wirkliche Partnerschaft vorzeichnete. Gerade weil die neu hinzugekommenen Städte bislang nicht auf den Kreis Unna ausgerichtet waren, versuchten sie ihre damaligen politischen Repräsentanten intensiv in die Arbeit von Kreistag und Kreisverwaltung einzubinden. Damit legten sie nicht zuletzt den Grundstein für eine enge Abstimmung zwischen dem Kreis und den ihm angeschlossenen Städten und Gemeinden, die wiederum zur Grundlage einer besonders vertrauensvollen Zusammenarbeit wurde.

Gleichzeitig stellten sie die Weichen dafür, dass der Kreis Unna sein Engagement auch auf die neu hinzukommenden Städte ausweiten konnte: So entstanden in Lünen neben der Berufsschule Nebenstellen der Kreisverwaltung, wurde in Selm das Schloss Cappenberg zu einem landesweit beachteten Ausstellungszentrum ausgebaut, entstanden in Werne und Schwerte eigene Berufsschulen. Mit dem Architekten Rolf Tewes aus Lünen wählte der Kreistag 1988 erstmals einen Politiker aus den neu hinzugestoßenen Kommunen zum Landrat."

1975 findet der Kreis Unna seine vorerst endgültige Form

So fand der zweite Teil der "Kreisreform Unna" seinen Abschluss: Zum 1. Januar 1975 verließen die Gemeinden Pelkum, Rhynern und Uentrop das Kreisgebiet und kamen unter das Dach der Stadt Hamm. Neu in den Kreis Unna aufgenommen wurde im Süden die Stadt Schwerte. Im Norden kamen Lünen, Selm und Werne hinzu. In dieser Form besteht der Kreis Unna nun seit

46 Jahren, und er ist mittlerweile zu einem lebens- und liebenswerten "neuen" Kreis Unna zusammengewachsen –
als wichtiges Bindeglied zwischen dem
Sauer- und dem Münsterland sowie
dem Ruhrgebiet und der Soester Börde.

Das letzte Wort in dieser Angelegenheit gebührt dem damaligen Landrat Fritz Böckmann, der in der letzten Sitzung des "alten" Kreistages am 17. Dezember 1974 in einer langen Erklärung ein wenig melancholisch, aber gleichzeitig auch optimistisch Bilanz zog und frohen Mutes in die Zukunft blickte: "In dieser Stunde nehmen wir Abschied von dem vertrauten Kreis Unna, der uns in jahrzehntelanger Arbeit ans Herz gewachsen ist, von dem Kreis, in dessen Bedingungen und Grenzen wir seit unserem Fintritt in den kommunalpolitischen Bereich zu denken und zu handeln gewohnt waren. Ich sage ganz offen, unsere Heimat verändert sich, und es ist unsere Aufgabe und unser Bedürfnis, Heimat neu zu gewinnen in dem, was man nun den neuen Kreis Unna nennen wird.

Diese Betrachtungen klingen melancholisch. Sie sind es auch. Aber, diese Stunde ist nicht nur die der Melancholie, sondern auch die der zuversichtlichen Erwartung und zwar deswegen, weil wir mit Vorteilen den neuen Kreis gründen, weil wir die Frucht unserer Arbeit in die neue Kreisorganisation einbringen und die Erfahrung, die wir gewonnen haben."

Viele neue Kindergärten entstanden – "Jawohl – wir haben viel Geld aufgewandt, jawohl – der Kindergartenbedarfsplan ist noch nicht voll erfüllt. Aber – niemals zuvor ist ein so hoher Prozentsatz von nicht schulpflichtigen Kindern in Kindergärten betreut worden wie in diesen Jahren. Und niemals zuvor ist die vollständige Bedarfsdeckung bei überdurchschnittlichem Anstieg der Nachfrage nach Kindergartenplätzen in so realistische Nähe gerückt wie in diesem Jahr.

Bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen anderen Aspekt zurückkommen. Es ist wahr, daß fast 50 Prozent des Kreisetats insgesamt durch den Sozialetat beansprucht werden. Es ist auch wahr, daß wir Mühe haben, diesen Haushaltsplan abzudecken. Aber: in ihrer Sitzungsperiode sind mit Unterstützung des Kreises Altenheim- und Altenheimpflegesätze geschaffen worden. Die materielle Versorgung der Sozialbedürftigen ist um ein Vielfaches gestiegen, über den Anstieg der Lebenserhaltungskosten hinaus."



Wichtiger Teil der Infrastruktur ist das Bildungswesen: Der Kreis betreibt die Berufsund die Förderschulen.

Die Jahre 1969 bis 1974 waren Jahre der Ausführung und der ordnenden Hand. Jahre, in denen Pläne realisiert wurden und Jahre, in denen die Existenz des Kreises in ihrem Kern über die Neuordnung hinaus gesichert wurde.

Und damit bin ich bei einem anderen Gesichtspunkt: Ich räume ein, es ist uns nicht gelungen, das Konzept der Neuordnung zu realisieren, das dieser Kreistag beinahe einstimmig gewünscht und vertreten hat. ... Aber – wie war denn

die Lage unter dem Gesichtspunkt des Städteverbundsmodells, unter dem Gesichtspunkt der Neuordnung des Münsterlandes, unter dem Gesichtspunkt der administrativen Zusammenfassung von Ballungsrandzone und Ballungskern, um mich nicht allzu deutlich auszudrücken?

Das Optimum und das, was ich nach wie vor für sachlich richtiger halte: diese Lösung war aus Gründen, die landespolitischer Natur waren, nicht zu

■ SCHLAGLICHTER der Geschichte

Oberkreisdirektor Dr. Lothar Voit (l.), Landrat Fritz Böckmann (3.v.l.) und Lünens Oberbürgermeister Hans-Werner Harzer (r.) beim Neujahrsempfang 1975 in der Aula der Hellweg-Berufsschule.



erreichen. Aber unser beharrlicher Verteidigungswille hat uns vor dem Schicksal vieler anderer Kreise bewahrt. Diese Verteidigungsstrategie hat es vermocht, daß der Kreis Unna mit seinen neun Gemeinden und 3 Parteien bei unterschiedlicher Interessenlage über Jahre hinweg öffentlich eine einheitliche Auffassung vertreten hat, allein aus der Raison der Solidarität."

Am 1. Januar 1975 war der "alte" Kreis Unna Geschichte – und der "neue", der heutige Kreis Unna geboren.

Die Grenzen des Wachstums werden immer stärker spürbar

Die ausklingenden 1970er-Jahre waren ganz davon geprägt, das neue Gebilde Kreis Unna einerseits mit Leben zu füllen, aber auch zu konsolidieren. Denn es galt, die Infrastruktur nicht nur an die fortschreitende Entwicklung anzupassen, sondern zusätzlich auch einen Beitrag zum Zusammenwachsen des Kreises Unna mit seinen traditionell starken Fliehkräften zu leisten. In dieser Zeit entstanden viele neue Einrichtungen bzw. bestehende wurden modernisiert

und an die neue Bedarfslage angepasst.

Das gilt insbesondere für den Bildungsbereich mit den damaligen Berufsschulen und heutigen Berufskollegs sowie für die Förderschul-Landschaft, für die sozialen Einrichtungen, für die Verkehrspolitik und nicht zuletzt für die kulturellen Angebote. Die 1970er- und frühen 1980er-Jahre waren auch die Zeit, in der die kommunale Familie finanziell relativ gut ausgestattet war und entsprechend großzügig bei allen neuen Vorhaben vorgehen konnte. Der SPD-Fraktion lag in dieser Zeit vor allem daran, Beiträge zur Schaffung von mehr Chancengleichheit zu leisten und die öffentlichen Dienstleistungen zugleich umfassend zu modernisieren. Die Einführung und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien spielte also unter anderem in der Verwaltung fortan eine bedeutende Rolle.

Mit den 1980er-Jahren wurden zugleich erstmals die Grenzen des Wachstums deutlich. Das lässt sich an zwei Beispielen nachzeichnen, die im Weiteren die Kreispolitik und damit auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, vielleicht sogar aus ihrer Tradition besonders die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beschäftigen mussten: Denn auf der einen Seite ging das Wirtschaftswunder zu Ende, die Arbeitslosenzahlen stiegen mächtig an und die Betroffenen mussten in der Mitte der Gesellschaft gehalten werden. Auf der anderen Seite keimte erstmals, nachdem der Club of Rome bereits in den 1960er-Jahren die Alarmglocken läuten ließ und zum globalen Denken aufgefordert hatte, ein Bewusstsein dafür auf, welche Bedeutung Natur- und Umweltschutz künftig haben dürften.

Auf beiden Feldern setzte die SPD-Fraktion beherzt Akzente, Beharrlich ging sie daran, nicht nur die sozialen Angebote im Kreis Unna im engen Schulterschluss mit den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern abzurunden, sondern auch berufliche Bildungsangebote zu perfektionieren. Eines der wichtigsten bewährte sich schnell und durchgreifend und ist bis heute einer der wesentlichen Anbieter in der Region: die "Werkstatt im Kreis Unna". Die 1984 als Verein gegründete Initiative ist heute mit vielen ausdifferenzierten Angeboten im gesamten Kreis Unna aktiv. "Die Werkstatt im Kreis Unna bietet Aus- und Weiterbildungen für Jugendliche, Frauen, Langzeitarbeitslose und Einwanderer. Sie beschäftigt und qualifiziert benachteiligte Arbeitnehmer, hilft Mitarbeitern und Firmen, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist. Aktuell werden in der Initiative rund 1000 am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Personen gefördert. Das Team der gemeinnützigen Gesellschaft besteht aus rund 200 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen", wie der gemeinnützige Bildungsträger selbst seine Arbeit beschreibt.

In der Folge neuer sozialpolitischer Anforderungen wurde der Sozialetat parallel zum beherrschenden Faktor des Kreis-Haushalts. Denn der weit überwiegende Teil der Ausgaben (rund zwei Drittel) wird vom Kreis für eben dieses Themenspektrum ausgegeben – und muss ausgegeben werden. Dazu zählen insbesondere die Aufwendungen für die Soziale Sicherung, aber auch die Aufwendungen, die der Kreis Unna an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe abzuführen hat.

Der Umwelt- und Naturschutz wird schnell zum beherrschenden Thema

Zusätzlichen Aufwand erfordert seit Anfang der 1980er-Jahre auch der Umwelt und Naturschutz: ein Themenbereich, für den bereits früh höchste



Die SPD-Kreistagsfraktion im Naturfreundehaus in Lünen

Sensibilität in der Region an Ruhr und Lippe entwickelt wurde. In der Konsequenz initiierte die SPD-Fraktion 1982 den Aufbau eines der ersten Umweltämter überhaupt. Darin wurden alle zentralen Aufgaben von der Landschaftspflege über den Wasser- und Bodenschutz, den gewerblichen Umweltschutz oder den Klimaschutz bis hin zur Mobilität gebündelt.

Um über die engeren Verwaltungsaufgaben hinaus Akzente setzen zu können, schuf der Kreis Unna die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna e.V. als Plattform, auf der eine enge Zusammenarbeit zwischen dem ehrenamtlich und dem hauptberuflichen Umweltschutz, zwischen öffentlicher Hand und den vielen Vereinen und Verbänden möglich wurde, die sich dem Aufgabenbereich verschrieben haben. Die NFG unterstützt die Aktivitäten des ehrenamtlichen Naturschutzes, hilft bei der Sicherung von schutzwürdigen Ge-

bieten, führt Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen durch, klärt die Öffentlichkeit über Umwelt-, Natur- und Artenschutz auf, unterstützt umweltpädagogische Aktivitäten, ist Trägerverein der Biologischen Station Kreis Unna/Dortmund und organisiert nicht zuletzt eingene Naturschutzprojekte (wie Apfelsaftprojekt, Heckrindprojekt).

Die Gründungsversammlung der NFG fand am 14. Dezember 1984 im Heerener Bürgerhaus statt. Zu den ersten Mitgliedern gehörten der Kreis Unna, die zehn Städte und Gemeinden des Kreises sowie 15 naturschutzverbundene Organisationen. Der Hellweger Anzeiger hebt das Engagement des Oberkreisdirektors wohlwollend hervor und zitiert ihn mit seinem Schlusswort, er sei gewiss, "daß wir uns an diesen Tag erinnern werden, wenn wir viel älter geworden sind und daß wir die in uns gesetzten Erwartungen erfüllen." Ein wahres Wort!

Die "Naturförderungsgesellschaft" sollte - so der Gedanke - ähnlich dem Aufhau der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna im Besonderen die verschiedenen Ebenen des ehren- wie hauptamtlichen Naturschutzes im Sinne einer Optimierung der Kooperation zum Wohle der Natur zusammenbringen. Die Idee dazu war zwei Jahre zuvor, im Frühjahr 1982, im ehrenamtlichen Naturschutz, genauer vom damaligen Kreisverband Unna Natur und Umwelt (KUNU), entwickelt worden. Die Parteien im Kreis Unna griffen die Idee auf und trugen die Diskussion auch in die Ratshäuser der kreisangehörigen Kommunen.

Haupt- und nebenberuflicher Naturschutz vereint

Hand in Hand sollten amtlicher und privater Naturschutz für die gemeinsame gute Sache kämpfen, was angesichts der düsteren Worte von Karl-Heinrich Landwehr allen Anwesen der Gründungsversammlung klar wurde: 48 Prozent der Säugetiere, 50 Prozent der Schmetterlinge und 47 Prozent der Amphibien stünden allein in Nord-rhein-Westfalen vor der Ausrottung. Auch Farn- und Blütenpflanzen seien stark bedroht, so der Oberkreisdirektor

weiter, und sollte sich dieser Trend fortsetzen, wäre im Jahr 2000 über Arten ausgestorben: "Vieles ist schon nicht mehr reparabel. Diese Entwicklung zwingt zum Handeln, um unsere Natur buchstäblich vor dem Ausverkauf zu bewahren, sie als menschliche Lebensgrundlage zu sichern." Will heißen: Die Umweltpolitik müsse nicht mehr nur regieren, sondern vor allen Dingen aktive und offensive Umweltvorsorge betreiben.

Zum ersten Vorsitzenden der Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna wählte die Versammlung Heinz-Georg Weber, damals Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, zu seinen Stellvertretern Otto Buschmann, damals natur- und umweltpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Kreistag, sowie Wilfried Loos als Vertreter des ehrenamtlichen Naturschutzes. Heinrich Behrens erläutert den Aufbau der NFG: "Die Vertreterinnen und Vertreter der Gebietskörperschaften in der Mitgliederversammlung und des Vorstandes wurden und werden heute jeweils für eine Wahlperiode durch die Räte gewählt und die der sogenannten naturschutzverbundenen Vereinigungen, wozu auch landwirtschaftlich organisierte Verbände gehören, entsprechend von diesen ernannt.

Die Geschäftsführung wurde personell in die Hand des Kreises Unna gelegt. Heute gehören als ordentliche Mitglieder auch der Lippeverband und der Regionalverband Ruhr der NFG an sowie als fördernde Mitglieder die Städte Hamm und Dortmund. Die Zahl der naturschutzverbundenen Vereinigungen ist mittlerweile auf 17 angestiegen.

Schon früh wurde klar, dass wesentlicher Kern des NFG-Konzeptes der Bereich Öffentlichkeitsarbeit sein musste. Die Gesellschaft stand und fiel bei der wichtigsten Frage, nämlich: Wie gelingt es, die Menschen im Kreis Unna für Umweltthemen zu sensibilisieren und sie den erforderlichen Fachinformationen zu versorgen.

Neben werbeträchtigen Kampagnen wie der für den Schutz von Wildkräutern etablierte sich der "Naturreport" als wichtige und nachhaltige Schriftenreihe der NFG. Hier bekamen Ehrenamtliche aus dem Naturschutz die Möglichkeit, ihre Arbeit vorzustellen, hier fanden Themen zum Artenschutz, zur Biodiversität sowie Maßnahmen zur ökologischen Optimierung von Fließgewässern oder Wiesen- und Waldbiotopen künftig ihren Platz. Die erste Ausgabe erschien 1987 und auch im Jahr 2021 möchte man den "Naturreport" nicht missen.

Zur "Biologischen Station Kreis Unna", die mittlerweile "Biologische Station Unna/Dortmund" heißt, hat die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna ein besonderes Verhältnis, denn die NFG ist Trägerin der Einrichtung, und das immerhin schon seit 1993, als die Biologische Station den Status einer vom Land NRW institutionell geförderten Einrichtung zugesprochen bekam. Sie hat vor allen Dingen die Aufgabe, im Kreis Unna, in der Stadt Dortmund und in Teilen der Stadt Hamm Naturschutzgebiete zu betreuen. Daneben betreibt sie eine eigene Öffentlichkeitsarbeit auf der Grundlage der Durchführung von Fachexkursionen. Der Kreis Unna unterstützt die Arbeit der NFG mit einem Mitgliedsbeitrag von jährlich 20.000 Euro, sowie einem Zusatzbeitrag von maximal 20.000 Euro im Jahr.

Für eine erfolgreiche Zukunft der NFG bedarf es auch weiterhin der nachhaltig wirkenden Mitgliedschaft der Städte und Gemeinden des Kreises Unna, des Kreises selbst und natürlich der Mitglieds-Verbände und -Vereine. Die bisherigen Vorsitzenden in der Nachfolge von Heinz-Georg Weber – Rosemarie Böhme von 1995 bis 2000, Walter Teumert von 2000 bis 2014 sowie Nor-



Kompostwerk der GWA - Gesellschaft für Abfallwirtschaft in Fröndenberg-Ostbüren

bert Enters ab 2014 – waren und sind allesamt überzeugte und begeisterte "NFGler", die stets, zum Teil auch als Vorsitzende des Kreisausschusses für Natur und Umwelt, die komplexe Struktur der NFG mitgetragen und stetig weiterentwickelt haben. Schaut man zurück, so steht unzweifelhaft fest: Die Gründung der Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna im Jahr 1984 war die richtige Entscheidung!

Neuordnung der Abfallentsorgung sorgt für erbitterte Debatten

Mit den 1990er-Jahren rückte ein Thema in den Vordergrund, das im öffentlichen Raum für teilweise erbitterte Debatten sorgte und das der Fraktion erhebliche Kraftanstrengungen abverlangen sollte: die Neuordnung der Abfallentsorgung im Kreis Unna. Zum Teil durch neue gesetzliche Rahmenbedingungen verlangt, aber auch mit dem festen Willen zu einer ökologischen Abfallentsorgung ging die SPD-Frak-

tion das Thema an und schuf bisweilen auch mit erheblichem Kraftaufwand ein Entsorgungssystem, das sich bis heute bewährt. Dabei engagierte sie sich im engen Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden, denen ohnehin das Einsammeln der Hausabfälle obliegt, aber auch im Zusammenspiel mit den kommunalen Nachbarn: So wurde eine gemeinsame Müllverbrennungsanlage in Hamm aufgebaut, während die Inertstoff-Deponierung in Kooperation mit der Stadt Dortmund realisiert wurde.

In den Mittelpunkt ihrer Entsorgungspolitik setzte die SPD eine neue kreiseigene Gesellschaft: die GWA - Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH. Die 1993 gegründete und als Entsorgungsfachbetrieb zertifizierte GWA nimmt (gemeinsam mit inzwischen geschaffenen Tochterunternehmen) zunächst die gesetzlichen Aufgaben des Kreises Unna im Bereich der Abfallverwertung und

-beseitigung einschließlich der Produktion und Vermarktung von Sekundärrohstoffen sowie der Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit wahr. Ihr obliegt zudem die kreisweite Zuständigkeit für die Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, vor allem aus den Industrie- und Gewerbebetrieben der heimischen Wirtschaft. Zudem bewirbt sich die GWA im allgemeinen Entsorgungsmarkt um alle nicht überlassungspflichtigen Abfälle.

Was aus der Rückschau mit wenigen Federstrichen zu schildern ist. führte die Kreis-Politik, insbesondere die damalige SPD-Mehrheitsfraktion, in eine Zerreißprobe. Denn wenn etwa Standorte für Entsorgungsbetriebe und Deponien zu finden waren, bedeutete dies in der Regel auch erhebliche öffentliche Proteste und sogar bisweilen erbitterte Widerstände. Gleichwohl gelang es, ein heute weithin akzeptiertes und inzwischen auch breit getragenes System aufzubauen, das nicht nur ein Höchstmaß an Entsorgungssicherheit und Umweltfreundlichkeit gewährleistet, sondern mit seinen betriebswirtschaftlichen Überschüssen auch den angespannten Kreishaushalt alljährlich entlastet.

Sozialpolitik gewinnt hohe Bedeutung in den 2000er-Jahren

In den frühen 2000er-Jahren musste sich die SPD-Fraktion wiederum der Sozialpolitik zuwenden – und in der Folge der sich weiter zuspitzenden Unterfinanzierung der kommunalen Familie: Denn deutschlandweit wurden jetzt die Folgen der Massenarbeitslosigkeit immer deutlicher spürbar, mit insgesamt sich zuspitzeden Ausgabenlasten.

Früh suchte die SPD-Fraktion nach Lösungsmöglichkeiten und beobachtete zugleich das Geschehen auf Seiten des Landes und des Bundes. Die Bundespolitik hatte bereits um die Jahreswende feststellen müssen, dass das Thema Arbeitsmarktpolitik aus dem Ruder zu laufen drohte. Die Bundesregierung setzte deshalb 2002 die "Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (kurz nach ihrem Vorsitzenden Peter Hartz auch "Hartz-Kommission" genannt) ein, die Vorschläge für eine effizientere Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik und die staatliche Arbeitsvermittlung in Deutschland liefern sollte. Eine der vielen und zum Teil tiefgreifenden Neuerungen daraus war die Zusammenführung der Systeme von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, bislang als Aufgaben vom Bund und von den Kommunen wahrgenommen.

Auf Ebene des Kreises Unna wurde in der Folge erst die ARGE gegründet, aus der dann ab 2011 das heutige Jobcenter Kreis Unna hervorging, gemeinschaftlich getragen vom Kreis Unna und der Agentur für Arbeit Hamm. Das Jobcenter Kreis Unna kümmert sich seither um die Menschen, die nach dem Sozialgesetzbuch II einen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II haben. Diese aus Steuermitteln finanzierte Sozialleistung richtet sich nur nach der Bedürftigkeit des Arbeitssuchenden und den mit ihm in einer so genannten Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen. Somit erhalten alle Arbeitssuchenden, die erwerbsfähig sind und keinen oder geringen Anspruch auf das Arbeitslosengeld I haben, die Grundsicherung. Nicht erwerbsfähige Angehörige beziehen das so genannte Sozialgeld. Ein Bündel von Leistungen bietet das Jobcenter zugleich Unternehmen und Leistungsbeziehern unter anderem bei der Beratung und Finanzierung von Bildungsmaßnahmen oder bei Existenzgründungen.

Finanzielle Aufwendungen für die Sozialpolitik schießen in die Höhe

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten flankierten den Aufbau der neuen Leistungssysteme, sorgten aber

zugleich auch dafür, dass die sozialen Angebote des Kreises Unna weiter ausgebaut und abgesichert wurden. In der Summe bedeutete das allerdings auch, dass über Jahre hinweg die Ausgaben des Kreises Unna für soziale Zwecke weiter in die Höhe gingen. Poliisch war dazu der enge Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden zu suchen.

Die finanzpolitische Anspannung reichte weit auch in die 2010er-Jahre hinein – noch verschärft durch die angesichts wirtschaftlicher Strukturprobleme eher schwierige Einnahmensituation. Trotzdem suchte die SPD-Fraktion nach dem notwendigen Spielraum, politisch dringend gebotene Aufgaben anfassen zu können. Dies gelang auch. Zwei Beispiele machen deutlich, dass sich die politische Phantasie zum Nutzen der Bevölkerung auch auszahlte.

Zum einen sei in diesem Zusammenhang auf die Verlagerung von Aufgaben auf die kreiseigenen Gesellschaften hingewiesen. So gelang es, die Unnaer Kreisbau- und -siedlungsgesellschaft mbH (UKBS), die sich zuvor über Jahrzehnte hinweg für den Bau von Sozialwohnungen engagiert hatte und heute rund 3.000 Wohnungen anbietet, auch mit der Realisierung von Infrastruktur-

Projekten zu betrauen. Sie realisierte in der Folge unter anderem Kindertagesstätten und andere Funktionsbauten und machte es so möglich, diversen öffentlichen Einrichtungen ein Dach zu bieten.

Fin zweites Beispiel bieten die Anstrengungen auf dem Feld Verkehrspolitik. lm vergangenen Jahrzehnt verstärkten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier die Anstrengungen für eine sinnvolle Verknüpfung der Verkehrsträger Straße, Schiene und öffentlicher Nahverkehr. Dazu trug insbesondere der flächendeckende Ausbau von Radstationen bei, die heute einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, den Umstieg vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsträger zu begünstigen und damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Über die Jahrzehnte hinweg eine konstruktive Arbeit geleistet

Im Laufe der 75-jährigen Geschichte der SPD-Kreistagsfraktion gab es neben den Kreisreformen 1968 und 1975 noch eine weitere große Zäsur: 1999 endete mit der Kommunalwahl die von der britischen Besatzungsmacht eingesetzte "Doppelspitze" mit dem Oberkreisdi-

rektor als Leiter der Kreisverwaltung Unna und dem ehrenamtlichen Landrat als Repräsentant des Kreises Unna und Vorsitzender des Kreistages. Künftig sollten – nach dem Ausscheiden von Karl-Heinrich Landwehr als Oberkreisdirektor – beide Funktionen im Amt des nun hauptamtlichen Landrates gebündelt werden.

Die Zäsur wäre fast dramatisch geworden: Die SPD hatte 1999 für die Kreisdirektor Landratswahl Gerd Achenbach nominiert, die CDU hingegen Hanna-Luise Schacht. Was wie eine klare Angelegenheit aussah, entpuppte sich als Krimi: Im ersten Wahlgang erreichte keiner der beiden Kandidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen - aber auf Platz 1 lag nicht der favorisierte SPD-Kandidat, sondern die CDU-Frau, die, so die Erinnerung an jene Tage, offenbar dieses Ergebnis kaum glauben mochte. Im zweiten Wahlgang hatte aber Gerd Achenbach die Nase vorn und wurde zum neuen Landrat gewählt.

Ihm folgte Michael Makiolla, der 16 Jahre an der Spitze des Kreises Unna stand. Der Strukturwandel am östlichen Rand des Ruhrgebiets war und blieb bis heute eines der dringlichsten Probleme, die einer Lösung bedurften.



Drei Landräte und der letzte Oberkreisdirektor: Rolf Tewes, Michael Makiolla, Gerd Achenbach und Karl-Heinrich Landwehr

Wie neue Arbeitsplätze schaffen – nach der Ära von Kohle und Stahl? Die SPD-Fraktion hatte dieses "lebenswichtige" Thema quasi schon vorweggenommen - in einem Dringlichkeitsantrag, der am 14. Dezember 1959 (!) im Kreistag behandelt wurde. Darin heißt es: "Der Kreis Unna. im starken wirtschaftlichen Sog der umliegenden Großstädte und Industriegemeinden gelegen, läuft Gefahr, auf Grund seiner einseitigen Wirtschaftsstruktur und angesichts der schnellen Entwicklung und Umstrukturierung der Energiewirtschaft weitere Arbeitsplätze und Arbeitskräfte zu verlieren. Der großzügige Ausbau des Verkehrssystems, insbesondere der Bundesfernstraße, wird diese Tendenz verstärken, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig vorsorgliche Maßnahmen zum Ausbau der Wirtschaft des Kreises zu treffen."

Vor 75 Jahren ging es um andere Dinge, um die Schaffung von neuem Wohnraum für die eigene Bevölkerung, aber auch für die zu Tausenden zählenden Flüchtlinge und Vertriebenen. Die "Neuen" wurden nicht überall freundlich empfangen, wie zeitgenössische Berichte von Bürgermeistern und dem Landrat nahelegen. Erst allmählich wurden die "Neubürger wider Willen" in die westfälische Gemeinschaft integriert. Viele von ihnen fanden Arbeit auf den zahlreichen Zechen. Eins steht fest: Ohne Kohle und Stahl aus dem Ruhrgebiet hätte es das deutsche "Wirtschaftswunder" nicht gegeben.

Diskussion um Finanzausstattung hörte über die Jahre nie auf

Durch die Jahrzehnte zog und zieht sich der Kampf um die Kreisfinanzen oder anders herum: der Kampf um die mangelhafte Ausstattung des Kreises mit Landes- und Bundesmitteln. So gibt es in jedem Jahr eine Zahl, die die Kämmerer der zehn Kommunen im Kreis Unna am meisten interessiert: die Höhe der Kreisumlage. Die wiederum ist ja nicht nur abhängig vom Kreisetat, sondern vom Etat des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), an den der Kreis Unna jährlich seine Kreisumlage abführen muss. Die beträgt aktuell ca. 115 Millionen Euro im Jahr, Eine durchaus beachtliche Summe. Über fünf Millionen Euro muss der Kreis Unna pro Jahr überdies an den Regional-Verband Ruhr (RVR) abführen.

Entsprechend würdigt auch die heimische Presse das "Etat-Geschehen" im Kreistag. Die Westfälische Rundschau titelte am 31. März 1949: "Finanzpolitik des Kreises war richtig. Erster DM-Haushalt mit 6.056.000 DM Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen." In manchen Jahren musste gleichwohl gestrichen werden, um den Etat auszugleichen. Der Hellweger Anzeiger hält am 8. März 1952 fest: "In einer von lebhaften Debatten

durchsetzten Kreistagssitzung am Freitag im Sitzungssaal des Rathauses in Unna wurde dem Plenum der III. Nachtrag zum Haushaltsplan 1951 und der neue Etat für 1952 zur Genehmigung vorgelegt. Weniger und Mehr in Einnahmen und Ausgaben haben den Voranschlag beweglich gemacht und den III. Nachtrag verursacht. Im Haushaltsplan 1952 hat man sich an die Einschränkungen gehalten, die schon im Vorjahr notwendig waren. Mit Ausnahme der Vertreter der KP. die grundsätzlich hinter jeder Position geladene Gewehre sahen und vollkommen gegensätzlicher Auffassung waren, gab es Zustimmung bei den übrigen Fraktionen."

Der Hellweger Anzeiger gab in seiner Ausgabe vom 1. September 2021 das "Motto" von Kämmerer und Kreisdirektor Mike-Sebastian Janke für die nächsten Jahre weiter: "Kreis Unna will Kassen der Städte und Gemeinden schonen." Die Kämmerer im Kreis Unna werden es mit Freude gelesen haben …

Unter absoluten Mehrheiten war die Politik nicht einfacher

Eine Zäsur der besonderen Art darf nicht unerwähnt bleiben. Rosemarie Böhme, lange Jahre Vorsitzende des Umweltausschusses, brachte sie in ihrer Rede zum 70-jährigen Bestehen der SPD-Kreistagsfraktion am 21. November 2016 deutlich auf den Punkt: "Von einer anderen Zäsur - für alle Fraktionen, aber vor allem für die sozialdemokratische - muss an dieser Stelle auch berichtet werden. Sie alle, die Kreistagsfraktionsvorsitzenden bis in die Neunziger, eint bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Tagesordnung und der beherrschenden Themen vor allem eines: Sie leiten die Mehrheitsfraktion. Und sie treffen in den Städten und Gemeinden weitgehend auf vergleichbare Verhältnisse. Das lässt uns, die wir heute aus einer anderen Perspektive auf diese Zeit schauen - vorausgesetzt wir sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten - an die gute alte Zeit glauben. Absolute Mehrheiten machen Politik einfach! Nun, ich glaube, das war eine andere Herausforderung, die Fraktion hatte eine andere Verantwortung, vielleicht eine noch größere."

Die 2020 neu gewählte SPD-Kreistagsfraktion mit MdL Harmut Ganzke an der Spitze steht bereit, das bisherige Werk fortzusetzen, vielleicht mit anderen Schwerpunkten und Themen, aber mit dem nachdrücklichen Ziel, für den Kreis Unna und seine Bewohnerinnen und Bewohner eine lebenswerte Zukunft zu schaffen sowie unsere Demokratie

zu schützen, was angesichts autoritärer Machthaber weltweit notwendiger denn je ist. Die Liste der Autokraten ist erschreckend lang und sie deckt sowohl linke wie rechte Positionen ab.

Insofern ist es wichtig, dass sich immer wieder Menschen finden, die Zeit und Interesse haben, sich mit Herz und Geist kommunalpolitisch zu engagieren. Rosemarie Böhme hat es vor fünf Jahren in ihrer Rede so formuliert: "Liebe Leute, mischt euch ein, behaltet eure Meinung so lange, bis ein vernünftiger Kompromiss gefunden ist. Davon lebt die Demokratie.

Seht die Geschichte als Verpflichtung für die Zukunft an, wachsam zu bleiben und damit die Demokratie zu verteidigen. Ein großes Kompliment also an alle, die sich in Fraktion und an anderer Stelle abmühen. Das ist eine nicht zu unterschätzende, wertvolle, wichtige und nicht immer leichte Aufgabe. Aber sie schützt und stützt am Ende auch unsere Demokratie – die einzige Staatsform, in der ich leben möchte." Dem ist wahrlich nichts hinzuzufügen!

Nachsatz:

Wo bleibt Karl Flessenkämper?

Es gibt Dinge, die sieht man nicht – oder erst auf den zweiten Blick! So auch

bei den "Amtlichen Bekanntmachungen Nr. 41a", vom 14. Oktober 1946, herausgegeben mit "Genehmigung der Alliierten Militär-Regierung" und gedruckt beim Verlag F. W. Rubens. Dort wird der neue Unnaer Kreistag vorgestellt mit seinen 48 Mitgliedern. Die Sitzverteilung lautet: SPD 35, CDU 11, KPD 2. Im Folgenden werden die einzelnen Mandatsträger aufgelistet – und der Leser stellt dabei erstaunt fest, dass nur 34 Namen mit dem Zusatz "SPD" versehen sind, aber 12 mit "CDU". Ein Name fehlt also bei der SPD und ein Name ist folglich bei der CDU zu viel...

Und tatsächlich: Beim Vergleich der "Amtlichen Bekanntmachungen" mit der Teilnehmerliste der Sitzung des ersten demokratisch gewählten Kreistages nach dem Zweiten Weltkriegs am 9. November 1946 stellte sich heraus, dass Karl Flessenkämper falsch "einsortiert" worden war – wohl nicht mit der "Genehmigung der Alliierten Militär-Regierung", sondern aufgrund eines Verschreibers bzw. Druckfehlers …

So darf dieses Buch nach 75 Jahren zu seiner Ehrenrettung beitragen: Karl Flessenkämper war Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion!





Die Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion



Alfred Gleisner 1946 bis 1959



Heinz Steffen 1994 bis 2008



Richard Nemack 1959 bis 1975



Brigitte Cziehso 2008 bis 2020



Heinz-Georg Weber 1975 bis 1994



Hartmut Ganzke ab 2020

Die Repräsentanten der Region Kreis Unna

Landräte

Julius Moenikes (geb. 4.7.1886, gest. 14.2.1967)
Hubert Biernat (geb. 11.6.1907, gest. 30.10.1967)
Heinrich Renninghoff (geb. 28.4.1891, gest. 5.7.1959)
Karl Greune (geb. 21.5.1906, gest. 24.12.1960)
Hubert Biernat (geb. 11.6.1907, gest. 30.10.1967)
Jürgen Girgensohn (geb. 21.8.1924, gest. 24.7.2007)
Fritz Böckmann (geb. 18.2.1923, gest. 3.7.1999)
Rolf Tewes (geb. 24.9.1935)
Gerd Achenbach (geb. 20.9.1941)
Michael Makiolla (geb. 15.1.1956)
Mario Löhr (geb. 20.8.1971)

15.4.1945 bis 19.2.1946 20.2.1946 bis 13.3.1950 13.3.1950 bis 5.7.1959 21.9.1959 bis 24.12.1960 10.4.1961 bis 19.10.1964 19.10.1964 bis 13.12.1970 14.12.1970 bis 18.2.1988 18.2.1988 bis 30.9.1999 1.10.1999 bis 13.10.2004 * 13.10.2004 bis 31.10.2020 seit 1.11.2020

Oberkreisdirektoren

Julius Moenikes (geb. 4.7.1886, gest. 14.2.1967)

Max Lehmann (geb. 28.8.1888, gest. 23.8.1954)

Heinrich Bergmann (geb. 10.4.1900, gest. 1.3.1984)

Dr. Lothar Voit (geb. 15.8.1911, gest.10.6.1977)

Karl-Heinrich Landwehr (geb. 14.8.1935, gest. 15.10.2019)

20.2.1946 bis 28.2.1947 1.8.1947 bis 31.7.1948 1.10.1948 bis 31.7.1956 1.8.1956 bis 31.8.1976 1.9.1976 bis 30.9.1999

^{*} Landräte ab 1999 hauptamtlich

Hubert Biernat

Den Aufbau vorangetrieben

An legendären Politiker-Figuren hat es im Kreis Unna nicht gefehlt. Eine der wiederum aus diesem Kreis herausragenden ist Hubert Biernat, der nach NS-Gewaltherrschaft und Weltkrieg wichtige Beiträge dazu leistete, den Kreis Unna aufzubauen, die Existenz vieler Menschen zu sichern, die Menschen mit ihrer Geschichte zu konfrontieren sowie der Region auch auf höherer Ebene Gehör zu verschaffen: unter anderem als Landrat, Regierungspräsident und Minister.

Es braucht vermutlich eine besondere Biographie, um sich ähnlich wie Biernat für das Gemeinwohl zu engagieren; und die ist tief geprägt von Hubert Biernats Herkunft aus dem Bergarbeiter-Milieu: 1907 in der Bergmannskolonie der damals selbstständigen Gemeinde Heeren-Werve geboren, gelang ihm der Besuch der Volksschule und des Real-Reformgymnasiums bis zur Mittleren Reife. Danach besuchte er die bergmännische Berufsschule, konnte aber aus gesundheitlichen Gründen kein Bergbeamter werden. Deshalb ging es erneut auf die Schulbank: zur Handelsschule nach Dortmund, anschließend auf einen Arbeitsplatz als Buchhalter in der Privatwirtschaft. Parallel besuchte er auch noch die Westfälische Verwaltungsakademie in den Abendstunden.



Hubert Biernat (r.) im Gespräch mit Unnas Bürgermeister Erich Göpfert

Woher der bildungshungrige Mann die Zeit nahm, bleibt ein Rätsel. Denn parallel war er bereits seit dem 14. Lebensjahr gewerkschaftlich organisiert, vier Jahre später trat er in die SPD ein. Ab 1930 betätigte er sich als Journalist bei der sozialistischen Tageszeitung "Der Hammer". Mit der Machtübernahme der Nazis wurde das Blatt dichtgemacht, Verhaftungen, Flucht (auch ins Ausland), Arbeit in Untergrund und Widerstand sowie Wehrdienst wechselten sich ab.

Nach dem Weltkrieg kam die große Stunde für Hubert Biernat: Sofort mit der Stunde Null wirkte er mit am Wiederaufbau der Partei und der Heimatregion. Erst wurde er Sekretär des SPD-Unterbezirks Hamm-Unna-Soest-Lippstadt-Beckum-Lüdinghausen (!); dann setzte ihn die Militärregierung zunächst am 20. Februar 1946 auf Vorschlag der SPD ins Amt des Landrats ein. Nach der ersten demokratischen Kreiswahl im Oktober desselben Jahres bestätigte ihn der Kreistag einstimmig im Amt.

Da galt es erstmal, die Demontage von Industrieanlagen zu verhindern, den Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen zu bewältigen, gegen Hunger und Armut anzukämpfen, die öffentliche Infrastruktur wieder aufzubauen. Durchweg engagierte sich Hubert Biernat dabei klug, umsichtig und mutig. Das wurde schnell auch auf Landesebene erkannt: Erst wurde er von 1950 bis 1956 mit den Aufgaben des Regierungspräsidenten in Arnsberg betraut; dann holte ihn Fritz Steinhoff von 1956 bis 1958 als Innenminister in sein Kabinett nach Düsseldorf. Dort wieder ausgeschieden, legte sich Hubert Biernat erneut für den Kreis Unna ins Zeug: in einer zweiten Zeit als Landrat von 1961 bis 1964.

Fine solche Karriere war nur denkbar vor dem Hintergrund der vorangegangenen Schreckensherrschaft und der Tatsache, dass unverdächtige Menschen mit demokratischer Haltung gefragt waren. Dass Hubert Biernat überdies als Sozialdemokrat die Seele des Kohlereviers repräsentierte, erleichterte ihm die Sache. Herausragend war allerdings sein politisches Geschick: Menschen für die unglaublich schwierigen Aufbau-Aufgaben zu begeistern, ihnen Ziel und Orientierung zu geben und überdies mit einer gehörigen Portion Organisationstalent den Aufbau vorantreiben zu können, war längst nicht jedem Politiker der Nachkriegszeit gegeben.

Früh, viel zu früh verstarb der Politiker schon bald nach seinem Ausscheiden aus dem Landratsamt. Zuvor war ihm für seine enormen Verdienste das Große Bundesverdienstkreuz mit Schulterband und Stern verliehen worden. Später wurden in Bergkamen, Fröndenberg, Kamen-Heeren und Unna Straßen nach ihm benannt.

Alfred Gleisner

Die Grundlagen gelegt

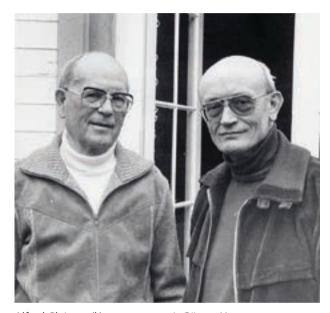
Der erste Fraktionsvorsitzende der SPD im Unnaer Kreistag nach dem Zweiten Weltkrieg war Alfred Gleisner, der am 19. Juni 1908 in Kamen geboren wurde. Bis 1959 führte er die Kreistagsfraktion ebenso wie die SPD-Stadtratsfraktion in Unna. Er nahm, das lässt sich ohne Übertreibung sagen, eine erstaunliche politische Karriere – und auch sein Arbeitsleben lässt sich nicht als "gewöhnlich" bezeichnen.

Zunächst besuchte Alfred Gleisner. der als überaus wortgewandt galt, die Volksschule und arbeitete zunächst als Bergmann. Doch 1928 trat er in den preußischen Polizeidienst ein und wurde nach Absolvierung der Kriminalpolizeischule in Potsdam 1932 Inspektor im polizeilichen Sicherheitsdienst. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten musste er 1933 den Polizeidienst allerdings verlassen, weil er aktives Mitglied des demokratisch gesinnten republikanischen Polizeibeamtenverbandes war und bei den neuen Machthabern als politisch unzuverlässig galt.

"Gleisner arbeitete dann für Versicherungen, als Organisationsleiter verschiedener Gesellschaften und schließlich kaufmännisch als Geschäftsführer einer Firma in Frankfurt. Während des Krieges war Gleisner als Offizier zunächst im Frontdienst eingesetzt, nach einer schweren Verletzung dann im Stabsdienst", wie der frühere Bergkamener Stadtarchivar Martin Litzinger schreibt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam er zurück in seine westfälische Heimat und wurde zunächst Parteisekretär des SPD-Unterbezirks und engagierte sich fortan vehement im Unnaer Stadtrat sowie im Kreistag für die kommunale Selbstverwaltung. Er lieferte sich im Kreistag manchen harschen Schlagabtausch mit seinem Kontrahenten Bickschulte von der KPD und war beim Kampf gegen die Demontage der Chemischen Werke Bergkamen ganz vorn dabei. 1956 übernahm er überdies ehrenamtlich den Vorsitz des Landespolizeibeirates, und er wurde später erster Präsident des im Jahr 1971 neu gegründeten nordrhein-westfälischen Städteund Gemeindebundes, des kommunalen Spitzenverbands der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in NRW.

Allein bis hierhin ist seine Vita schon ungewöhnlich, sind seine Lebensstationen doch beachtlich. Doch neben seinen beiden Ämtern als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat von Unna und im Kreistag gehörte er von 1947 bis 1950 auch



Alfred Gleisner (I.) zusammen mit Günter Heermann

dem NRW-Landtag an, wo er stellvertretender Vorsitzender des Rechts- und des Justizausschusses war. Doch damit nicht genug: 1949 gewann er das Direktmandat im Wahlkreis Unna – Hamm bei der Bundestagswahl! Und bei den beiden folgenden Wahlen zog er über die SPD-Landesliste ins Parlament ein. Im Bonner Bundestag war er ordentliches Mitglied des Verteidigungsausschusses von 1949 bis 1959. Darüber hinaus gehörte er als stellvertretendes Mitglied von 1953-1957 dem Innenausschuss an. Am 17. März 1959 legte er sein Man-

dat nieder, um sich fortan ganz der Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik widmen zu können, nachdem er bereits 1958 Amtsdirektor des Amtes Pelkum geworden war.

Und so wurde Alfred Gleisner einer der "Gründungsväter" der Stadt Bergkamen. Vom 1. Januar bis zum 14. Juni 1966 war er der erste Gemeinde Bergkamen, seit dem 14. Juni 1966 (Verleihung der Bezeichnung "Stadt") bis zu seiner Pensionierung im Juni 1973 dann erster Stadtdirek-

tor der neu entstandenen Stadt Bergkamen. Der "Alfred-Gleisner-Platz" erinnert an sein Wirken, das überdies mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt gewürdigt wurde. Doch nicht nur das: 1971 erhielt er das Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland, 1980 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Alfred Gleisner starb am 15. Februar 1991 in Unna.

Heinrich Renninghoff

Flotte Musik zum Amtsantritt

Heinrich Renninghoff wurde am 28. April 1891 in Westerbönen geboren. Er folgte Hubert Biernat im Amt des ehrenamtlichen Landrates des Kreises Unna. Von Beruf war Heinrich Renninghoff Bäcker, am 6. Juni 1921 hatte er seine Meisterprüfung abgelegt und war fortan als selbstständiger Bäckermeister tätig. Er war verheiratet und hatte vier Kinder.

Mitglied des Kreistages des Kreises Unna war er vor 1933 als Abgeordneter der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er dann in die SPD ein und war von 1946 bis 1959 Kreistagsmitglied des Kreistages Unna. Überdies gehörte er ebenfalls von 1946 bis 1959 dem Gemeinderat Herringen und der Amtsvertretung Pelkum an.

Am 13. März 1950 wurde er einstimmig zum Landrat des Kreises Unna gewählt. Einen Tag später berichtete die Westfälische Rundschau: "Umrahmt von festlicher Musik eines kleinen Orchesters unter Leitung von Generalmusikdirektor Hans Herwig fand am gestrigen Nachmittag in der Aula der Oberschule für Mädchen in Unna die seit einiger Zeit mit einer gewissen Spannung erwartete Kreistagssitzung statt, in der die Neuwahl des Landrats auf der Tagesordnung stand. ... Nach dem formellen



Heinich Renninghoff

Rücktritt Biernats wurde Renninghoff mit 33 abgegebenen Stimmen als Landrat gewählt."

Heinrich Renninghoff blieb bis zu seinem Tod am 5. Juli 1959 Landrat des Kreises

Unna. Zur Erinnerung an sein Wirken wurde in Herringen (heute Hamm) die Heinrich-Renninghoff-Straße nach ihm benannt.

Karl Greune

Wohnungswesen vorangebracht

Der Unnaer Karl Greune wurde am 21. Mai 1906 geboren. Über seinen frühen Lebensweg ist nur wenig bekannt. Von 1936 bis 1947 war er als Stahlhärter bei der Firma Stromag beschäftigt; von 1946 bis 1960 war er beim SPD-Bezirk Westliches Westfalen tätig, zunächst bis 1948 als ehrenamtlicher Geschäftsführer, danach als Kreissekretär. Dem Kreistag Unna gehörte er von 1949 bis 1960 an, überdies war er von 1952 bis 1960 Ratsmitglied in Unna und saß dem Werksausschuss vor. Von 1957 bis 1960 vertrat er den heimischen Kreis auch im Westfalenparlament in Münster, Seine Hobbys, so wusste der Hellweger Anzeiger zu berichten, waren Kleingartenbau und Kaninchenzucht.

Mehrere Jahre amtierte er als stellvertretender Landrat, ehe er am 21. September 1959 in das Amt des Landrates des Kreises Unna gewählt wurde. Der Hellweger Anzeiger schrieb am 22. September 1959 über die Wahl des neuen Landrates: "Mit der Wahl des bisherigen stellvertretenden Landrats Greune zum Nachfolger des verstorbenen Landrats Renninghoff, ging gestern im Sitzungssaal des Unnaer Rathauses das rund vier monatige Interregnum an der Spitze der politischen Körperschaft des Kreises Unna zu Ende. 29 Abgeordnete



Karl Greune

sprachen sich für die Wahl Greunes (SPD) aus. Nur die 14 CDU-Abgeordneten stimmten für ihren Gegenkandidaten Dr. Löpmann."

Karl Greune war verheiratet und hatte fünf Kinder.

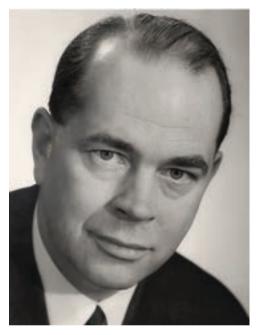
Er starb 54-jährig während seiner Amtszeit am 24. Dezember 1960 in Unna. Die Westfälische Rundschau würdigt seine Arbeit in einem Nachruf am 27. Dezember 1960: "Seine Lebensaufgabe hat Karl Greune ganz besonders im Wohnungswesen gesehen. So hat er sich immer für die schnelle und ausreichende Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen eingesetzt ... Seine aufreibende Tätigkeit und sein unermüdlicher Arbeitseifer hatten vor längerer Zeit dazu geführt, daß ein Herzinfarkt ihn monatelang aus seiner Arbeit riß. Er hatte sich dann zwar wieder erholt, sich aber entgegen dem Rat seiner Freunde zuviel zugemutet. Er war nicht der Mensch, der lange untätig sein konnte."

Jürgen Girgensohn

Von Unna aus ins Ministeramt

Zu den bekanntesten Politikern aus dem Kreis Unna gehört bis heute ohne Zweifel Jürgen Girgensohn. Geboren wurde er 1924 aber nicht im heimischen Kreis, sondern in Kassel. Bevor er 1950 sein Studium an der Pädagogischen Akademie Lünen begann, hatte er als Landarbeiter, Forstarbeiter und Bauarbeiter gearbeitet. Nach erfolgreichem Examen wurde er Volksschullehrer an der Kamener Falkschule. Nebenbei studierte er weiter, legte das Realschulexamen ab und wechselte zur Realschule in Oberaden.

Im Jahr 1950 trat Jürgen Girgensohn in die SPD ein. Für eine kurze Zeit, von 1952 bis 1956, gehörte er dem Kamener Stadtrat an. dann wechselte er in den Kreistag, wurde 1959 stellvertretender Landrat und amtierte schließlich von 1964 bis 1970 als Landrat des Kreises Unna. In seine Amtszeit fiel die "Herkulesaufgabe", die kommunale Landschaft im Kreis Unna neu zu ordnen, sprich die Zahl der selbstständigen Gemeinden deutlich zu reduzieren und größere Einheiten zu schaffen. Zwar gab es heftige Debatten und Auseinandersetzungen, wie etwa das markante Beispiel der Eingemeindung von Massen nach Unna zeigt, aber in letzter Konsequenz gab es keine Alternative zur Kreisreform.



Jürgen Girgensohn

In diese Zeit fällt auch seine Mitgliedschaft im SPD-Bezirksvorstand Westliches Westfalen, 1972 wurde er stellvertretender Bezirksvorsitzender. Da hatte ihn aber schon der Ruf aus Düsseldorf ereilt: Bereits 1966 war er in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt worden, 1970 berief ihn Ministerpräsident Heinz Kühn zum Kultusminister. Als Minister holte er Günter Heermann, bis dahin Direktor des Pestalozzigymnasiums in Unna, an den Rhein. Heermann

stieg bis zum Ministerialdirigenten, dem obersten Schulaufsichtsbeamten, auf.

Jürgen Girgensohn gilt zu Recht als "Vater der Gesamtschule". Heinrich Peuckmann, Kamener Schriftsteller und PEN-Geschäftsführer, schreibt dazu (Jahrbuch des Kreises Unna, 2008): "Zu Beginn von Girgensohns Amtszeit gab es acht Gesamtschulen in NRW, als er 13 Jahre später aufhörte, waren es über 120. ... Es gelang ihm aber nicht, sie als einzige Schulform durchzusetzen, das dreigliedrige Schulsystem blieb erhalten, die Humboldtsche Reform mit dem Gymnasium als Zentrum war doch zu stark."

Resümierend stellt Heinrich Peuckmann fest: "Das Ministeramt veränderte nicht Girgensohns Charakter. Mit Girgensohn konnte man diskutieren, immer auch kontrovers. Über Schulpolitik, über Kultur, Girgensohn war immer zu jedem Gespräch bereit, wer ihn kannte, hat das oft genug erlebt. Sein Humor hat ihm geholfen, auch härteste Kritik einzustecken. Selbst über den Fortlauf seiner wichtigsten Reform, der Gesamtschule nämlich, konnte man mit ihm bis ins späte Alter streiten. Auch hat er gesehen, dass manche Blütenträume nicht gereift sind".

Nach dem Ende seiner politischen Laufbahn in Düsseldorf verließ Jürgen Girgensohn den heimischen Kreis Unna und ließ sich im englischen Nottingham nieder. Dort heiratete er ein zweites Mal – und starb hier auch, kurz vor seinem 83. Geburtstag, am 24. Juli 2007.

Im Nachruf der Landes-SPD heißt es. "In seiner langjährigen Parteimitgliedschaft hat er stets dafür geworben, dass Sozialdemokraten selbstbewusst für ihre Grundwerte eintreten. Das hat vielen Menschen Mut gemacht und der Partei immer wieder neue Kraft verliehen. Mit dem Tod von Jürgen Girgensohn verliert das Land Nordrhein-Westfalen eine große Persönlichkeit. Wir Sozialdemokraten in NRW werden ihn vermissen: den engagierten Weggefährten, den klugen Ratgeber und den zuverlässigen Freund."

Fritz Böckmann

Mann von altem Schrot und Korn

Fin Mann von echtem Schrot und Korn: Fritz Böckmann prägte für lange Zeit das Bild nicht nur eines Kommunalpolitikers rund ums Ruhrgebiet, sondern war als ehrenamtlicher Landrat des Kreises Unna auch ein Markenzeichen für solide Bodenständigkeit, gepaart mit einer spritzigen (politischen) Intelligenz, Durchsetzungsvermögen und Geradlinigkeit. Sein Machtbewusstsein (heute ein Wort, das beinahe unanständig klingt) war zweifellos ausgeprägt ("Amt macht Einfluss, ohne Amt ist nichts". schrieb der WR-Redakteur Konrad Harmelink einst über ihn) - Böckmann verstand die Politik aber nicht als abstrakten Prozess, sondern stellte sie ganz in den Dienst der Menschen.

1923 im damals noch selbstständigen Altenbögge (heute Bönen) geboren, besuchte er das Gymnasium in Kamen, ging erst zur Bahn ins Eisenbahnausbesserungswerk und wechselte dann in den Lehrerberuf, wurde schließlich Leiter eine Sonderschule, heute Förderschule. Parallel engagierte er sich früh schon politisch. 1951 trat Fritz Böckmann in die SPD ein und machte auf kommunaler Ebene schnell Karriere: 1961 errang er ein Mandat im Gemeinderat von Bönen, war bald stellvertretender Bürgermeister und dann erster Repräsentant der



Fritz Böckmann

Gemeinde, Nach immerhin sieben Jahren im Amt - inzwischen besaß er auch ein Mandat im Kreistag - wurde er 1970 als Nachfolger von Jürgen Girgensohn zum ehrenamtlichen Landrat des Kreises Unna gewählt. Und damit trat er seine neue Aufgabe genau in dem Moment an, als sich die zweite Kreisreform anbahnte und das neue politische Gebilde Kreis Unna zu formen war. Hartnäckigkeit und Authentizität waren da nützlich; mit beidem war Fritz Böckmann ausgestattet. Sprachfähig gegenüber allen und jedem, wusste er sein Wort zu machen: Als Freund klarer Sprache scheute er Konflikte nicht, ging nachher aber selbst auf erbitterte Gegner wieder offen zu: "Jetzt trinken wir erst einmal ein Bier."

Sowohl die Streitlust als auch die Fähigkeit zum Kompromiss konnte er nur zu gut gebrauchen in den Auseinandersetzungen um den Zuschnitt der kommunalen Grenzen. Denn, wie immer in derlei Auseinandersetzungen: Niemand mochte seine Pfründe aufgeben, insbesondere niemand seinen politischen Einfluss. Wenn wir auf die heutigen Grenzen des Kreises sehen, ist es insbesondere auch das Verdienst von Fritz Böckmann, dass sie nicht nur in dieser Form entstanden sind, sondern auch diese bis heute Bestand haben. Denn in seinem 18-jährigen Wirken trug er viel dazu bei, auch Kritiker zu überzeugen und insbesondere die neu zum Kreis gestoßenen Kommunen einzubinden. Dabei kam ihm vermutlich gerade seine Herkunft aus einer der kleinsten kreisangehörigen Kommunen zugute: Denn sie half ihm nicht nur, stets Bodenhaftung zu behalten, sondern auch ein Bewusstsein für eine fruchtbare Zusammenarbeit aufzubauen.

Der Sozialdemokrat war zweifellos ein Vollblutpolitiker (wenn auch "nur" im Ehrenamt) und spürte, in welch starkem Maße sich der Wind in den 1970erim Übergang zu den 1980er-Jahren drehte. Waren die ersten Jahre seiner Amtszeit noch von unbekümmerter

Ausgabenmentalität geprägt, schränkte sich der finanzpolitische Spielraum zunehmend ein. Gleichzeitig wuchsen die Probleme: von wachsenden Bevölkerungszahlen bis hin zur zunehmenden Verkehrslast. Überdies wuchs das Bewusstsein der Menschen für die Tatsache, in welchem Maße eben das Wachstum zwar den Menschen begünstigt, den Planeten insgesamt aber beeinträchtigt. Und damit veränderten sich auch die Anforderungen an die kommunalpolitische Arbeit drastisch: Die "alten schlauen Füchse", die ebenso hemdsärmelig wie fintenreich das gemeinschaftliche Leben geordnet hatten, traten allmählich zugunsten von fachlich gut geschulten Spezialisten in den Hintergrund.

Mit dem Erreichen der Altersgrenze wusste Fritz Böckmann, dass er den Staffelstab übergeben musste: nicht nur an einen Jüngeren, sondern auch an einen neuen Typus. Er tat das mit der sprichwörtlich wehmütigen Träne im Knopfloch, aber auch in der Freude, nunmehr endlich Zeit für seine Familie und Hobbys wie Caravantouren durch Europa zu haben. Und er schied in dem Bewusstsein, der bislang am längsten amtierende Landrat des Kreises Unna in der Nachkriegszeit gewesen zu sein.

Karl-Heinrich Landwehr

Er formte den modernen Kreis

In seiner 23-jährigen Amtszeit setzte er Maßstäbe – die freilich nachher keiner mehr benötigte, weil das Amt schlicht abgeschafft wurde: Karl-Heinrich Landwehr war letzter Oberkreisdirektor des Kreises Unna – und vermutlich der Spitzenbeamte in der Region, den nicht nur eine tiefe Verwurzelung, sondern auch ein unglaublicher politischer Gestaltungswille auszeichnete. Weil er sich trotzdem an Sinn und Sache orientierte, fand der überzeugte Sozialdemokrat breitesten Rückhalt im Kreistag.

Aus Heeren-Werve stammend, absolvierte Karl-Heinrich Landwehr nach dem Abitur zunächst einmal ein juristisches Studium, um sich dann im Umfeld nach einem künftigen Wirkungskreis umzusehen. Den fand er zunächst in der Nachbarstadt Dortmund in der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft für NS-Verbrechen - ein Themenkomplex, den er lebenslang nicht nur aus Justitias Sicht, sondern auch mit einer gehörigen Portion historischem Wissen beleuchten konnte. 1969 trat er parallel, nicht zuletzt unter dem Eindruck der 68er-Stuidentenbewegung, in die SPD ein und machte hier auch schnell Karriere: erst in der Partei, parallel auch nach der kommunalen Neugliederung 1975 im Kreistag. Das allerdings nur für einen kurzen Zeitraum: Denn bald



Karl-Heinrich Landwehr

schon wurde "Lutz" (wie er von den einen Freunden genannt wurde) zum Kreisrechtsdirektor gemacht, 1976 folgte die Wahl zum Oberkreisdirektor als Nachfolger von Dr. Lothar Voit.

Von vornherein zeichnete "Kalla" (wie ihn wiederum andere Freunde nannten) eine enorme Gestaltungskraft, aus: Gezielt identifizierte er gesellschaftspolitische Brandherde und beantwortete sie mit den Mitteln des Kreises. Oder besser: Ließ sie von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung beantworten und löschen. Denn er ließ ihnen erheblichen Gestaltungsspielraum, verstand Führung eher kollegial denn hierarchisch. Eines der besten Beispiele für seine erfolgreiche Arbeit bietet bis

heute das Umweltamt: Es ist eines der ersten überhaupt in der alten Bundesrepublik und zumal unter dem Dach eines Landkreises, aber auch eines der innovativsten und tatkräftigsten, obwohl oder gerade weil es andere gesellschaftliche Gruppen in seine Arbeit einbindet. Viele andere Themen fasste der OKD (wie wiederum Dritte ebenso kurz wie förmlich sagten) nicht minder tatkräftig an: von der Neuformung der (fortan präventiven) Gesundheitspolitik bis hin zu tiefgreifenden Überlegungen über die künftige Aufgabenstruktur von Landkreisen. Das gelang Karl-Heinrich Landwehr, weil er gleichzeitig eine Witterung für gute Leute hatte, die er geradezu in die Kreisverwaltung lockte und dort wirken ließ.

Das musste auch so sein: Denn sein Gestaltungsdrang ging weit über das Kreishaus hinaus: Mit besonderem Engagement widmete er sich als Chef der ihm gleichzeitig untergeordneten Kreispolizeibehörde sowie dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, dessen Parlament er lange angehörte. Umtriebig war er allemal, bisweilen aber auch getrieben von der Vielzahl der Aufgaben, die sich ihm stellten. Das nicht ohne Grund: Denn der nach 1975 deutlich gewachsene Kreis Unna verlangte nicht nur nach schneller Integration

der hinzugekommenen Städte und Gemeinden, sondern brauchte angesichts seines enormen Wachstums auch immer neue Infrastruktureinrichtungen. Karl-Heinrich Landwehr agierte nicht nur mit großem Geschick, sondern auch mit breiter Schulter: Nicht zuletzt darauf war es zurückzuführen, dass während seiner Amtszeit ein Common sense gedieh, in dem viele Kreistagsentscheidungen letztlich einmütig fielen, auch wenn die Initiativen in der Regel von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit ihrer zeitweilig erdrückenden Mehrheit eingestielt wurden. Kurzum: Er formte den neuen Kreis Unna. zumindest die Kreisverwaltung folgt dem von ihm vorgegebenen "Takt" im Prinzip noch heute.

Dass Karl-Heinrich Landwehr überhaupt noch Zeit für Anderes fand, verwundert. Tatsächlich engagierte er sich in seiner Freizeit noch intensiv und nicht minder effizient als Vorsitzender des Reit- und Fahrvereins Unna (und in anderen reiterlichen Organisationen), als Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes, als Vorsitzender der Ernst-Oldenburg-Gesellschaft und damit für die Kulturförderung sowie stets am Freitagabend im Posaunenchor. Und dieser Termin war ihm nun wirklich "heilig".

Heinz-Georg Weber

Für das Menschliche in der Politik

Ein Pfarrer in herausgehobener politischer Position? Wer an "Don Camillo und Peppone" denkt, wird sich unwillkürlich fragen, ob das passen kann. Wer sich an das Wirken des langjährigen Fraktionsvorsitzenden Heinz-Georg Weber erinnert, sieht sich eines Besseren belehrt.

Jedenfalls hat Heinz-Georg Weber nicht nur seiner Wahlheimat Kamen-Heeren, sondern auch der Region seinen Stempel aufgedrückt: 34 Jahre lang war er als evangelischer Seelsorger in einer überwiegend reformierten Gemeinde tätig, darüber hinaus einer der herausragenden politischen Gestalter in Kamen und im Kreis Unna. 1956 kam er nach Heeren in die damals noch selbstständige und aufstrebende Bergbaugemeinde, wo er sich nicht nur der seelsorgerischen Fragen annahm, sondern wo er sich bald auch schon politisch für die Sorgen der Bergleute einsetzte.

Gern gesehen wurde das politische Engagement wahrlich nicht immer in den Kirchengemeinden. Heinz-Georg Weber sagt freilich von sich selbst, er sei schon immer ein politischer Kopf gewesen. Schon als Student hatte er den sozialistischen deutschen Studentenbund (SDS) in Münster mitbegründet. Der SDS spielte wiederum in der 68er-Studentenbewegung eine wichtige Rolle –



Heinz-Georg Weber

als Sammelbecken kritischer Köpfe wie etwa Rudi Dutschke, einer der Anführer der politischen Revolte. Ihr Engagement richtete sich gegen die Autoritäten – in der Familie ebenso wie im Staat – und für eine nachhaltige Demokratisierung des bundesrepublikanischen Staates, der dazumal noch reichlich von alten NS-Leuten durchsetzt war.

Konsequent orientierte sich Heinz-Georg Weber mithin sozialdemokratisch – zumal, nachdem er vom damaligen Landrat Hubert Biernat (ebenfalls ein Heerener) in erste Diskussionsrunden eingeladen worden war. Ideen hatte der Pastor nun wahrlich genug (übrigens über seine gesamte politische Aktivzeit hinweg). Und Mehrheiten zu suchen, das kannte er aus den Kirchengremien bereits. Mit Überzeugungskraft und den

notwendigen Fähigkeiten ausgestattet, ging er mithin die ersten Schritte in der Kommunalpolitik.

Finer der Antriebsriemen für sein Engagement war übrigens die kommunale Neuordnung: Heeren sollte in die Stadt Kamen eingegliedert werden. Dass die "Kleinstaaterei" keine Zukunft haben würde, wusste der Theologe. Dass die einst selbstständigen Gemeinden nicht im Großen und Ganzen untergehen sollten, war seine Überzeugung. Dafür wirkte er als Ortsvorsteher, als Vorsitzender des SPD-Stadtverbands, als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und als einflussreiche Stimme im Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Und ein Zweites hatte er im Blick: dass der einzelne Mensch und das Menschliche im Grundsatz nicht an Gewicht gegenüber den Apparaten untergehen sollten.

So suchte er auch im Kreistag bei allen unterschiedlichen politischen Positionen und Charakteren das Verbindende, auch wenn er selbst sehr wohl in der Lage war, seine eigene Position und die seiner Fraktion zur Geltung zu bringen – selbst in harten Auseinandersetzungen meist mit einem Lächeln in den Gesichtszügen. Am Ende ergänzten sich Politik und Pfarramt wohl trefflich und befruchteten sich gegenseitig. Dem Ka-

mener Doppelstadtteil Heeren-Werve hat es jedenfalls nicht geschadet – ganz im Gegenteil.

Heinz Steffen

Idealtypus des Fraktionschefs

"Heinz Steffen ist mir als Original begegnet, menschlich und politisch. Heute gerät Authentizität zu oft zur aufgesetzten Attitüde. Er war es, weil er sich natürlich treu geblieben ist. Kein modischer Wellenreiter. Weder im Aussehen und Auftreten, noch in seinen Überzeugungen und politischen Zielen", hat einmal der SPD-Landesvorsitzende Michael "Mike" Groschek formuliert.

Der langjährige Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion galt lange als Idealtypus in diesem Amt: Aus einer Arbeiterfamilie stammend, blitzschnell denkend, immer auf der Suche nach Innovationen, eher ausgleichend und an der Sache orientiert, hervorragend vernetzt weit über den Kreis Unna hinaus – und im Übrigen immer bereit auch zu unbequemen Entscheidungen. Deshalb war der Unnaer Politiker für viele Aufgaben im Gespräch; bleiben wollte er aber immer in der Kommunalpolitik. Eben weil er hier tief verankert war.

Bereits 1979 zog der Berufsschullehrer und -direktor überraschend nicht nur in den Unnaer Stadtrat ein, sondern auch in den Kreistag. Für die regionale Politik interessierte er sich in herausragender Weise. Aufgaben gab es in der Folge und über die Jahre viele für den ambitionierten Kommunalpolitiker –



Heinz Steffen

Grundzug seiner Arbeit blieb es freilich, durch schiere Anwesenheit und erst recht durch politisches Handeln schnell deutlich zu machen: Da, wo ich stehe, dreht sich die Achse, um die herum Themen und Menschen wirbeln. Das machte er immer wieder deutlich.

Politik, das mühsame Austarieren gesellschaftlicher Interessen, verlangt nicht nur Kenntnisse in unendlich vielen Sachfragen, verlangt nicht nur Menschenkenntnis und Kommunikationsfähigkeit, nicht nur Disputierfreude und Mut, ja sogar Kampfeslust – sie verlangt auch ein nie endendes Ringen um Mehrheiten. Dem stellte sich Heinz Steffen als Fraktionsvorsitzender und sorgte in unendlichen Gesprächsrunden dafür,

dass der Kreis auch in höchst angespannten Situationen auf Kurs bleiben konnte und eine sachliche Politik breite Mehrheiten fand: in der Finanzpolitik ebenso wie in der Kultur- oder in der Umweltpolitik (Felder, die dem nüchternen Zahlenmenschen auf Anhieb gar nicht zugeschrieben wurden).

Die Symbiose von Sacharbeit, Politik und Verkaufen hat er zweifellos perfekt beherrscht: nicht als Schauspiel, wie es viele heute so gerne zum vermeintlichen Vergnügen des Publikums aufführen, sondern als notwendig zusammengedachte und -gelebte Charakterübung. Menschen für einen als richtig erkannten Weg zu gewinnen und auf diesem Weg mitzunehmen, das war wohl am ehesten die Übung, die Heinz Steffen über die Jahre hinweg Spaß gemacht und in der Kommunalpolitik gehalten hat. Eher nüchterne Grundsatzthemen wie die Finanzpolitik oder Organisationsfragen einer modernen Verwaltung, technische Fragen oder Planungsthemen interessierten den studierten Elektroingenieur in besonderer Weise.

Bemerkenswert blieb, in welch hohem Maße der Politiker Heinz Steffen in allen Auseinandersetzungen und, ja, in manchmal erbitterten Kämpfen in sich ruhte und Gelassenheit nicht nur demonstrierte, sondern lebte. An denen hat es nun wirklich über die mehr als vier Jahrzehnte politischen Tuns nicht gefehlt. Davon ist schnell überzeugt, wer das aufgeputschte Volk auf den Rängen einer Stadthalle erlebte, in deren Arena ein Kreistag über die Zukunft der Abfallentsorgung und insbesondere die Ansiedlung einer Restmüll-Deponie diskutierte. So gibt es eine Vielzahl von Beispielen, die deutlich machen, welcher Glücksfall Heinz Steffen in die Kommunalpolitik führte (in die Landesoder Bundespolitik zu wechseln hat ihn übrigens nie gereizt; den Landtag hat er gar mal als A15-Parlament verspottet). Ob ihn alle als solchen empfunden haben? Wahrscheinlich nicht: Es gab durchaus Menschen, die Heinz Steffen seine politische Durchsetzungsfähigkeit geneidet, die manchmal vielleicht sogar unter ihr gelitten haben.

2020 schied Heinz Steffen aus dem Kreistag aus, Fraktionsvorsitzender war er da längst nicht mehr. Das hatte ihn nicht daran gehindert, als gewöhnlicher Abgeordneter die Sacharbeit in diversen Gremien fortzusetzen – ganz unprätenziös, aber nach wie vor auf der Höhe der Zeit.

Rolf Tewes

Den Übergang moderiert

Rolf Tewes wirkte eher wie ein feinsinniger Künstler – freilich stets korrekt gekleidet und stilvoll im Auftreten denn als hemdsärmeliger Politiker. Vielleicht verfügte er damit über die richtigen charakterlichen Eigenschaften, um als Landrat eine Phase des Übergangs (mit) zu gestalten. Von außerordentlich vielen Übergängen jedenfalls war seine Amtszeit (1988 bis 1999) geprägt: Die Kommunalpolitik sah sich in dieser Zeit unverhofft nach den blühenden 1970er-Jahren vor ganz neue Herausforderungen gestellt, hatte auf grüne Herausforderungen erstmals ebenso zu reagieren wie auf soziale Verwerfungen in der Folge einer heraufziehenden Massenarbeitslosigkeit oder auf den gesellschaftlichen Wertewandel.

Und nicht zuletzt: Rolf Tewes amtierte als letzter ehrenamtlicher Landrat und damit als Repräsentant des Kreises und als Vorsitzender des Kreistages, während Oberkreisdirektor Karl-Heinrich Landwehr die Verwaltung kraftvoll führte. Die Professionalisierung des Landratsamtes hatten eher die Christdemokraten betrieben – mehrheitsfähig wurde die Idee im Düsseldorfer Landtag erst, als Ministerpräsident Johannes Rau Unterstützer suchte für einen Wechsel ins Amt des Bundespräsiden-



Rolf Tewes

ten. Letztlich zogen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit – auch wenn sie der bis 1999 geltenden Ämterteilung viel abgewinnen konnten.

Ins Amt gekommen war Rolf Tewes als Nachfolger von Fritz Böckmann und als erster Vertreter der nach der Kreisreform zum Kreis Unna gestoßenen Städte in der sogenannten Doppelspitze. Denn 1935 in Lünen geboren, blieb Rolf Tewes seiner Heimatstadt eng verbunden und engagierte sich hier auch früh kommunalpolitisch: So gehörte er von

1969 bis 1974 dem Gemeinderat Altlünen an. Er machte eben seit seinem Parteieintritt Anfang der 1960er-Jahre "mit Leidenschaft Politik", wie er zu Amtsbeginn bekundete. Vielleicht auch deshalb wählte ihn der Kreistag einstimmig, er konnte auf einen breiten Konsens über die Fraktionsgrenzen hinaus rechnen.

Im Hauptberuf war er freilich Architekt: Nach dem Schulbesuch mit dem Abschluss des Fachabiturs und einer handwerklichen Berufsausbildung studierte er von 1955 bis 1961 Innenarchitektur und Architektur an der Fachhochschule Dortmund und der Technischen Hochschule Aachen und der Hochschule für Bildende Künste München. Nach dem Studium war er als angestellter Architekt beschäftigt, bevor er sich 1966 selbständig machte.

Im Kreistag engagierte sich Rolf Tewes vor seiner Wahl zum Landrat von 1975 bis 1988 bereits in den Reihen der SPD-Fraktion und zeigte schon zu dieser Zeit Neigungen zum Generalisten, wenngleich seine Vorlieben durchaus Feldern wie der Kulturpolitik gehörten. Und er lenkte den Blick immer wieder auf den Nordkreis, der sich lange vom Süden dominiert wähnte – aus gutem Grund: Denn mit den 1980er-Jahren kochten eben auch die wirtschaftlichen Folgen

hoch, die der Rückzug des Bergbaus für Städte wie Lünen, Bergkamen, Kamen und Bönen aufwarf. Intensiv setzte sich Rolf Tewes in dieser neuen Phase des Strukturwandels für die Modernisierung der Region und die Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze ein – auch und nicht zuletzt in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna. Gleichzeitig suchte er durch seine Mitwirkung in einer Vielzahl von überörtlichen Gremien den Interessen des Kreises Unna auch außerhalb Gehör zu verschaffen.

Gerd Achenbach

Den breiten Sachkonsens gesucht

Gerd Achenbach gestaltete als erster hauptamtlicher Landrat den Übergang von der nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführten Doppelspitze zur Konzentration auf einen Kopf an der Spitze von Kreistag und -verwaltung. Zugute kam ihm dabei, dass er Verwaltung gleichsam aus dem EffEff beherrschte und steuerte. Denn in der war er groß geworden.

Mit großer Leidenschaft startete er wohl nicht in das neu gestaltete Amt und füllte es doch bald leidenschaftlich aus. Denn der gebürtige Siegerländer war nun einmal in erster Linie Verwaltungsbeamter. Nach der Mittleren Reife absolvierte Achenbach zunächst eine Ausbildung als Industriekaufmann. Er leistete Wehrdienst (Kurzdienst) beim Bundesgrenzschutz, bestand 1965 das Abitur und nahm dann ein Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten in Gießen und Frankfurt am Main auf, das er mit beiden Juristischen Staatsexamina abschloss. Den Berufsstart absolvierte er bei der Bezirksregierung Arnsberg und war dort als Pressedezernent und Persönlicher Referent des Regierungspräsidenten Fritz Ziegler tätig, bevor er 1976 als Dezernent für Organisation und Personal zum Kreis Unna wechselte und 1992 zum Kreis-



Gerd Achenbach (I.) zusammen mit Fraktionschef Heinz Steffen

direktor und Kämmerer gewählt wurde. Von 1999 bis 2004 amtierte er als erster hauptamtlicher Landrat, ab 2002 parallel als Präsident des Landkreistages Nordrhein-Westfalen.

Seine Amtszeit war zugleich eine Zeit der vielen Sachzwänge, aber auch des hohen Regelungsbedarfes – etwa in der Umweltpolitik. Entscheidungen ging er jeweils frei von ideologischem Denken und mit großer Sachlichkeit an, auch wenn er in der SPD tief verankert war. Für ihn zählten allein die sachlichen Argumente und ihre Überzeugungskraft.

Bemerkenswert waren dabei die Ruhe und Überlegtheit, mit denen er die Prozesse im Kreishaus zu steuern verstand. Dabei zeigte er großes Interesse, möglichst viele Menschen "mitzunehmen".

Verlässlichkeit strahlte Gerd Achenbach vor diesem Hintergrund aus, Zuverlässigkeit suchte er aber auch im politischen Raum. Zugute kam ihm dabei seine enge Abstimmung mit den Kreistagsfraktionen – naturgemäß in erster Linie mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Deren absolute Mehrheiten waren zwar um die Jahrtausendwende dahin, doch spielten sie nach wie vor eine herausgehobene Rolle: Vermutlich war das nur möglich, weil auch die SPD zu dieser Zeit auf eine eher nüchterne Sachpolitik eingeschworen war.

"Über die Jahre hinweg – ich wurde erst vom Kreistag zum Kreisdirektor und dann von der Bevölkerung zum Landrat gewählt – haben wir viele wichtige Themen bewegen können, die bisweilen von erheblichen öffentlichen Diskussionen begleitet waren. Das erste Thema war die Neuordnung der gesamten Abfallentsorgung – ein hoch emotionales Thema. Ohne Heinz Steffen [damals Fraktionsvorsitzender] wäre es nicht gegangen, eine Mehrheit zu finden für

eine Vielzahl von Einzellösungen von der Deponiestandortfindung bis hin zum Aufbau differenzierter Entsorgungssysteme in einer eigenen Gesellschaft, der GWA Kreis Unna. Aus ganz unterschiedlichen Gründen war das eine sehr komplizierte Situation – die letztlich zu einer sehr frühen Umsetzung einer integrierten Kreislaufwirtschaft führte", formulierte Gerd Achenbach einmal.

Dem ersten hauptamtlichen Landrat ist es im Übrigen zu verdanken, dass sich die zuspitzende Finanzsituation der kommunalen Familie nicht zu einem Pulverfass entwickelte. Mit ruhiger Hand steuerte er die Verwaltung durch die Krise und formte sie zugleich zu einem modernen Administrationsinstrument.

Eine zweite Amtszeit, in der ihn viele gerne gesehen hätten, mochte Gerd Achenbach nicht antreten. Er konnte das Amt an Michael Makiolla übergeben, mit dem er zuvor bereits über Jahre eng zusammengearbeitet hatte.

Michael Makiolla

In schwierigen Zeiten gesteuert

Manchmal lassen die Zeiten wenig Spielraum für politische Gestaltung. Da gilt es "den Laden zusammenzuhalten". Michael Makiolla hat dies als Landrat mit disziplinierter Arbeit, Pflichterfüllung und eben manchmal auch noch neuen Akzenten geleistet.

In Anlehnung an Max Weber beschrieb Michael Makiolla sein Ziel: "Politik ist das Bohren dicker Bretter, das mühsame Austarieren widerstreitender Interessen, aber auch die mutige Vision, die wir über die Unwägbarkeiten des Alltags nicht aus dem Auge verlieren sollten." Damit hat er über die Jahre Beachtliches erreicht für den Kreis Unna. Allem voran: In den struktur- und finanzpolitisch schwierigen Zeiten zu Beginn dieses Jahrtausends ist es ihm gelungen, einen Kahlschlag im Leistungsangebot zu verhindern und das über Jahrzehnte erarbeitete Profil zu erhalten.

Angehöriger des Jahrgangs 1956, stammt Michael Makiolla aus der Region und ist in eher einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Nach dem Abitur absolvierte er ein Studium der Rechtswissenschaften, ging dann zur Bezirksregierung Arnsberg und stieß 1989/90 zum Kreis Unna als Dezernent für Soziales, Jugend und Kultur, später als Kreisdirektor. 2004 wurde er von der Be-



Michael Makiolla

völkerung zum hauptamtlichen Landrat gewählt und zweimal in diesem Amt auch bestätigt.

Sein Herz hat Michael Makiolla über die Jahre hinweg der Sozialpolitik gewidmet. Das nicht etwa, weil er als Sozialdezernent beachtliches Know-how anhäufte. Vielmehr sah er dahinter die vielen Einzelschicksale, die die Unterstützung der Gesellschaft benötigen. Einen Herkulesakt hatte in den vergangenen Jahrzehnten der Kreis Unna zu bewältigen in der Folge gewaltiger Umbrüche, die mit dem Niedergang von Kohle und Stahl der Region insgesamt hart getroffen haben. Als wichtigsten Erfolg seiner Amtszeit sah es Michael

Makiolla, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze während seiner Amtszeit um ein Drittel zunahm. Das sei nur im Schulterschluss mit den Städten und Gemeinden, mit Behörden wie der Arbeitsverwaltung und dem Jobcenter, unter Einsatz der Wirtschaftsförderung und mit dem Engagement vieler Unternehmer möglich gewesen, sagt er. Dieses Netzwerk wollte freilich zusammengehalten und gesteuert werden.

Ebenso ist es in seiner Amtszeit gelungen, die Kreispolizeibehörde zu einem wirkungsvollen Apparat auszubauen und den Kreis Unna zu einer sicheren Region zu machen: Die Gesamtkriminalität konnte um 35 Prozent gesenkt werden. Eine weitere Herausforderung: Alle Anstrengungen waren nur möglich im Rahmen eines äußerst knappen Finanzkorsetts: dass die Kreis-Finanzen konsolidiert sind, ist auch eines der Verdienste der Amtszeit von Michael Makiolla. Große Sprünge lassen sich zwar noch immer nicht machen, doch gelang es mindestens, neue Akzente zu setzen: unter anderem beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, bei der Integration von Migranten, beim sozialen Leistungsnetz in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden.

Mit Leidenschaft hat Michael Makiolla für das Kulturangebot gekämpft: Die Neue Philharmonie Westfalen, aus dem einstigen Kreisorchester hervorgegangen, stand in finanziell angespannten Zeiten ebenso zur Disposition wie Gut Opherdicke mit seinen Kunstausstellungen oder das Engagement für Schloss Cappenberg. Alle drei Einrichtungen sind nicht nur bis auf weiteres abgesichert – der Kreis Unna engagiert sich heute auch für das Hilpert-Theater in Lünen, das Lichtkunst-Zentrum in Unna, das Straßentheater-Festival in Schwerte oder das Kinofest in Lünen.

Brigitte Cziehso

Erste Frau an der Fraktionsspitze

Als Brigitte Cziehso 2008 als Nachfolgerin von Heinz Steffen an die Spitze der SPD-Kreistagsfraktion gewählt wird, ist sie die erste Frau in diesem Amt. Sie bleibt es bis Oktober 2020 und gehört damit zu den Wegbereiterinnen, die das Bild von der parlamentarischen Arbeit als "männliche Domäne" im Kreis Unna entscheidend verändert haben.

27 Jahre Mitglied im Rat der Stadt Lünen, seit 1994 ununterbrochen im Kreistag - damit ein so starkes kommunalpolitisches Engagement Teil des eigenen Lebens und ebenso Vorbild und Muster für andere werden kann, bedarf es einer besonderen Persönlichkeit. Bei Brigitte Cziehso ist es ihr ausgeprägter Gerechtigkeitssinn, gepaart mit Fleiß, Disziplin und einer guten Portion Beharrlichkeit. Die Erfahrungen früher Jahre, dass man politische Ämter Frauen nur zögerlich anvertraut und wenn, dann vorzugsweise im Bereich Familie und Gesundheit, haben zudem einen gesunden Ehrgeiz wachsen lassen. Die Sozialdemokratin hat Haushalt und Finanzen, Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarkt und Mobilität zu ihren Schwerpunktthemen gemacht und sicherlich auch deshalb Schlüsselpositionen mit Gestaltungspotential besetzt.

Wichtige Stationen auf diesem Weg in



Brigitte Cziehso

der Kreispolitik: Bis zur Wahl als Fraktionsvorsitzende ist Brigitte Cziehso langjährige Vorsitzende des Fachausschusses für Planung und Verkehr sowie Mitglied im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU). Damit sie weiß, wovon sie spricht, wenn es um den ÖPNV geht, fährt sie regelmäßig Bus und Bahn. In ihre Zeit als Vorsitzende der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH fallen die Gründung der GWA Kommunal, zu der jetzt Kamen, Holzwickede, Bönen

und Fröndenberg gehören sowie die Stärkung der Zusammenarbeit mit Remondis in mehreren gemeinsamen Gesellschaften. Überhaupt ist die Weiterentwicklung des Konzerns Kreis Unna ihr stets ein wichtiges Anliegen.

Brigitte Cziehsos Wahl zur Fraktionsvorsitzenden fällt 2008 in keine leichte Zeit: Sie ist geprägt von einer strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Der Kreis Unna und seine zehn Städte und Gemeinden sind gezwungen, auf wegbrechende Arbeitslosigkeit und Steuerkraft durch massive Einsparungen in den Haushalten zu reagieren. Es gilt, die guten Strukturen in den Bereichen Soziales, Kultur und Gesundheit zu bewahren und gleichzeitig die Weichen für einen starken Wirtschaftsstandort Kreis Unna mit neuen zukunftsfähigen

Arbeitsplätzen richtig zu stellen. Ihre finanzpolitische Expertise kommt Brigitte Cziehso dabei zugute. Einer selbstbewussten SPD-Fraktion unter ihrer Führung gelingen Konsolidierung und Neubeginn im engen Schulterschluss mit Landrat Michael Makiolla - auch wenn die Diskussion um die Stiftung für das Haus Opherdicke zeitweise eine Belastungsprobe darstellt. Politische Mehrheiten für die eigenen politischen Überzeugungen werden im Kreistag gefunden – ab 2015 auch in Form einer Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion. Bei allen Entscheidungen immer im Blick: die Rückkoppelung mit den Akteuren vor Ort. Denn auch das ist eine Stärke von Brigitte Cziehso als Kreispolitikerin: den Schulterschluss mit den Kommunen suchen und wertschätzen.

Menschen, die sich tatkräftig für die Bevölkerung engagiert haben

Viele Menschen haben sich in 75 Jahren in der SPD-Kreistagsfraktion engagiert. Ihr zu erheblichen Teilen unermüdlicher und durchweg ehrenamtlicher Einsatz hat es möglich gemacht, den Interessen der Bevölkerung Geltung zu verschaffen und zukunftsweisende Entscheidungen im Kreistag herbeizuführen. Soweit dies heute noch rekonstruierbar ist, geben wir nachfolgend die Mitglieder der SPD-Fraktion (geordnet nach Wahlperioden) wieder:

1946 - 1948

Adamek, Karl Altena. Karl Biernat, Hubert Deilmann, Adolf Dietrich, Josef Flessenkämper, Karl Emrich. Wilhelm Gäbel. Heinrich Gleisner. Alfred Göbel. Fritz Greune, Karl Heller. Fritz Heuser, Johann Hüser, Otto Jürgens, Karl Lepke, Oswald Lienkamp, Albert Lipowski, Josef Lütz, Erich Nabe. Wilhelm Prinzler, Paul

Schäfer, Bernhard Schreiner, Heinrich Schürhoff. Theodor Schüttmann, Heinrich Simon, Gustav Stein, Emil Stiepermann, Fritz Ströthoff, Josef Tapprath, Julius Werner, Josef Wittler. Heinz

1948 - 1952

Biernat, Hubert
Flessenkämper, Karl
Gleisner, Alfred
Greune, Karl
Heuser, Johann
Jütte, Lieselotte
Koßmann, Carl
Lipowski, Josef
Nabe, Wilhelm
Nemack, Richard-Fritz
Plümpe, Friedrich

Prinzler, Paul
Reckermann, Heinrich
Rennighoff, Heinrich
Schäfer, Bernhard
Schreiner, Emil
Schürmann, Otto
Stein, Emil
Ströthoff, Josef
Werner, Josef
Wiezorek, Gustav

1952 - 1956

Barz, Reinhard
Becker, Karl
Boness, Alfred
Bröker, Hugo
Gleisner, Alfred
Greune, Karl
Herrmann, Willi
Holzapfel, Otto
Nabe, Wilhelm
Nemack, Richard
Pech, Edgar
Prinzler, Paul

Redel, Konrad

Rissel, Josef

Renninghoff, Heinrich

Reckermann, Heinrich Renninghoff, Heinrich Rupprecht, Fritz Schneider, Herbert Schreiner, Emil Staufenbeil, Andreas Stein, Emil Triebel, Lony Wegmann, August Werner, Josef Wieland, Luise Wiezorek, Gustay

1956 - 1961

Aleite. Dr. Erich Anders, Kurt Barz. Reinhard Becker, Karl Blümel, Arthur Boness, Alfred Christoph, Wilhelm Girgensohn, Jürgen Gleisner, Alfred Göbel, Fritz Greune. Karl Herrmann, Wilhelm Holzapfel, Otto Koßmann, Carl Ließ. Fritz Nabe, Wilhelm Nemack. Richard Pech, Edgar Prinzler, Paul Renninghoff, Heinrich Rentsch, Karl-Heinz Reckermann, Heinrich Schreiner, Emil

Staufenbeil, Andreas Stein, Emil Voges, Herbert Walter, Else Wiezorek, Gustav

1961 - 1964

Andres, Kurt Barz. Reinhard Becker, Karl Biernat. Hubert Blümel, Arthur Cryns, Walte Dickhausen, Otto Lütz. Erich Girgensohn, Jürgen Göbel. Fritz Grees, Josef Holzapfel, Otto Koßmann, Carl Lasner, Johanna Nemack. Richard Pech, Edgar Reckermann, Heinrich Scheitza, Peter Schreiner, Emil Schürhoff, Valentin Staufenbeil. Andreas Stein, Emil Tippmann, Christian Velmer, Wilhelm Voges, Herbert Voß. Walter

Walter. Else

1964 - 1969

Blümel. Arthur Bülling, Heinrich Cieslik. Walter Denzer. Anton Dickhausen, Otto Dunker. Eduard Girgensohn, Jürgen Göbel, Fritz Göpfert, Erich Grimm, Helmut Groos, Joseph Heermann, Günter Holtmann, Heinz Holzapfel, Otto Köster. Wilhelm Koßmann, Carl Ligges, Karlheinz Nemack, Richard Pech, Edgar Rentsch, Karl-Heinz Sangel, Rudi Schott. Walter Standop, Erich Tippmann, Christian Waldorf, Hans Walter. Else Wienhusen, Jakob Werra. Wilhelm

1969 - 1975

Achtabowski, Johann Avemann, Hans Bäcker, Ulrich Baudach, Fritz Böckmann, Friedrich Bülling, Heinz

Denzer, Toni Dresemann, Erhard Droste, Friedrich Heermann, Günter Girgensohn, Jürgen Göpfert, Erich Grabert. Johannes Grimm. Helmut Jung, Karl-Heinz Ketels, August Köhnemann, Herbert Köppe, Alfred Köster, Wilhelm Lasner, Johanna Morawietz, Adalbert Nemack. Richard Pech, Edgar Pioschik. Karl Rentsch, Karl-Heinz Sangel, Rudi Schott. Walter Schürhoff, Heinrich Standop, Erich Tippmann, Christian Wienhusen, Jakob

Häger, Reinhard Jürgens, Karl Keller, Herbert Ketteler, Friedhelm Köster. Wilhelm Landwehr, Karl-Heinz Lasner, Johanna Lutter, Walter Olbrich, Heinz Pech, Edgar Pöhler, Egon Rentsch, Karl-Heinz Rohde, Joseph Schaaf, Werner Sangel, Rudi Schneider, Hans Schwalk, Gottfried Spork, Theo Steinem, Werner Tewes, Rolf Tyron, Manfred Weber, Heinz-Georg Weckelmann, Horst Wienhusen, Jakob Wiechers, Günter

Göpfert, Erich Häger, Reinhard Harzer, Hans-Werner Keller, Herbert Ketteler. Friedhelm Köster, Wilhelm Lasner, Johanna Löffler, Paul Mertens, Friedrich Meyer, Erhard Molitor, Jospeh Olbrich, Heinz Pöhler, Egon Rentsch, Karl-Heinz Rohde, Joseph Sangel, Rudi Schneider, Hans Schürhoff, Heinrich Schwalk, Gottfried Steffen, Heinz Steinem. Werner Tewes, Rolf Tyron, Manfred Weber, Heinz-Georg Weckelmann, Horst Wiechers, Günter Wienhusen, Jakob

1975 – 1979

Althoff, Heinz
Avemann, Hans
Becker, Ulrich
Böckmann, Friedrich
Braun, Günter
Droste, Friedrich
Erdtmann, Manfred
Eynck, Dietrich
Göpfert, Erich
Groth, Reinhold

1979 bis 1984

Althoff, Heinz Avemann, Hans Bäcker, Ulrich Bartmann, Wilfried Böckmann, Friedrich Böhme, Rosemarie Braun, Günter Droste, Friedrich Erdtmann, Manfred Fulbrecht, Friedrich

1984 bis 1989

Althoff, Heinz Avemann, Hans Balkenhoff, Walter Bartmann, Wilfried Bastert, Uwe Becker, Heinz-Dieter Benner, Gerhard Böckmann, Friedrich Böhme, Friedrich Braun, Günter Dörmann, Gustaaf Drescher, Dieter Erdtmann, Manfred Fulbrecht, Friedrich Götzmann, Albert Grotefels Doris Groth, Reinhold Harzer. Hans-Werner Keller, Herbert Knäpper, Werner Köhnemann, Herbert Kook, Heinrich Krell, Günter Lasner, Johanna Meyer, Erhard Olbrich, Heinz Pöhler, Egon Rohde, Joseph Schneider, Hans Schürhoff, Heinrich Steffen, Heinz Steinem. Werner Tewes, Rolf Weber, Heinz-Georg Wiechers, Günter Wienhusen, Jakob Wienpahl, Friedrich

1989 bis 1994

Avemann, Hans Bartmann, Wilfried Bastert, Uwe Becke, Ulrike Benke, Eberhard Böhme, Rosemarie Braun, Günter Chur, Angelika Dörmann, Gustaaf Drescher, Dieter Erdtmann. Manfred Eßkuchen, Rainer Fulbrecht, Friedrich Geiß-Netthöfel, Karola Grotefels, Doris Groth. Reinhold Heuner, Gunhilde Keller. Herbert Kerak, Wolfgang Krell, Günter Lethaus. Maren Luvken. Dieter Olbrich, Heinz Ortlepp, Jürgen Peuker, Siegfried Pöhler, Egon Schneider. Hans Schumacher-Gerdes. Edeltraud Schürhoff, Heinrich Schwerdt, Detlef Soth. Klaus Steffen, Heinz Tewes, Rolf Weber, Heinz-Georg Wiechers, Günter Wienhusen, Jakob

1994 bis 1999

Bartmann, Wilfried Bastert, Uwe Becke, Ulrike

Ziegenbein, Herbert

Behrens, Heinrich Benke, Fberhard Böhme, Rosemarie Bürger, Ralph Chur, Angelika Cziehso, Brigitte Diedrich. Petra Drescher, Dieter Engelhardt, Bernd Erdelkamp, Ursula Eßkuchen, Rainer Fulbrecht. Friedrich Ganzke, Hartmut Georgs, Ulrich-Joachim Grotefels. Doris Keller. Herbert Kerak, Wolfgang Kordel. Friedhelm Krell, Günter Olbrich, Heinz Oldenburg, Gerd Oxe. Beate Pöhler, Egon Rüwald, Hildegard Schwerdt, Detlef Schwettmann, Andrea Soth. Klaus Steffen, Heinz Tewes. Rolf Weiß, Rüdiger Wiechers, Günter Ziegenbein, Herbert

1999 bis 2004

Backhaus, Klaus Bastert, Uwe Becke, Ulrike

Brökling, Klaus-Dieter Cziehso, Brigitte Drescher, Dieter Erdelkamp, Ursula Ganzke. Hartmut Hebebrand, Jens Hegemann, Ulrich Kerak, Wolfgang Krell, Günter Lindstedt. Ursula Löbbe, Angela Oldenburg, Gerd Piasecki, Hans-Jörg Rieke, Theodor Rüwald, Hildegard Schwerdt. Detlef Schwettmann, Andrea Steffen. Heinz Teumert, Walter Töpfer, Monika Vogt, Christa Weinhold, Brunhilde Wiggermann, Martin Ziegenbein, Herbert Zubrytzki, Christina

Ganzke, Hartmut Goddinger, Karin Haustein, Hans-Michael (ab 19 5 2009) Hebebrand, Jens Isenberg, Claudia Kerak, Wolfgang Kolar, Dirk (ab 11.9.2007) Lindstedt, Ursula Piasecki, Hans-Jörg Rieke. Theodor Rüwald, Hildegard Schwerdt, Detlef Sieger, Jörg (bis 27.4.2009) Steffen, Heinz Symma, Simone Teumert, Walter Töpfer, Monika Veit. Manuela Weinhold, Brunhilde Wiggermann, Martin Ziegenbein, Herbert Zubrytzki, Christina (bis 31 03 2009)

Ganzke, Hartmut Hebebrand, Jens Hupe, Christine Isenberg, Claudia (bis 30.9.2013) Jaksch-Nink, Carsten Kerak, Wolfgang Kerl, Jürgen Kolar, Dirk Kudella. Sascha Alexander Lindstedt, Ursula Mendrina. Dieter (ab 28 9 2010) Oldenburg, Gerd Piasecki, Hans-Jörg Rieke. Theodor Schmidt, Bärbel Steffen. Heinz Symma, Simone Teumert, Walter Vaerst-Peter Weinhold, Brunhilde Weiß, Rüdiger Werbinsky, Manuela Wiggermann, Martin Ziegenbein, Herbert

2004 bis 2009

Becke, Ulrike
(bis 31.8.2007)
Bliese, Jürgen
(ab 01.4.2009)
Brökling, Klaus-Dieter
Cziehso, Brigitte
Drescher, Dieter
Eickhoff, Martina
Engelhardt, Bernd
Erdelkamp, Ursula

2009 bis 2014

Brossat, Heike
Brökling, Klaus-Dieter
(bis 15.09.20210)
Ciecior, Christel
Cziehso, Brigitte
Eickhoff, Martina
Engelhardt, Bernd
Erdmann, Rolf
(ab.01.10.2013)

2014 bis 2020

Beisenherz, Jasmin (ab 23.6.2015) Blom, Martin Chur, Angelika Cziehso, Brigitte Droll, Aileen (bis 18.07.2017) Eickhoff, Martina Engelhardt, Bernd Enters, Norbert

Ganzke, Hartmut

Hebebrand, Jens

Holz, Udo

Hupe, Christine

Jung, Renate

Kerl, Jürgen

Kolar, Dirk

Kroll, Ingrid

Kudella, Sascha Alexander

Lindstedt, Ursula

Mendrina, Dieter

Oldenburg, Gerd

Piasecki, Hans-Jörg

(ab 10.10.2017)

Rieke, Theodor

Schmeltzer-Urban,

Renate

Schmidt, Bärbel

(bis 04.05.2015)

Schmülling, Jens

Steffen, Heinz

Strathoff, Margarethe

(ab 27.06.2017)

Symma, Simone

Werbinsky, Manuela

(bis 11.05.2017)

Wiggermann, Martin

Ziegenbein, Herbert

Zühlke, Uwe

Die aktuelle SPD-Kreistagsfraktion



Heike Bartmann-Scherding Holzwickede



Norbert Enters Bönen



Angelika Chur Bergkamen



Hartmut Ganzke Fraktionsvorsitzender Unna



Brigitte Cziehso Lünen



Heike Gutzmerow Unna



Martina Eickhoff Bergkamen



Jens Hebebrand Lünen



Christine Hupe Kamen



Sabine Lutz-Kunz Bönen



Jürgen Kerl Lünen



Wilhelm Null Bergkamen



Jens Krammenschneider-Hunscha Stv. Fraktionsvorsitzender



Sigrid Reihs Schwerte



Sascha Alexander Kudella Schwerte



Theodor Rieke Holzwickede



Renate Schmeltzer-Urban Stv. Fraktionsvorsitzende Lünen



Annette Maria Thomae Unna



Jens Schmülling Bergkamen



Martin Wiggermann Stellv. Landrat Kamen



Bettina Schwab-Losbrodt Selm



Uwe Zühlke Kamen



Simone Symma Lünen

Kreistagswahlen im Kreis Unna 1946 bis 2020

Kreistagswahl am 13. Oktober 1946

SPD	50,7 Prozent
CDU	37,2 Prozent
FDP	7,2 Prozent
KPD	10,1 Prozent
Zentrum	1,2 Prozent

Kreistagswahl am 17. Oktober 1948

SPD	49,9 Prozent
CDD	33,5 Prozent
FDP	4,2 Prozent
KPD	8,3 Prozent
Zentrum	2,6 Prozent

Kreistagswahl am 9. November 1952

SPD	49,6 Prozent
CDU	28,3 Prozent
FDP	13,3 Prozent
KPD	4,9 Prozent
BHE	3,6 Prozent

Kreistagswahl am 28. Oktober 1956

SPD	56,6 Prozent
CDU	29,4 Prozent
FDP	10,9 Prozent
BHE	3.0 Prozent

Kreistagswahl am 19. März 1961

SPD	54,4 Prozent
CDU	33,6 Prozent
FDP	9,9 Prozent
DRP	2,0 Prozent

Kreistagswahl am 27. September 1964

SPD	57,3 Prozent
CDU	33,2 Prozent
FDP	8,4 Prozent

Kreistagswahl 9. November 1969

SPD	55,3 Prozent
CDU	32,9 Prozent
FDP	5,6 Prozent
WG	2,6 Prozent
VDS	1,0 Prozent
NPD	2,6 Prozent

Kreistagswahl am 4. Mai 1975

SPD	53,1 Prozent
CDU	39,3 Prozent
FDP	6,6 Prozent
WGU	1,4 Prozent

Kreistagswahl am 30. September 1979

SPD	54,8 Prozent
CDU	38,9 Prozent
FDP	6,0 Prozent

Kreistagswahl am 30. September 1984

SPD	51,4 Prozent
CDU	35,1 Prozent
FDP3	,5 Prozent
Grüne	10,0 Prozent

Kreistagswahl am 30. August 2009

SPD	52,5 Prozent	SPD	42,0 Prozent
CDU	31,8 Prozent	CDU	28,5 Prozent
FDP	4,9 Prozent	FDP	7,6 Prozent
Grüne	10,7 Prozent	Grüne	11,6 Prozent
		Die Linke	4,9 Prozent
Kreistagswahl	am 16. Oktober 1994	Sonstige	5,4 Prozent
SPD	50,4 Prozent		
CDU	35,2 Prozent	Kreistagswahl am 25. Mai 2014	
FDP	2,7 Prozent	SPD	41,9 Prozent
Grüne	11,3 Prozent	CDU	29,4 Prozent
		FDP	3,4 Prozent
Kreistagswahl	am 12. September 1999	Grüne	11,2 Prozent
SPD	42,0 Prozent	Die Linke	5,0 Prozent
CDU	45,0 Prozent	Sonstige	9,1 Prozent
FDP	3,6 Prozent		
Grüne	8,1 Prozent	Kreistagswahl	am 13. September 2020
Die Linke	1,3 Prozent	SPD	32,0 Prozent
		CDU	27,2 Prozent
Kreistagswahl	am 26. September 2004	FDP	4,7 Prozent
SPD	40,6 Prozent	Grüne	19,3 Prozent
CDU	36,7 Prozent	Die Linke	3,4 Prozent
FDP	6,3 Prozent	Sonstige	13,4 Prozent
Grüne	10,2 Prozent		
Die Linke	3,4 Prozent		
Sonstige	2,7 Prozent		

Kreistagswahl am 1. Oktober 1989

Josef Börste: "... der trotz aller Erlebnisse an das Gute im Menschen glaubte" – Zum 100. Geburtstag von Hubert Biernat, in: Jahrbuch des Kreises Unna 28, 2007, S. 87-93

Ders.: Die Geschichte des Hauses Opherdicke von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Unna 2014

Deutsche Landkreise im Porträt: Der Kreis Unna, Redaktion Bruno Dellwig, 3., völlig neue Ausgabe, Oldenburg 1992

Thomas Hengstenberg: Haus Opherdicke – Ein Park zwischen Geschichte und Zukunft, in: Jahrbuch des Kreises Unna 23, 2002, S. 35-41

Ders.: Haus Opherdicke – von einer Vision zur Realität. Auf dem Weg zum "Haus der Moderne", in: Jahrbuch des Kreises Unna 31, 2010, S. 71-76

Everhard Holtmann: Nach dem Krieg – vor dem Frieden. Der gesellschaftliche und politische Neubeginn nach 1945 im Kreis Unna, Köln 1985

Thomas Horschler: In schwierigen Zeiten den "Laden" zusammengehalten. Michael Makiolla war 16 Jahre lang Landrat des Kreises Unna, in: Jahrbuch Kreis Unna 42, 2021, S. 166-168

Konrad Harmelink: Fritz Böckmann – ein populärer Landrat ohne Dünkel, in: Heimatbuch Kreis Unna 10, 1989, S. 12-14 Otto Krabs: Der Landkreis Unna. Anfang und Entwicklung, Unna 1964

Elke Kieninger: Marktplatz oder unter Tage: Musikerlebnis vor Ort. Die Neue Philharmonie Westfalen schätzt die Nähe zum Publikum, in: Jahrbuch des Kreises Unna 31, 2010, S. 103-106

Kreis Unna (Hrsg.): Kommunale Neugliederung, Information 1 = Unna-Gesetz Gutachten B, Unna 1972

Kreis Unna (Hrsg.): Kommunale Neugliederung, Information 2 = Parteien, Parlamente, Beschlüsse, Unna 1972

Kreis Unna (Hrsg.): Kommunale Neugliederung, Flächenbedarf, Zielvorstellungen der Stadt Hamm, Unna 1972

Kreis Unna (Hrsg.): Vorschläge des Innenministeriums NW zur Neugliederung Ruhrgebiet und Münster/Hamm: Mängel der Begründung und verfassungsrechtliche Konsequenzen, Gutachten von Prof. Dr. Werner Hoppe, Universität Münster. Unna 1973

Kreis Unna (Hrsg.): Kommunale Neugliederung – Strukturvergleich des Raumes Hamm mit dem Ruhrgebiet, Unna 1973

Kreis Unna (Hrsg.): Der Kreis Unna. Das pulsierende Herz Westfalens, Unna 2000 Kreis Unna – pulsierende Wirtschaftsregion im Zentrum Westfalens, Reken 2001

Kreis Unna (Hrsg.): Vertriebene und Flüchtlinge im Kreis Unna – Eine Dokumentation, Bearbeiter Peter Kracht, Unna 2005

Michael Makiolla: Die letzten Jahre des Freiherrn vom Stein. Dauer-Ausstellung auf Schloss Cappenberg eröffnet, in: Jahrbuch des Kreises Unna 22, 2001, S. 120-125

Heinrich Peuckmann: Kultusminister und bedeutender Reformer: Abschied von Jürgen Girgensohn, in: Jahrbuch des Kreises Unna 29, 2008, S. 83-85

Eyke Ploetz: Wandlungen eines Gutshofes: Wie "Haus Opherdicke" zum Kultur- und Bildungszentrum wird, in: Heimatbuch Kreis Unna 7. 1986, s. 41-44

Protokolle der Kreistagssitzungen 1946-2020

Zeitungsberichte aus dem Hellweger Anzeiger, der Westfälischen Rundschau und den Ruhr Nachrichten Besonderer Dank bei der Erstellung dieser Schrift gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreisarchivs Unna sowie des Stadtarchivs Unna. Es sind dies namentlich Sigrid Zielke-Hengstenberg und Jessica Hohmann sowie Dr. Frank Ahland und Heinrich Dechering.

75 Jahre SPD-Fraktion im Kreistag des Kreises Unna sind ein gutes Stück gelebter Demokratie: Viele Menschen haben daran mitgewirkt, die kleinen und großen Sorgen und Nöte, die Anliegen der Bevölkerung zu beantworten. An Herausforderungen hat es über die Jahrzehnte hinweg nicht gefehlt. Und häufig genug war die Politik der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreis Unna beispielgebend auch für andere Regionen – da reichen die Beispiele von der Wirtschaftsförderung bis hin zur modernen Umweltpolitik.